



Statistisches Landesamt
RHEINLAND-PFALZ

08

2008

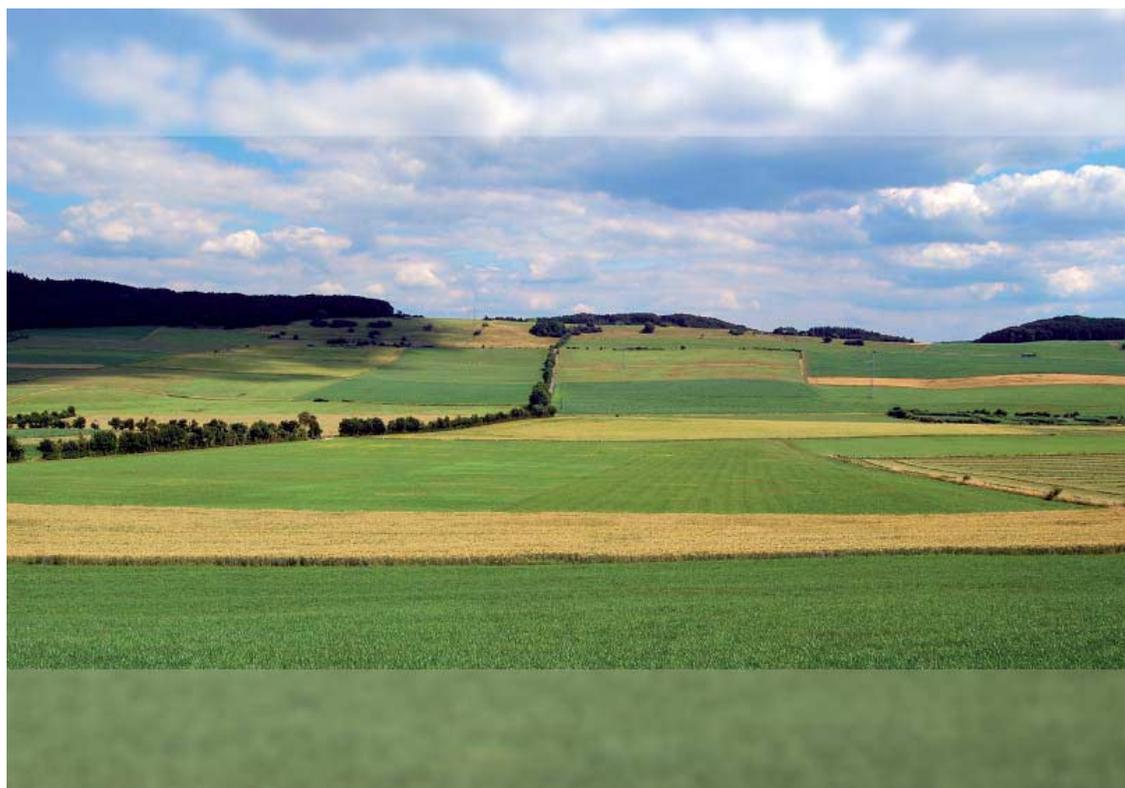
Statistische Monatshefte

Aus dem Inhalt:

Bevölkerung

Verdienste

Agrarstrukturerhebung



Statistik nutzen



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Thomas Max Müller, PIXELIO

Im Mai 2007 wurden 25 529 landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz gezählt, die über durchschnittlich 28 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche verfügten. Gegenüber 2003 nahm die Zahl der Betriebe damit um 13% ab, während die durchschnittliche Betriebsgröße um 16% stieg.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

B e i l a g e n : Faltblatt Mikrozensus

08 2008

Statistische Monatshefte

61. Jahrgang

Inhalt

kurz + aktuell	579
Bruttoinlandsprodukt ■ Industrie ■ Tourismus ■ Landwirtschaft Familien ■ Gesundheit ■ Verkehr ■ Finanzen ■ Preise	
Bevölkerungsentwicklung 2007	591
Verdienste 2007	597
Aktuelle Strukturen in der Landwirtschaft	604
Daten zur Konjunktur	612
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	637
Neuerscheinungen	647

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2008

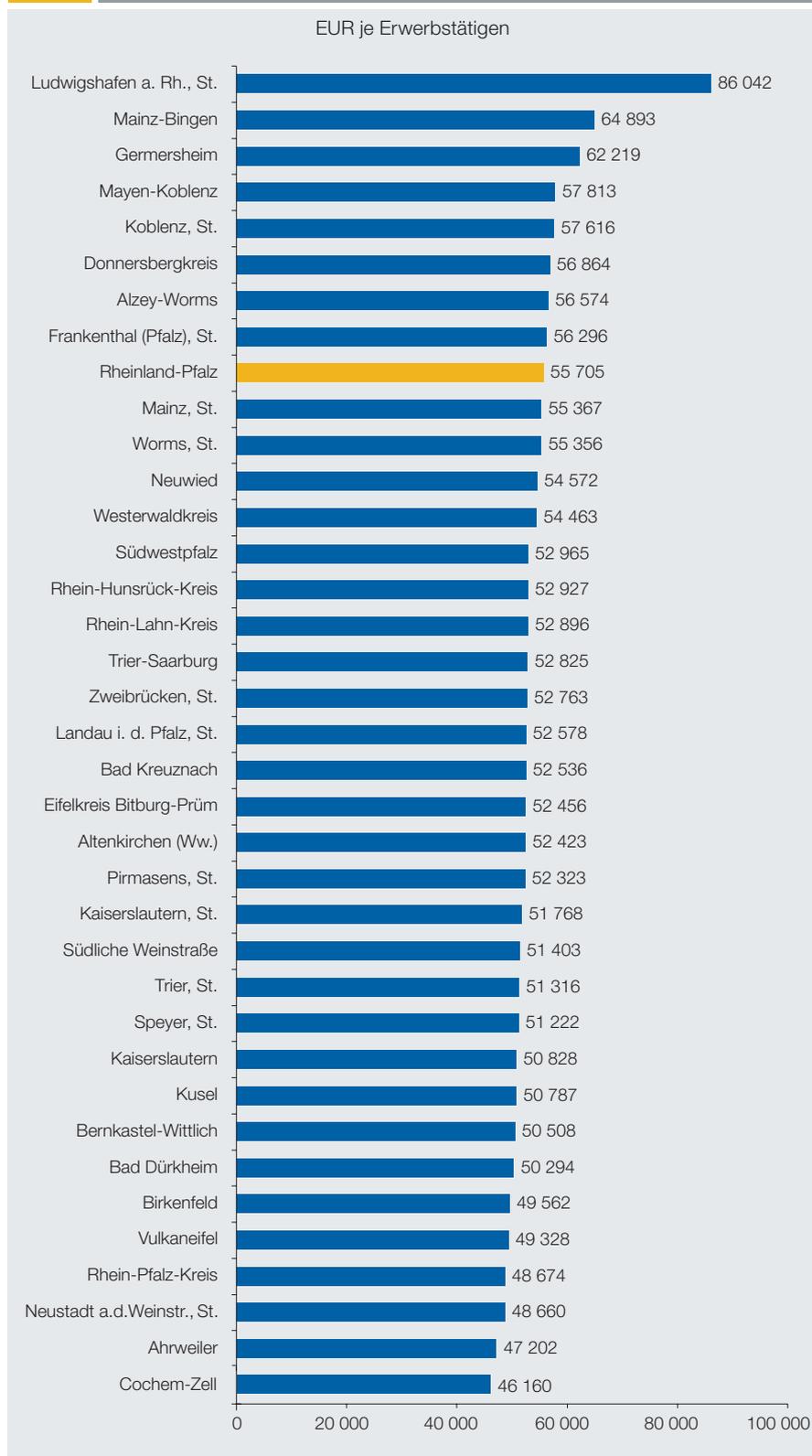
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Landkreise legten beim Bruttoinlandsprodukt stärker zu als die Städte

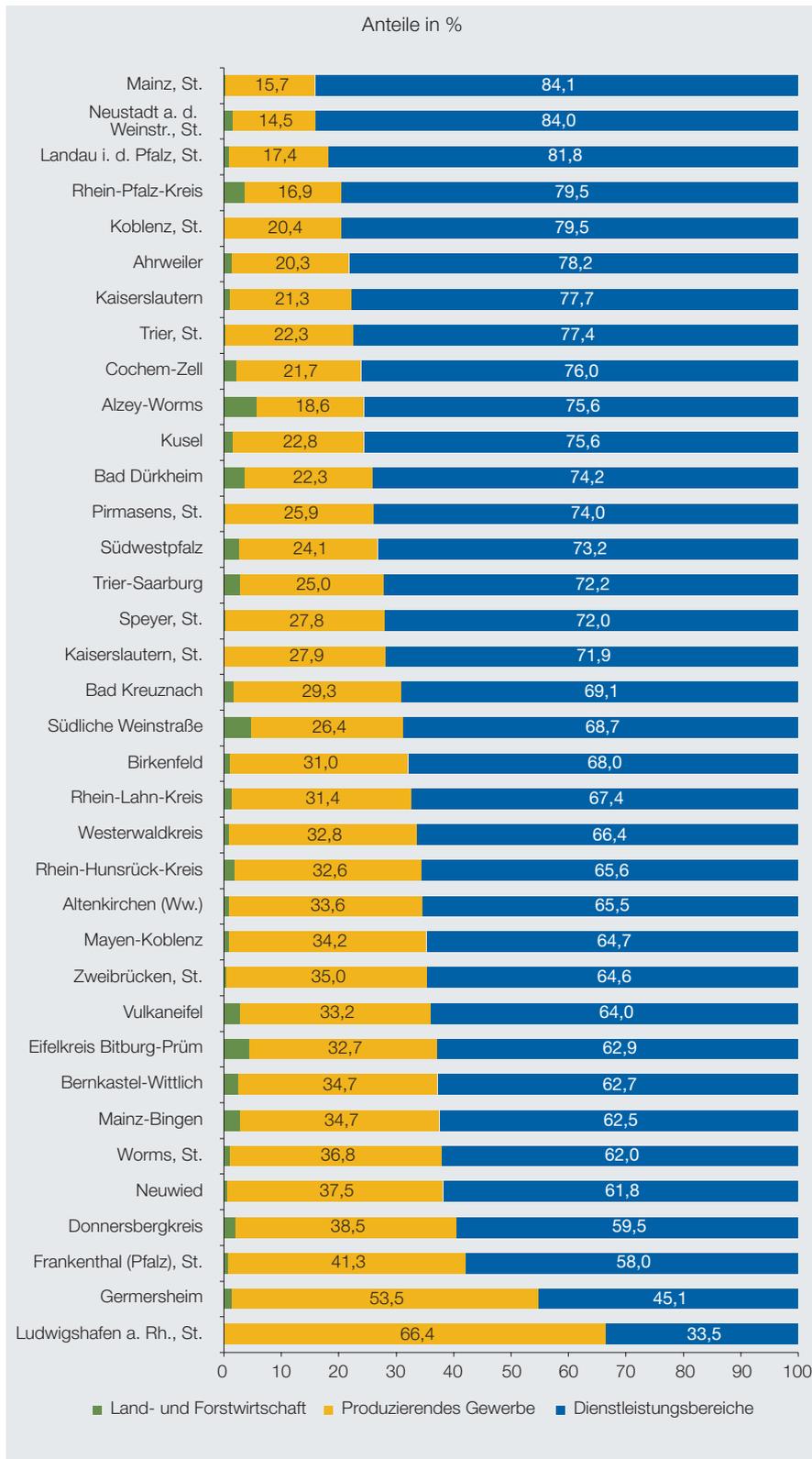
Das rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt, die Summe der im Land produzierten Waren und Dienstleistungen, erreichte im Jahr 2006 nominal knapp 100 Mrd. Euro. Davon wurden 60% in den Landkreisen und 40% in den kreisfreien Städten erbracht. Gut 22% des rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukts wurden in den drei größten Städten Mainz, Ludwigshafen und Koblenz erwirtschaftet. Stärkste Landkreise waren Mayen-Koblenz, der Westerwaldkreis, Mainz-Bingen und Neuwied. Zusammen kamen diese sieben Verwaltungsbezirke auf gut 40% des gesamten Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz.

Gegenüber dem Jahr 2000 ist die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz nominal um knapp 10% gewachsen. In den Landkreisen fiel der Anstieg im Mittel stärker aus (+11,6%) als in den kreisfreien Städten (+7,1%). Mit einem Plus von 35% war im Landkreis Germersheim ein weit überdurchschnittliches Wachstum zu verzeichnen. Insbesondere im Jahr 2006 hat es einen kräftigen Zuwachs gegeben, zu dem hauptsächlich der dort ansässige anteilsstarke Fahrzeugbau beitrug. Eine beträchtliche Zunahme seit dem Jahr 2000 hatte auch der Kreis Mainz-Bingen zu verzeichnen, wenngleich hier 2006 gegenüber 2005 ein leichter Rückgang eintrat, nachdem das Bruttoinlandsprodukt im Vorjahr mit +9,6% stark gestiegen war. Maßgeblich beeinflusst wurde diese Entwicklung von der im Land-

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2006 nach Verwaltungsbezirken



Bruttowertschöpfung 2006 nach Wirtschaftsbereichen und Verwaltungsbezirken



kreis Mainz-Bingen bedeutenden chemischen Industrie.

Unter den kreisfreien Städten hatten Landau und Trier die höchsten Zuwachsraten gegenüber dem Jahr 2000 aufzuweisen. Wesentlich ungünstiger verlief die Entwicklung dagegen in den Städten Mainz und Pirmasens. Während in Pirmasens die wirtschaftliche Entwicklung seit 2000 mehr oder weniger stagniert, ist ein Großteil des Rückgangs in Mainz auf den Standortwechsel eines Medienunternehmens sowie auf die deutlich rückläufige Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe zurückzuführen.

In fast allen Städten und Landkreisen liegt der Anteil der Dienstleistungsbereiche weit über dem des produzierenden Gewerbes. Nur in der Stadt Ludwigshafen und im Landkreis Germersheim dominierte das produzierende Gewerbe mit einem Anteil von 66,4 bzw. 53,5% an der gesamten Bruttowertschöpfung. Dagegen trugen in den Städten Mainz, Neustadt an der Weinstraße, Landau und Koblenz sowie im Rhein-Pfalz-Kreis die Dienstleistungsbereiche mehr als 80% zur gesamten Wertschöpfung bei. Im Durchschnitt wurden in den kreisfreien Städten zwei Drittel der Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen erbracht. Der Anteil des produzierenden Gewerbes lag bei 33%, auf die Land- und Forstwirtschaft entfielen lediglich 0,3%. In den Landkreisen lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche ebenfalls bei rund zwei Dritteln. Das Gewicht des produzierenden Gewerbes war mit 31% etwas niedriger als in den kreisfreien Städten. Dafür entfielen

in den Landkreisen durchschnittlich 2,1% der Wertschöpfung auf die Land- und Forstwirtschaft.

Das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz belief sich im Jahr 2006 auf rund 55 700 Euro, das waren 7,9% mehr als im Jahr 2000. In den kreisfreien Städten war der Anstieg mit +6,4% etwas geringer, in den Landkreisen mit +9,1% etwas stärker. Dennoch lag der Pro-Kopf-Betrag in den Städten (59 070 Euro) weiterhin deutlich über dem Wert in den Landkreisen (53 680 Euro). Der Durchschnitt der Städte wurde maßgeblich von Ludwigshafen bestimmt; dort lag die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen mit über 86 000 Euro mehr als 54% über dem Landesdurchschnitt. Unter den Landkreisen hatte Mainz-Bingen mit 64 890 Euro den höchsten Pro-Kopf-Wert aufzuweisen. Der niedrigste Wert wurde mit 46 160 Euro je Erwerbstätigen im Landkreis Cochem-Zell registriert.

Auftragsrückgang der rheinland-pfälzischen Industrie

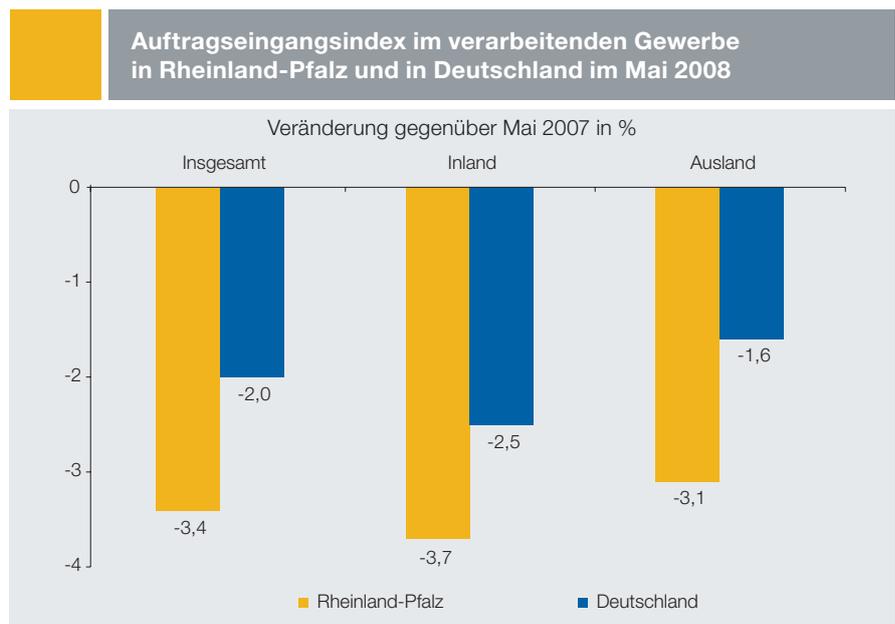
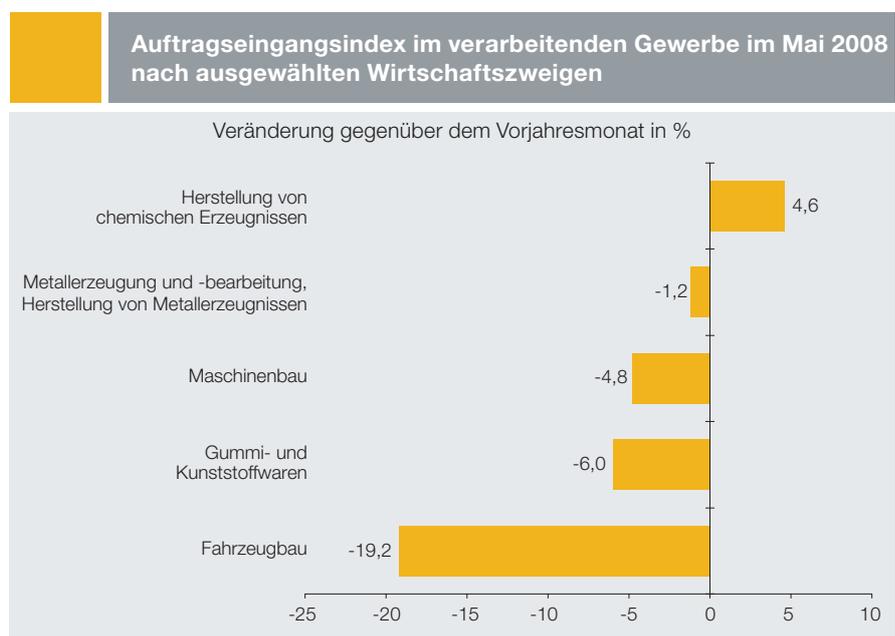
Nur Chemie konnte im Mai um 4,6% zulegen

Die rheinland-pfälzische Industrie hat im Mai 2008 preisbereinigt 3,4% weniger Aufträge bekommen als im Mai 2007. Bei den Bestellungen aus dem Inland gab es Einbußen von 3,7%, die Auslandsnachfrage verringerte sich um 3,1%, wobei insbesondere weniger Bestellungen aus Nicht-Euroländern verzeichnet wurden. Bundesweit war das Ordervolumen im Mai 2008 um 2% niedriger als im Mai des vorigen Jahres. Die Bestel-

lungen aus dem Inland gingen um 2,5%, die aus dem Ausland um 1,6% zurück.

Nur in der chemischen Industrie konnte ein Zuwachs des Gesamtordervolumens von 4,6% erreicht werden, getragen von der gestiegenen Auslandsnachfrage. Die Branche „Metallerzeugung und -bearbeitung“ blieb um 1,2% hinter dem Vorjahres-

ergebnis zurück. Im Maschinenbau sanken die Gesamtauftragseingänge um 4,8% unter das Niveau vom Mai 2007; hier schwächte sich die Auslandsnachfrage deutlich ab. Die Aufträge für die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren sowie den Fahrzeugbau lagen um 6% bzw. 19,2% unter dem Wert des Vorjahresmonats.



Industrie setzte in den ersten fünf Monaten mehr um

Zuwächse im Inlands- und im Auslandsgeschäft

Die rheinland-pfälzische Industrie bleibt auf Wachstumskurs. In den ersten fünf Monaten gab es sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft Zuwächse. Insgesamt erzielten die Betriebe von Januar bis Mai 2008 einen Umsatz von gut 33 Mrd. Euro; das waren 6,7% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum (Deutschland: +6,9%). Der Auslandsumsatz, der 50,8% des Gesamtumsatzes ausmachte, legte in diesem Zeitraum um 7,1% zu (Deutschland: +7,2%), der Inlandsumsatz stieg um 6,2% (Deutschland: +6,7%).

Die positive Umsatzentwicklung schlägt sich auch in steigender

Beschäftigung nieder. Die Zahl der Arbeitsplätze in den rheinland-pfälzischen Betrieben lag im Mai 2008 um 3,8% höher als ein Jahr zuvor (Deutschland: +2,7%).

Von den vier stärksten Branchen im Land verbuchte der Fahrzeugbau in den ersten fünf Monaten mit 9,6% den größten Umsatzanstieg, der ausschließlich durch eine zweistellige Zuwachsrate im Auslandsgeschäft erreicht wurde. Der Maschinenbau verzeichnete ein Umsatzplus von 6,7%, die Branche „Metallerzeugung und -bearbeitung“ meldete 6,5% mehr Umsatz, und die Hersteller chemischer Erzeugnisse legten um 5,1% zu. In diesen drei Branchen waren die Umsatzzuwächse im Inland kräftiger als das Plus im Auslandsgeschäft.

Im Mai 2008 erwirtschafteten die rheinland-pfälzischen Betriebe Um-

sätze von 6,8 Mrd. Euro; dies entsprach einer Steigerung von 4,9% gegenüber Mai 2007.

Die Daten stammen aus dem Monatsbericht für Betriebe im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, zu dem die Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten regelmäßig melden. Befragt werden rund 1 060 Betriebe.

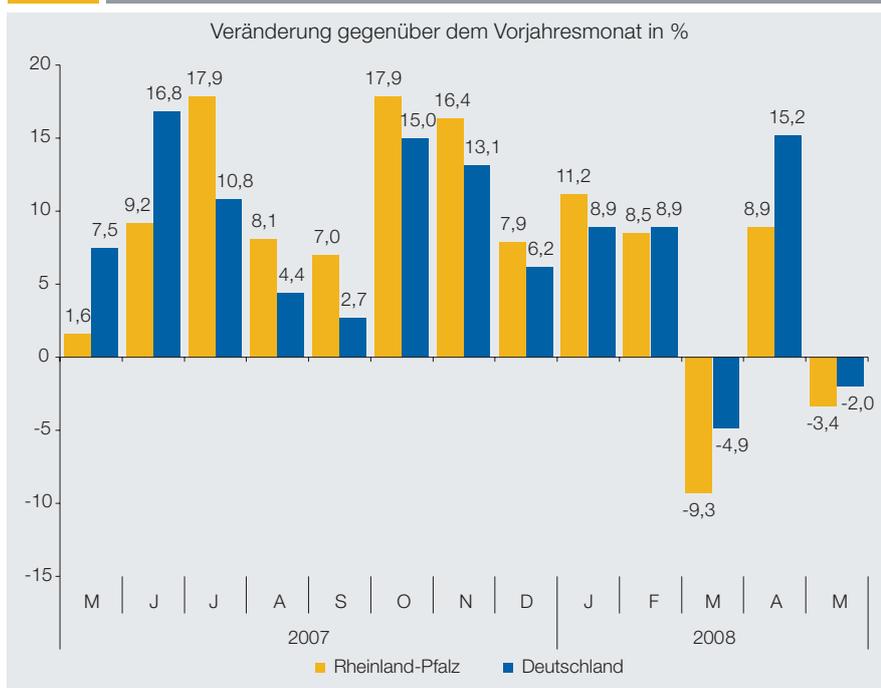
Baureifes Land 1,9% teurer

Im Jahr 2007 wechselten in Rheinland-Pfalz rund 5 500 unbebaute Grundstücke den Eigentümer. Das war gut ein Fünftel weniger als im Vorjahr. Dabei wurden für eine Fläche von rund 7,4 Mill. m² 464 Mill. Euro bezahlt. Die Mehrzahl der Kauffälle betraf baureifes Land (87%). Die übrigen Verkäufe entfielen auf Rohbauland, Industrieland und Land für Verkehrszwecke.

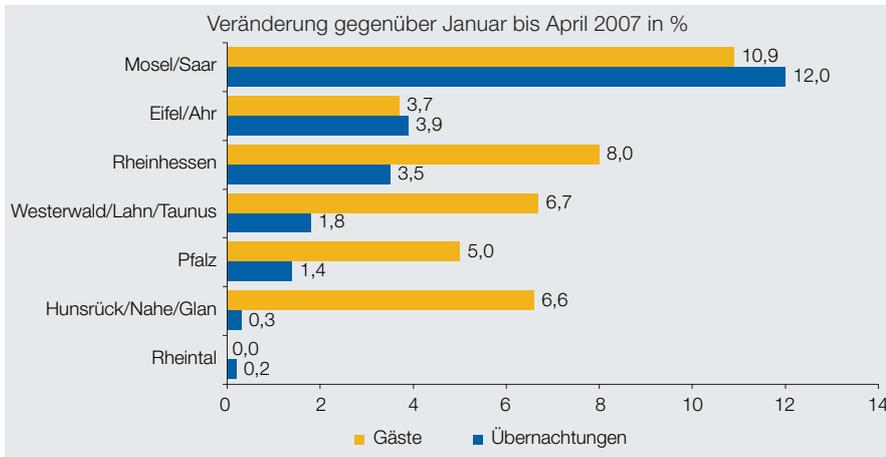
Im Durchschnitt kostete der Quadratmeter baureifes Land 102 Euro und damit 1,9% mehr als im Jahr 2006. In den kreisfreien Städten ergab sich ein durchschnittlicher Kaufwert von 226 Euro, in den Landkreisen ein solcher von 83 Euro.

Baureifes Land war in der Stadt Mainz mit 386 Euro pro m² am teuersten; es folgten die Städte Speyer (323 Euro) und Koblenz (257 Euro). Am günstigsten konnte baureifes Land in den Landkreisen Vulkaneifel (28 Euro) und Birkenfeld (33 Euro), im Eifelkreis Bitburg-Prüm (38 Euro) sowie im Kreis Cochem-Zell (40 Euro) erworben werden.

Auftragseingangsindex im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2007 und 2008



Gäste und Übernachtungen von Januar bis April 2008 nach Fremdenverkehrsgebieten



Tourismus mit Gäste- und Übernachtungsplus

Zuwächse in fast allen Fremdenverkehrsgebieten

Für den Zeitraum von Januar bis April 2008 meldeten die rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetriebe mehr als 1,8 Mill. Gästeankünfte. Das war gegenüber den ersten vier Monaten des Jahres 2007 ein Zuwachs um 5,9%. Die Besucher blieben im Durchschnitt 2,7 Tage, sodass die Tourismusbranche in den ersten vier Monaten 2008 fast 5 Mill. Übernachtungen verbuchen konnte, 4% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

In den sieben rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgebieten war die Bilanz nahezu durchweg positiv. Mit Ausnahme des Rheintals – hier blieb die Zahl der Besucher unverändert – verzeichneten alle Regionen in den ersten vier Monaten Zuwächse sowohl bei den Gäste- als auch bei den Übernachtungszahlen. Das höchste Übernachtungsplus (12%) erzielte dabei die Region Mosel/Saar, wo al-

lerdings seit Jahresanfang ein großes Feriencenter dem Berichtskreis neu angehört. Übernachtungszuwächse um 3,9 bzw. 3,5% ergaben sich in den Fremdenverkehrsgebieten Eifel/Ahr und Rheinhausen. In der Region Westerwald/Lahn/Taunus und in der Pfalz stiegen die Übernachtungszahlen um 1,8 bzw. 1,4%. Nur geringe Zunahmen registrierten hingegen die Region Hunsrück/Nahe/Glan (+0,3%) und das Rheintal (+0,2%).

Bei den verschiedenen Anbietern verlief die Entwicklung uneinheitlich. Die großen Feriencenter und die Hotels garnis konnten in den ersten vier Monaten zweistellige Zuwachsraten sowohl bei den Gäste- als auch bei den Übernachtungszahlen verzeichnen. Bei den Feriencentern war jedoch – wie bereits erwähnt – die Aufnahme einer großen Einheit in den Berichtskreis mit ausschlaggebend für das gute Ergebnis. Zu den weiteren Betriebsarten mit positiver Entwicklung der Gäste- und der Übernachtungszahlen gehörten Pensionen, Jugendherbergen, Erholungs- und

Ferienheime, Ferienhäuser und Hotels. Die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie die Privatquartiere konnten zwar das Gästeaufkommen steigern, mussten bei den Übernachtungen jedoch leichte Einbußen hinnehmen. Die Gasthöfe verbuchten als einzige Betriebsart neben einem Gäste- auch einen Übernachtungsrückgang.

Schwarz- und rotbunte Holsteinrinder dominieren den Rinderbestand

Erstmals Rinderregister ausgewertet

Zum Stichtag 3. Mai 2008 standen 391 580 Rinder in den Ställen rheinland-pfälzischer Landwirte. Schwarz- und rotbunte Holsteinrinder machen mehr als die Hälfte des Rinderbestandes aus. Das sind Ergebnisse der erstmals vorgenommenen Auswertung des Herkunftssicherungs- und Informationssystems für Tiere (HI-Tier), die an die Stelle der seit 1873 regelmäßig durchgeführten Rinderzählungen getreten ist. Im Mai 2007 waren noch 382 801 Rinder gezählt worden. Der geringfügige Anstieg ist vermutlich auf den Methodenwechsel zurückzuführen, durch den die Vergleichbarkeit mit den früheren Ergebnissen eingeschränkt ist.

Der Rinderbestand setzt sich zusammen aus 167 000 Kühen, 157 000 weiteren weiblichen Rindern sowie 68 000 männlichen Rindern. Die deutliche Überzahl der weiblichen Tiere im Bestand zeigt, dass sich in Rheinland-Pfalz die Rinderhaltung auf die Milchproduktion und die Ammen-/

Mutterkuhhaltung konzentriert. Der Anteil der Milchkühe wird aufgrund der Produktionsrichtung des Betriebes und der Rasse berechnet. Er lag im Mai bei rund 71% der Kühe. Dies ergibt sich auch aus der Betrachtung der Rasse. So kommen die schwarzbunten Holsteinrinder auf einen Anteil von 40% am Gesamtbestand, den Milchkuhbestand dominieren sie mit 62%. Die rotbunten Holsteinrinder stellen 18% des Bestandes und 30% der Milchkühe. Die Holsteinrinder wurden speziell auf eine hohe Milchleistung gezüchtet.

Rund ein Viertel der Rinder gehört Rassen an, die typischerweise zur Fleischproduktion genutzt werden. Weit verbreitet in Rheinland-Pfalz ist die Kreuzung von Fleischrinderrassen. Knapp 36% der gut 100 000 Fleischrinder sind dieser Gruppe zuzuordnen. Eine wichtige Rolle

spielen außerdem die französischen Fleischrassen Limousin (34%) und Charolais (13%). Neben den Rassen für die Milch- bzw. die Fleischproduktion gibt es noch Rinderrassen, die sowohl auf die Milch- als auch die Fleischerzeugung gezüchtet wurden. Diese sogenannten Zweinutzungsrassen stellen mit 57 000 Tieren rund 15% des Gesamtbestandes. Fast die Hälfte dieser Tiere (48%) wurde durch die Kreuzung aus einer Milch- mit einer Fleischrasse gezüchtet.

Im Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HI-Tier) werden alle in Deutschland gehaltenen Rinder erfasst. Durch die Nutzung dieser Verwaltungsdaten können die Rinderhalter von statistischen Berichtspflichten entlastet werden. Das HI-Tier wurde nach der BSE-Krise eingerichtet und dient vor allem dem Zweck, die Produktionskette von

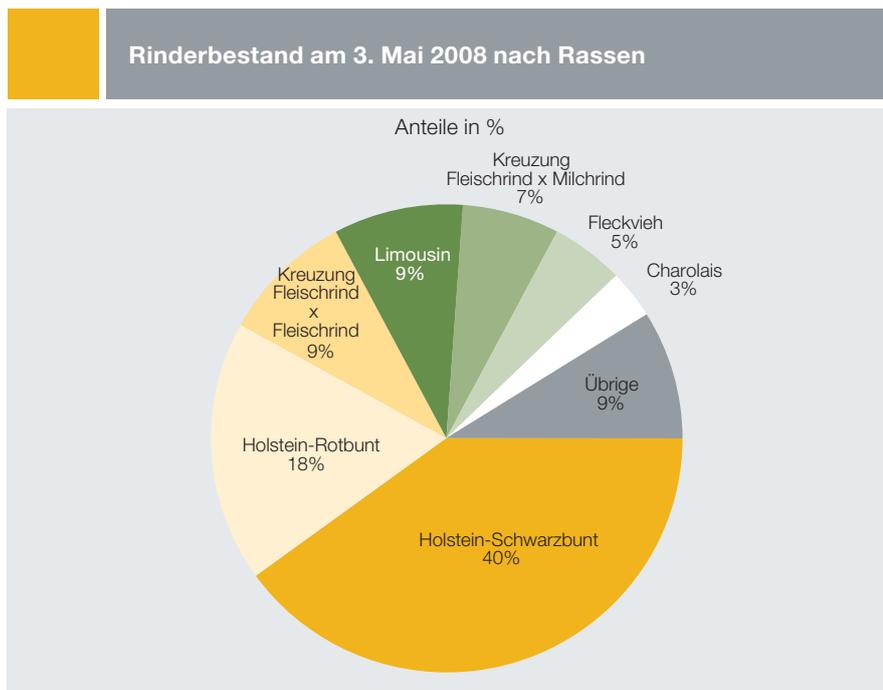
Rindfleisch – vom Verkaufstresen bis zum Erzeugerbetrieb – zurückverfolgen zu können. Zusätzlich wird es im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung genutzt.

Landwirtschaftliche Grundstücke um 1,2% teurer

Im Jahr 2007 wurden in Rheinland-Pfalz 4 648 landwirtschaftliche Grundstücke mit einer Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von insgesamt 3 729 ha für 33,2 Mill. Euro verkauft. Für einen Hektar errechnet sich ein durchschnittlicher Kaufwert von rund 8 900 Euro, der um 1,2% über dem Wert des Vorjahres liegt. Der Kaufwert lag für einen Hektar Ackerland im Schnitt bei 11 000 Euro und für Grünland bei 6 600 Euro.

Der Kaufpreis von landwirtschaftlichen Grundstücken wird neben der Nutzungsart und der Lage des Grundstücks insbesondere auch durch die Bodengüte bestimmt. So wurden für einen Hektar gutes Ackerland (Ertragsmesszahl von 60 und mehr pro Ar) 19 300 Euro bezahlt, während es beim Grünland mit der gleichen Bodengüte nur knapp 10 100 Euro waren. Lag die Ertragsmesszahl zwischen 50 und 60, so belief sich der Kaufwert für das Ackerland auf 11 900 Euro und für das Grünland auf knapp 7 700 Euro. Bei Flächen mit schlechter Bodengüte (unter 30) wurden für das Ackerland knapp 6 600 Euro und für das Grünland gut 6 300 Euro Erlöst.

Unter den rheinland-pfälzischen Landkreisen wurden die höchsten Kaufwerte für einen Hektar im Rhein-



Pfalz-Kreis (28 000 Euro), in den Kreisen Bad Dürkheim (23 200 Euro) und Mainz-Bingen (19 500 Euro) ermittelt. Die niedrigsten Durchschnittswerte wiesen die Landkreise Kusel (3 700 Euro), Birkenfeld (4 200 Euro), Bad Kreuznach (4 500 Euro) und Bernkastel-Wittlich (4 700 Euro) auf.

Die Daten von Kauffällen, deren Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung mindestens 10 Ar groß sind, werden von den Gutachterausschüssen bei den Kataster- und Stadtvermessungsämtern vierteljährlich an das Statistische Landesamt übermittelt.

Die Angaben beziehen sich auf die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung. Sie ist etwas kleiner als die veräußerte Gesamtfläche, in der auch nicht landwirtschaftlich nutzbare Anteile enthalten sind.

Zahl der Hochbetagten wächst stetig

765 Menschen im Land sind 100 Jahre und älter

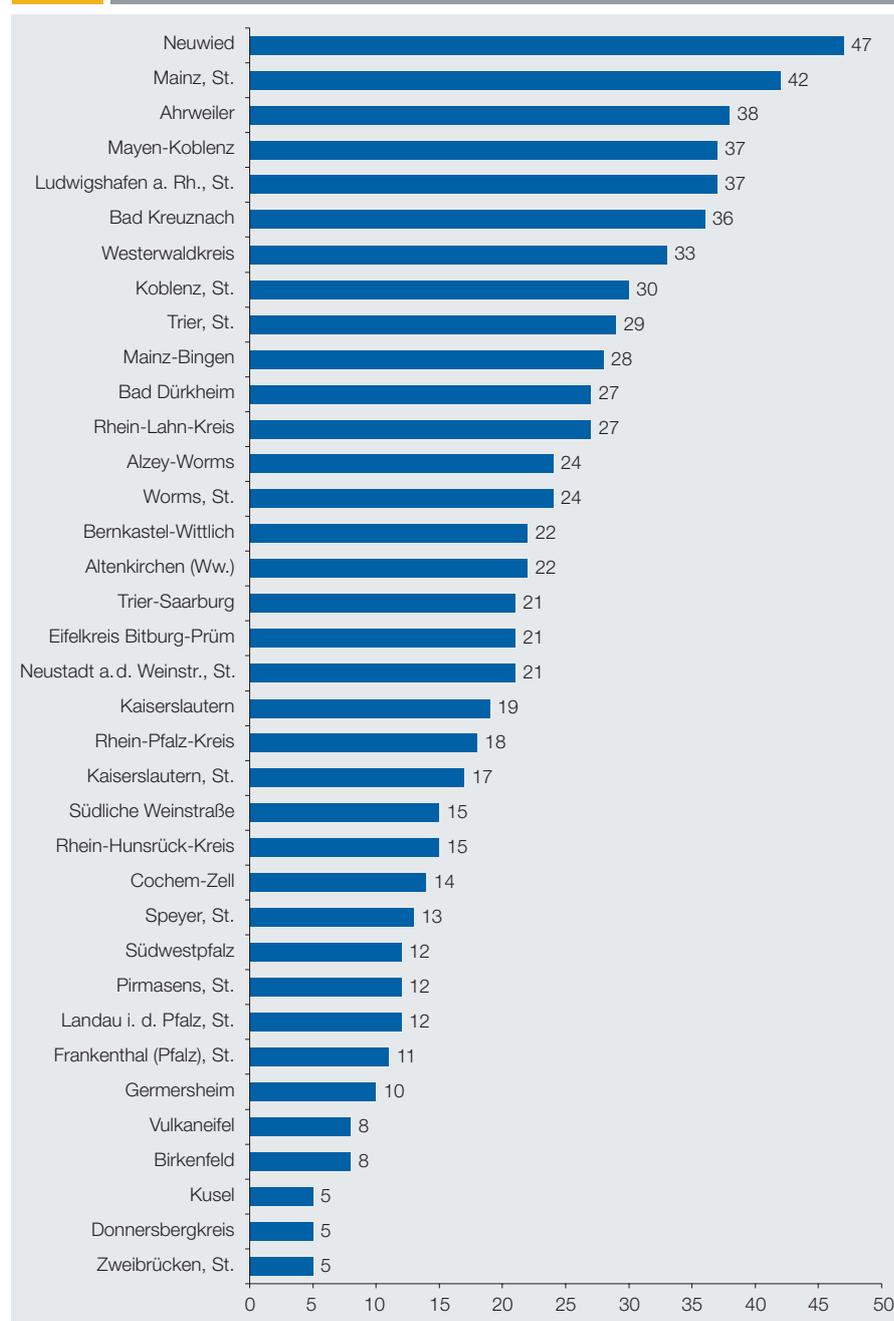
Ende vergangenen Jahres lebten in Rheinland-Pfalz 206 000 Menschen, die 80 Jahre oder älter waren. Damit hat sich deren Zahl seit 1970 mehr als verdreifacht. Im gleichen Zeitraum ist die Gesamtbevölkerung um 11% gewachsen. Hintergrund dieser Entwicklung ist in erster Linie die stetig steigende Lebenserwartung. Während 1970 noch weniger als 65 000 über 80-Jährige im Land lebten, ist ihre Zahl bis Mitte der 1990er-Jahre auf das Zweieinhalbfache gestiegen. In den Folgejahren ging die Zahl der

Menschen in diesem Alter vorübergehend zurück, da aufgrund der Geburtenausfälle des Ersten Weltkriegs nur schwach besetzte Jahrgänge das 80. Lebensjahr überschritten. Seit Ende der 1990er-Jahre steigt

die Zahl der Hochbetagten wieder kontinuierlich an.

Aktuell gibt es 765 Personen im Land, die schon ihren 100. Geburtstag feiern konnten. Dies haben Aus-

100-Jährige und Ältere 2007 nach Verwaltungsbezirken



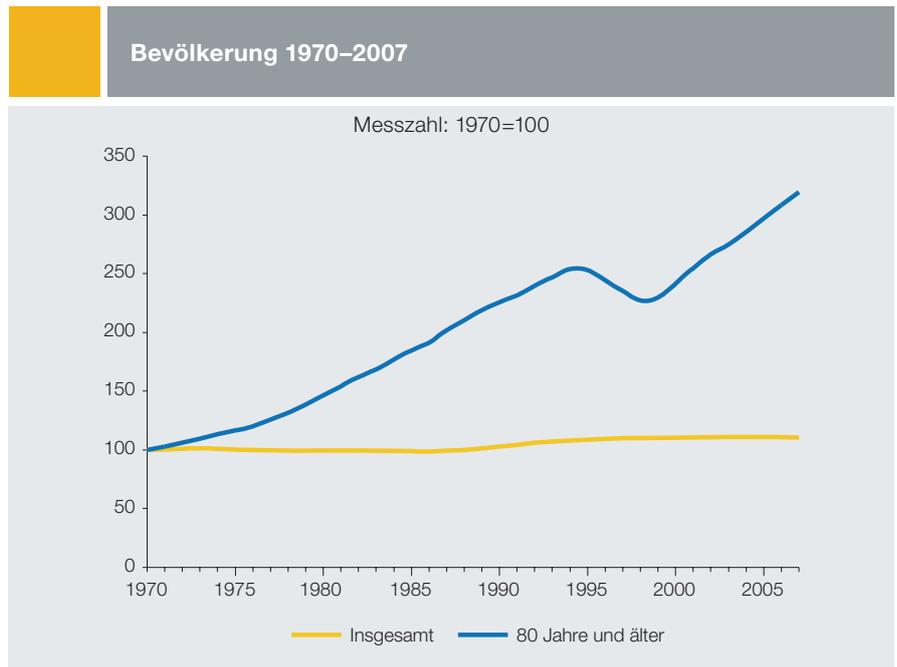
zählungen der Melderegister ergeben. Die meisten Menschen in diesem gesegneten Alter leben im Landkreis Neuwied (47) und in der Stadt Mainz (42).

Der weitere Trend ist eindeutig vorgezeichnet: Während die Bevölkerung auch in den kommenden Jahren weiter schrumpft, wird die Zahl älterer Menschen erheblich wachsen. Nach Modellrechnungen des Statistischen Landesamtes ist davon auszugehen, dass es in etwa 30 Jahren doppelt so viele über 80-Jährige wie heute geben wird; die Gesamtbevölkerung wird dagegen im gleichen Zeitraum um rund 10% abnehmen.

Die amtliche Bevölkerungsfortschreibung ermittelt für alle Gemeinden auf der Grundlage der letzten Volkszählung nach Alter und Geschlecht differenzierte aktuelle Bevölkerungszahlen durch Einrechnung von Geburten und Sterbefällen sowie Zu- und Fortzügen. Änderungen des Wohnungsstatus (Haupt- bzw. Nebenwohnung) werden berücksichtigt. Auch bei den Meldebehörden liegen Angaben über die gemeldeten Personen nach deren Alter und Geschlecht vor.

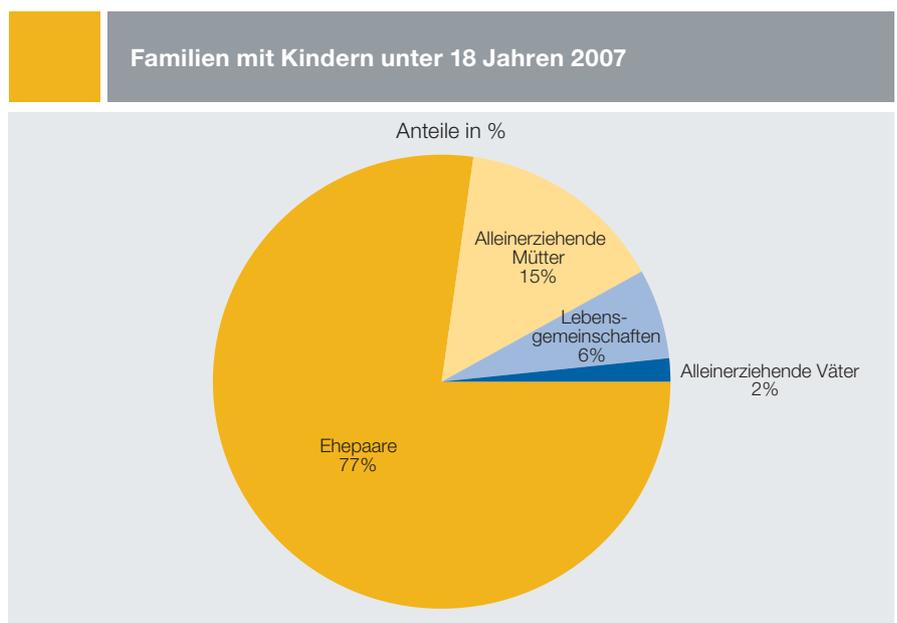
Ehepaar mit Kindern immer noch dominierende Familienform

Obwohl die alternativen Familienformen, zu denen Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften mit Kindern gerechnet werden, in den vergangenen Jahren auf dem Vormarsch sind, ist das Ehepaar mit Kindern immer noch die vorherrschende Familienform in Rheinland-Pfalz. Aus



den Ergebnissen des Mikrozensus – der größten jährlichen Haushaltsbefragung in Europa – geht hervor, dass im Jahr 2007 rund 333 000 der knapp 432 000 rheinland-pfälzischen Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren dieser traditionellen Familienform angehörten. Im Vergleich zum Jahr 1997 sank der An-

teil der Ehepaare an allen Familien allerdings von 85 auf gut 77%. Entsprechend deutlich stieg der Anteil alternativer Familienformen. Zählten im Jahr 1997 noch 15% der Familien mit minderjährigen Kindern zu diesen Formen des Zusammenlebens, so traf dies im Jahr 2007 bereits auf fast jede vierte Familie zu (knapp 23%).



Die Daten stammen aus den Mikrozensusbefragungen 1997 und 2007. Bei dieser jährlichen Erhebung werden 1% aller Haushalte zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation befragt. In Rheinland-Pfalz werden für die Stichprobe jährlich 18 000 Haushalte ausgewählt.

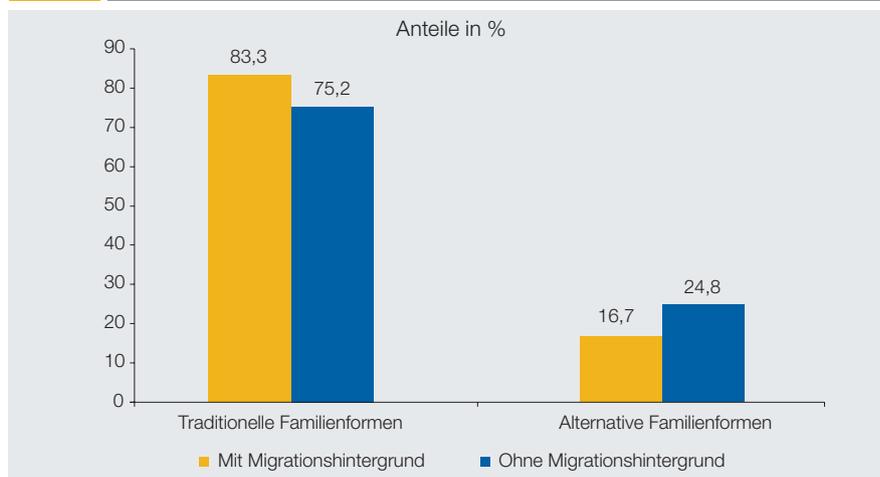
Als Familien mit minderjährigen Kindern gelten alle Eltern-Kind-Gemeinschaften (Ehepaare, Lebensgemeinschaften oder alleinerziehende Mütter und Väter, die mit ihren ledigen Kindern zusammenleben) mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt.

Jede vierte Familie mit Kindern unter 18 Jahren hat Migrationshintergrund

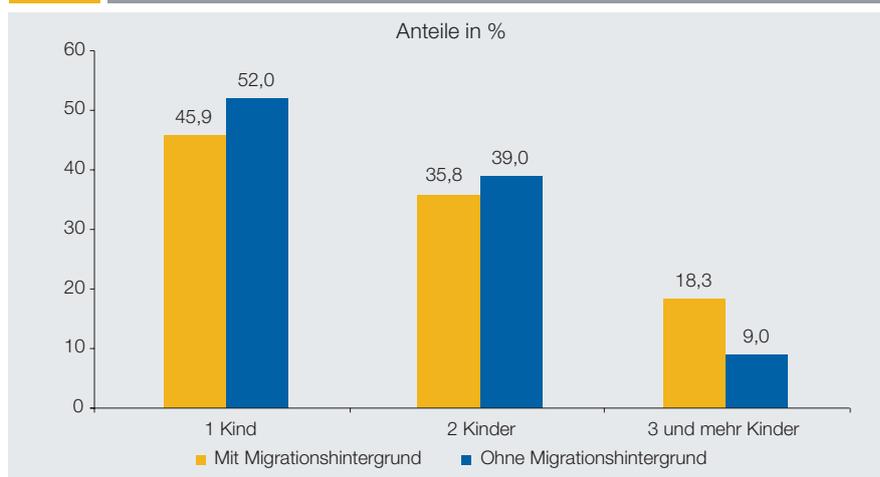
In jeder vierten Familie mit Kindern unter 18 Jahren hatte im Jahr 2007 mindestens ein im Haushalt lebender Elternteil einen Migrationshintergrund. In 61% dieser Familien hatten beide Partner und in 39% nur ein Elternteil einen Migrationshintergrund. Insgesamt lebten 2007 in Rheinland-Pfalz 432 000 Familien mit Kindern unter 18 Jahren, davon wiesen 108 000 einen Migrationshintergrund auf. Der Anteil der Familien mit Migrationshintergrund lag damit niedriger als in Deutschland insgesamt (27%); im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) hatten 30% der Familien einen Migrationshintergrund. Als Familien gelten alle Eltern-Kind-Gemeinschaften (Ehepaare, Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften), die zusammen mit ihren Kindern leben.

Familien mit Migrationshintergrund leben häufiger in der traditionellen Familienform Ehe, während der Anteil

Familien mit Kindern unter 18 Jahren 2007 nach Familienformen und Migrationshintergrund



Familien mit Kindern unter 18 Jahren nach Migrationshintergrund und Zahl der Kinder



alternativer Familienformen (Lebensgemeinschaften, Alleinerziehende) bei Familien ohne Migrationshintergrund höher ist.

Von den Familien mit Migrationshintergrund haben 18% drei und mehr Kinder; in den Familien ohne Migrationshintergrund liegt dieser Anteil bei lediglich 9%. Ein Kind haben 46% der Familien mit und 52% der Familien ohne Migrationshintergrund.

Die Daten stammen aus dem Mikrozensus 2007.

Als Familien mit Migrationshintergrund zählen alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, bei denen mindestens ein im Haushalt lebender Elternteil Ausländer/-in ist oder – vor der zwischenzeitlichen Einbürgerung – war. Der ausländische oder eingebürgerte Elternteil kann zugewandert oder im heutigen Bundesgebiet geboren sein. Ebenso zu dieser Gruppe ge-

hören Familien, bei denen die/der im Haushalt lebende Mutter und/oder Vater nach 1949 als Aussiedler/-in oder Spätaussiedler/-in in das heutige Bundesgebiet zugewandert ist. Nicht zu den Familien mit Migrationshintergrund zählen Paare mit Kindern, bei denen beide im Haushalt lebenden Elternteile als Deutsche im heutigen Bundesgebiet geboren wurden. Auch Eltern-Kind-Gemeinschaften mit alleinerziehendem Elternteil, der mit deutscher Staatsangehörigkeit im heutigen Bundesgebiet zur Welt kam, gehören nicht zu den Familien mit Migrationshintergrund.

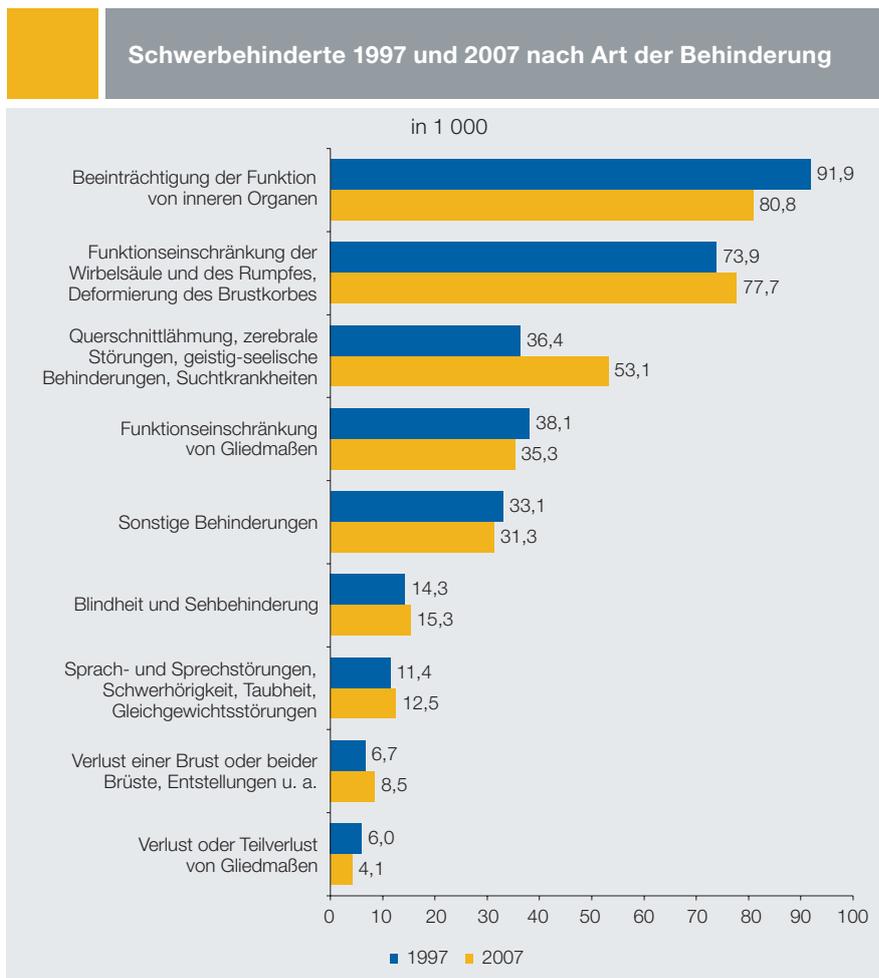
Jeder 13. Einwohner hat einen Schwerbehindertenausweis

Fast 319 000 Personen betroffen

Ende 2007 lebten in Rheinland-Pfalz 318 690 Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung (GdB) von 50 und mehr. Damit besitzt jeder 13. Einwohner einen amtlichen Schwerbehindertenausweis.

Bei gut einem Viertel der Schwerbehinderten (25,7%) hat das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung einen Grad der Behinderung von 100 festgestellt, knapp ein Drittel (31,1%) hatte einen Behinderungsgrad von 50. Mehr als die Hälfte (56%) der Schwerbehinderten war älter als 65 Jahre. Knapp ein Fünftel gehörte der Altersgruppe zwischen 55 und 65 Jahren an, und 1,8% waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Mit einem Anteil von rund 56% waren überwiegend Männer von Behinderungen betroffen.

Häufigste Behinderungsart war die Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen



(25,4%). Gegenüber dem Jahr 1997 hat es hier einen deutlichen Rückgang gegeben. Dagegen ist die Zahl der Schwerbehinderungen aufgrund von Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes sowie Deformierung des Brustkorbes gestiegen; Ende 2007 entfiel auf sie ein Anteil von 24,4%.

In den meisten Fällen (72%) wurde die Behinderung durch eine Krankheit (einschließlich Impfschaden) verursacht; 3% der Behinderungen waren angeboren und weitere knapp 2% betrafen anerkannte Kriegs- und Wehrdienstbeschädigungen.

Der Grad der Behinderung ist ein Maß für die Beeinträchtigung der

Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Er besagt nichts über die Leistungsfähigkeit am Arbeitsplatz und ist unabhängig vom ausgeübten oder angestrebten Beruf. Er wird, nach Zehnergraden abgestuft, von mindestens 20 bis höchstens 100 eingeschätzt. Als schwerbehindert gelten nach dem Sozialgesetzbuch IX Personen, denen ein Grad der Behinderung von 50 und mehr zuerkannt wurde.

Zahl der Verkehrstoten höher als im Vorjahr

Auf rheinland-pfälzischen Straßen sind in den ersten fünf Monaten des Jahres 2008 mehr Menschen ums

Leben gekommen als ein Jahr zuvor. Von Januar bis Mai wurden 97 Personen bei Verkehrsunfällen getötet, das waren 17 mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Dagegen ist die Zahl der Verkehrsteilnehmer, die bei Unfällen verletzt wurden, in den ersten fünf Monaten zurückgegangen. Die Zahl der Schwerverletzten lag um 9,5% unter dem Vorjahreswert, die Zahl der Leichtverletzten sank um 7,6%. Die Polizei registrierte bis Ende Mai 2008 insgesamt 50 127 Verkehrsunfälle auf rheinland-pfälzischen Straßen, das waren 0,7% weniger als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres.

Deutlich gestiegene Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen

Spitzenreiter: Landkreis Mainz-Bingen und Verbandsgemeinde Meisenheim

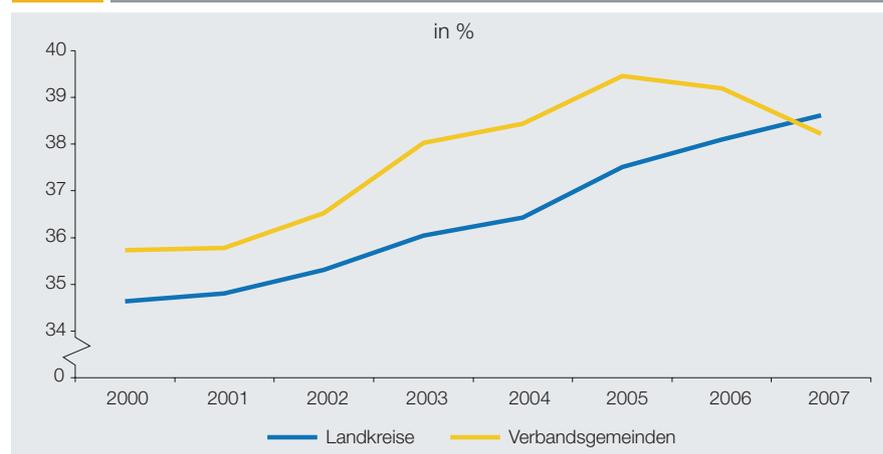
Auch die Landkreise und Verbandsgemeinden profitierten im zurückliegenden Jahr von der guten Konjunktur. Die Kreisverwaltungen vereinnahmten knapp 875 Mill. Euro, die Verbandsgemeinden rund 575 Mill. Euro an Umlagen von ihren angehörigen Gemeinden. Das waren 15,4 bzw. 9,1% mehr als im Jahr 2006. Diese deutliche Erhöhung ist vornehmlich auf die erhöhte Steuerkraft in den einzelnen Ortsgemeinden zurückzuführen, was wiederum in der guten Konjunktur begründet war. Die Umlagesätze blieben nahezu unverändert.

Zur Finanzierung ihrer Aufgaben erheben die Landkreise und Verbandsgemeinden von den angehörigen Gemeinden eine Umlage. Sie wird

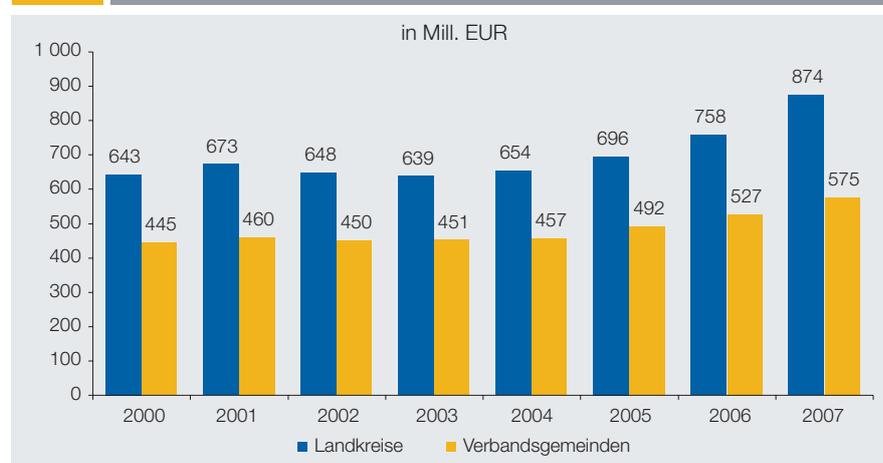
auf Basis einer Maßzahl errechnet, bei deren Ermittlung die Steuerkraft der jeweils angehörigen Gebietskörperschaften und die im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zufließenden Schlüsselzuweisungen berücksichtigt werden. Multipliziert mit dem Umlagesatz – einem Prozentsatz, der in der Haushaltssatzung des jeweiligen Kreises bzw. der Verbandsgemeinde festgelegt wird – ergibt sich die von den nachgeordneten Kommunen aufzubringende Umlage.

Die höchsten Umlagen vereinnahmte im Jahr 2007 mit rund 612 Euro je Einwohner der Kreis Mainz-Bingen. Hier war gegenüber 2006 eine Steigerung um 55,2% festzustellen. Es folgten mit knapp 310 Euro je Einwohner (+11,9%) der Landkreis Neuwied und der Westerwaldkreis mit 296 Euro je Einwohner (+12,4%). Bei den Verbandsgemeinden nahm Meisenheim im Landkreis Bad Kreuznach die Spitzenposition ein. Hier betrug die Umlage rund 370 Euro je Einwohner (+60,8%).

Umlageanspannung der Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen 2000–2007



Umlagesoll der Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen 2000–2007



Verbraucherpreise im Juli 2008

Im Juli 2008 erreichte der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz einen neuen Höchststand. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte stieg gegenüber Juli 2007 um 3,4%. Wie in den Vormonaten wurde die Entwicklung maßgeblich von den Preisen für Energie und Nahrungsmittel beeinflusst. Die Energiepreise lagen um 16,6% höher als im Juli 2007. Die Besitzer von Ölheizungen dürften den Preisanstieg am stärksten gespürt haben; wer im Juli tankte, musste 61,4% mehr bezahlen als ein Jahr zuvor. Die Kraftstoffpreise kletterten um 17%. Ohne die Einrechnung der Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe wäre der Verbraucherpreisindex lediglich um 1,8% gestiegen. Die Preise in der

Hauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ stiegen im Juli weiterhin überdurchschnittlich (+7,5%). Gegenüber Juli 2007 erhöhten sich vor allem die Preise für Speisefette und Öle (+18%), Molke-reiprodukte und Eier (+16,8%), Brot und Getreideerzeugnisse (+9%) sowie Gemüse (+6,3%).

Gegenüber dem Vormonat Juni stieg der Verbraucherpreisindex um 0,7%. Im Vergleich zum Vormonat zogen die Preise für Energie (+2,1%) fühlbar an, was sich vor allem in der Hauptgruppe Verkehr (+0,9%) bemerkbar machte. Preisrückgänge waren hingegen bei Bekleidung und Schuhen (-2,3%) und bei der Nachrichtenübermittlung (-0,1%) zu verzeichnen.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 16 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) etwa 17 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Juli 2008

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Juli 2007 in %

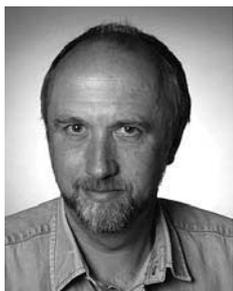


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Bevölkerungsentwicklung 2007

Bevölkerungszahl sinkt im dritten Jahr in Folge



Von Günter Ickler

Die Zahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen ist im Jahr 2007 weiter gesunken. Am 31. Dezember hatten 4 045 643 Personen ihren Hauptwohnsitz im Land, das waren 7 217 weniger als Ende 2006. Damit ging die Bevölkerungszahl im dritten Jahr in Folge zurück, nachdem es von 1987 bis 2004 eine Aufwärtsentwicklung gegeben hatte.

In den vergangenen drei Jahren ist die Bevölkerung insgesamt um mehr als 15 000 Personen geschrumpft.

Bevölkerung weiter rückläufig

Bevölkerungs-
abnahme in drei
aufeinander
folgenden
Jahren

Die Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz ist im Jahr 2007 weiter gesunken. Am Ende des vergangenen Jahres lebten 4 045 643 Personen mit Hauptwohnsitz im Land. Damit ist die Zahl der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer das dritte Jahr in Folge zurückgegangen. Diese Entwicklung zeigt, dass nach dem von 1987 bis 2004 zu beobachtenden Aufwärtstrend eine grundsätzliche Trendwende in der Bevölkerungsentwicklung eingesetzt hat. In den vergangenen drei Jahren hat die Bevölkerung insgesamt um mehr als 15 000 Personen abgenommen.

die das Land verließen. Dem positiven Wanderungssaldo stand jedoch eine viermal höhere negative Bilanz in der natürlichen Bevölkerungsbewegung gegenüber. Während die Zahl der Gestorbenen im Verlaufe des Jahres um rund 9 600 über der Zahl der Geborenen lag, übertraf die Zahl der Zuzüge die der Fortzüge nur um knapp 2 400. Aus diesen Entwicklungen ergab sich insgesamt ein Bevölkerungsrückgang von mehr als 7 200 Menschen.¹⁾ Damit hat sich im Vergleich zum Vorjahr der negative Trend noch beschleunigt, als die Bevölkerung per saldo um rund 6 000 Personen abnahm.

Mehr Geburten und Sterbefälle

Im vergangenen Jahr erblickten in Rheinland-Pfalz 32 536 Kinder das Licht der Welt. Damit gab es erstmals seit zehn Jahren wieder einen Anstieg der Geborenenzahl. Im

32 536 Lebend-
geborene

Bevölkerungs-
abnahme um mehr
als 7 200 Personen

Die Zahl der nach Rheinland-Pfalz ziehenden Menschen war im vergangenen Jahr weiterhin größer als die Zahl der Personen,

¹⁾ Die Veränderung in der Gesamtzahl der Bevölkerung (7 217) unterscheidet sich geringfügig von der Summe der Salden (7 263) wegen sogenannter bestandsrelevanter Korrekturen.



Vergleich zum Vorjahr wurden 781 Babys mehr geboren; das entspricht einer Zunahme von 2,5%.

Elterngeld beeinflusst Geburtenzahl

Für den Anstieg der Geburtenzahl könnte die Einführung des Elterngeldes eine Rolle gespielt haben; dafür spricht auch die Tatsache, dass die Zahl der Geburten im Dezember 2006 niedriger lag als in den Jahren zuvor. Viele Paare, die ohnehin die Realisierung von Kinderwünschen planten, könnten diese gezielt in das Jahr 2007 verlegt haben, wenn sie sich durch das Elterngeld gegenüber dem bis Ende 2006 gewährten Erziehungsgeld Vorteile versprochen. Derzeit kann aber noch nicht beurteilt werden, ob das Elterngeld auch dauerhaft zu höheren Geburtenzahlen führt; hier ist die weitere Entwicklung abzuwarten.

Geburtenrate weitgehend konstant

Die Geburtenrate schwankt seit Mitte der 1970er-Jahre um einen Wert von 1,4 Kindern je Frau. Auch im vergangenen Jahr lag die durchschnittliche Kinderzahl je Frau bei diesem Wert.

Die Zahl der insgesamt geborenen Kinder wird nicht nur durch die Geburtenra-

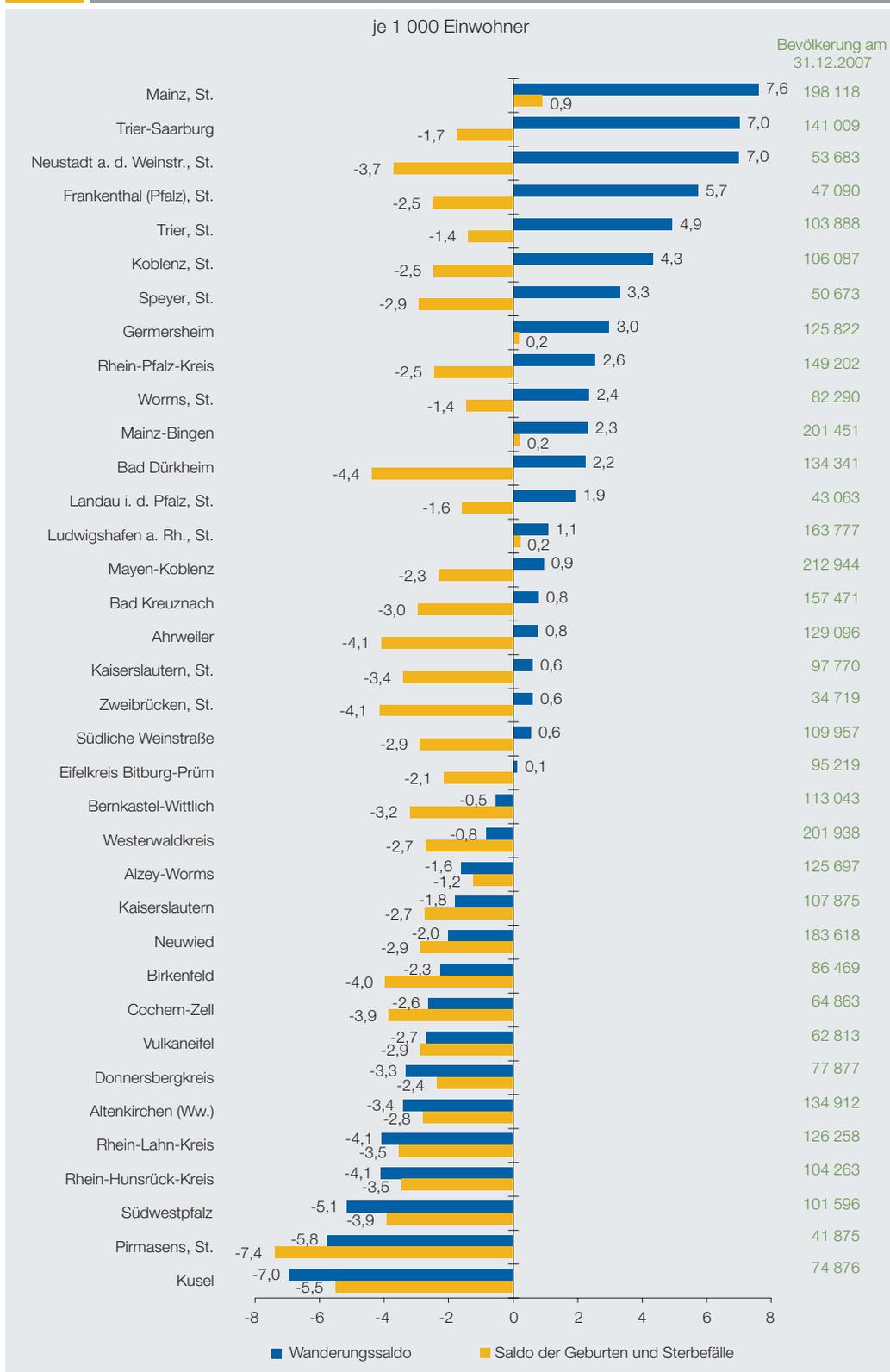
te, sondern wesentlich durch die Zahl der Frauen im sogenannten gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren bestimmt. Die aktuelle Bevölkerungspyramide belegt hier deutlich, dass sich der Umfang entsprechender Elternjahrgänge in den kommenden Jahren erheblich reduzieren wird. Der rückläufige Trend der Geburtenzahlen ist damit vorgezeichnet.

42 165 Gestorbene

Die Zahl der Sterbefälle lag mit 42 165 im vergangenen Jahr um 192 bzw. 0,5% höher als ein Jahr zuvor. Diese Zunahme ist – trotz weiter steigender Lebenserwartung – in der wachsenden Zahl älterer Menschen begründet, die naturgemäß ein höheres Sterberisiko haben. Die Zahl der Gestorbenen liegt schon seit Jahren etwa auf diesem Niveau; das wird sich auch in den kommenden Jahren nicht grundlegend ändern. Dies bedeutet, dass auch zukünftig mehr Menschen sterben als geboren werden. Schwankungen der Gestorbenenzahlen im Zeitablauf resultieren insbesondere aus dem sehr unregelmäßigen, immer noch durch die Kriegsauswirkungen bedingten Altersaufbau bei den älteren Menschen.

G 2

Natürlicher Saldo und Wanderungssaldo 2007 nach Verwaltungsbezirken



Zuwanderungsgewinn kann Geburten- defizit nicht ausgleichen

95 169 Zuzüge,
92 803 Fortzüge

Weit stärker als durch Geburten und Sterbefälle wird die Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz durch Zu- und Fortzüge geprägt. Die Entwicklung des Wanderungsgeschehens über die Landesgrenze zeichnete sich in den vergangenen Jahren bei schwankenden Fortzügen durch tendenziell sinkende Zuzugszahlen aus. Dabei konnte Rheinland-Pfalz aber stets einen Wanderungsgewinn verzeichnen, der sich allerdings von Jahr zu Jahr verringerte. Im Jahr 2007 verlegten 95 169 Personen ihren Hauptwohnsitz nach Rheinland-Pfalz, 92 803 Menschen verließen das Land. Daraus errechnet sich ein Wanderungsgewinn von 2 366 Personen, der allerdings nicht ausreichte, um das Geburtendefizit auszugleichen.

Landeshauptstadt Mainz mit größtem Wanderungsgewinn

Auf der Kreisebene wiesen im vergangenen Jahr außer Pirmasens alle kreisfreien Städte sowie zehn der 24 Landkreise einen positiven Wanderungssaldo auf. Um ein Vielfaches über dem landesdurchschnittlichen Saldo von 0,6 Personen je 1 000 Einwohner lag der Wert in der Stadt Mainz (7,6 Personen); es folgten Neustadt an der Weinstraße (7,0), Frankenthal (5,7) und Trier (4,9). Bei den Landkreisen wies Trier-Saarburg (7,0) die mit Abstand höchste Nettozuwanderungsquote auf.

Für die natürliche Bevölkerungsbewegung zeigt sich in nahezu allen Gebieten eine negative Bilanz. Mehr Geborene als Gestorbene gab es lediglich in der Landeshauptstadt Mainz (0,9 je 1 000 Einwohner), in der Stadt Ludwigshafen (0,2) sowie in

den Landkreisen Mainz-Bingen und Germersheim (jeweils 0,2). In sieben kreisfreien Städten und in einem Landkreis war der Wanderungsgewinn noch groß genug, um den negativen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung auszugleichen. In den Städten Mainz und Ludwigshafen sowie in den Landkreisen Mainz-Bingen und Germersheim konnte ein kleiner positiver Saldo aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung durch die Wanderungsgewinne noch deutlich verstärkt werden. Insgesamt wuchs die Bevölkerung in neun kreisfreien Städten und in vier Landkreisen.

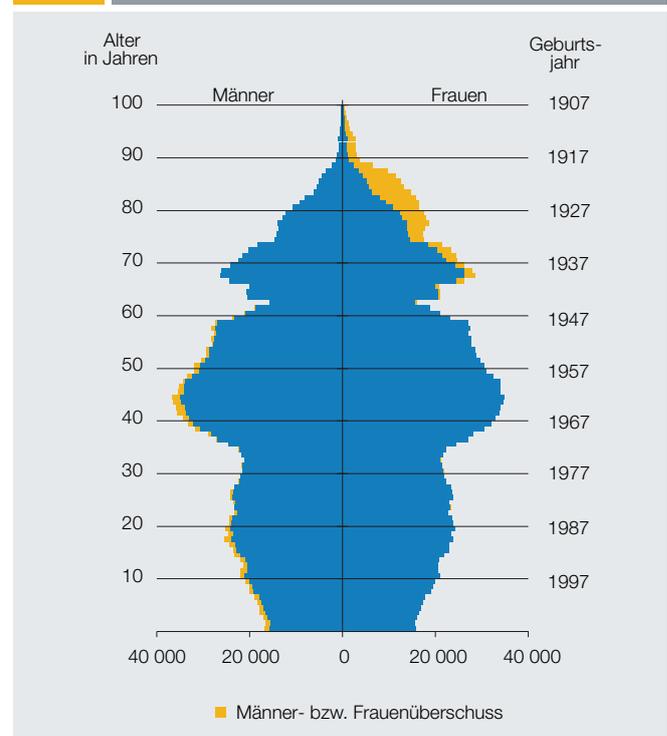
Bevölkerungspyramide

Die aktuelle Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung ist stark durch die historische Entwicklung gekennzeichnet. So sind z. B. die Geburtenausfälle durch den Zwei-

Historische
Ereignisse
prägen Bevölke-
rungspyramide

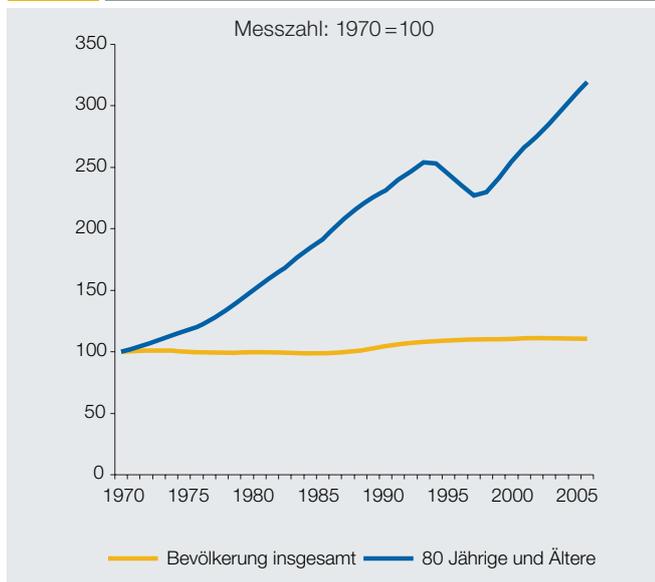
G 3

Aufbau der Bevölkerung 2007 nach Alter und Geschlecht



G 4

Bevölkerung insgesamt sowie 80-Jährige und Ältere 1970–2007



T 1

Bevölkerung 2007 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	Anzahl	Anteil an insgesamt	Veränderung	
			2006	1997
%				
unter 3	97 566	2,4	-1,2	-21,0
3 – 6	104 642	2,6	-2,6	-20,4
6 – 10	156 597	3,9	-3,8	-16,9
10 – 16	261 581	6,5	-1,6	-0,9
16 – 20	193 867	4,8	-0,1	13,2
20 – 35	682 319	16,9	-0,2	-19,1
35 – 50	971 878	24,0	-1,5	7,1
50 – 65	756 560	18,7	2,4	5,0
65 – 80	614 618	15,2	-0,2	19,0
80 und älter	206 015	5,1	3,5	35,8
unter 20	814 253	20,1	-1,8	-7,3
20–65	2 410 757	59,6	0,1	-2,4
65 und älter	820 633	20,3	0,7	22,8
Insgesamt	4 045 643	100	-0,2	0,7

ten Weltkrieg Ursache für die derzeit schwache Besetzung der Anfang 60-Jährigen. Der Babyboom gegen Ende der 1950er- und in den frühen 1960er-Jahren ist für die derzeit hohe Zahl der etwa 40- bis 50-Jährigen verantwortlich.

Bevölkerung nach dem Alter

Demografischer Wandel

Weit stärker als durch Veränderungen in ihrer Gesamtzahl ist die Bevölkerungsentwicklung durch Veränderungen in der Altersstruktur gekennzeichnet. Neben sinkenden Geburtenzahlen und einer steigenden Lebenserwartung ist dies auch in dem unregelmäßigen Altersaufbau begründet, wie er in der grafischen Darstellung der Bevölkerungspyramide zum Ausdruck kommt. Diese häufig mit dem Begriff des demografischen Wandels bezeichnete Entwicklung beinhaltet insbesondere eine stetig zunehmende Zahl älterer Menschen sowie zugleich eine rückläufige Zahl an Kindern und Jugendlichen.

Eine Unterteilung in drei Hauptaltersgruppen grenzt den erwerbsfähigen Teil der Bevölkerung von den normalerweise noch nicht sowie den nicht mehr erwerbstätigen Personen ab. In der Bevölkerung am Ende des Jahres 2007 ist ein Fünftel noch keine 20 Jahre alt und ein weiteres Fünftel 65 Jahre oder älter; drei Fünftel gehören demnach zur Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen. Bereits hier wird die Verschiebung der Altersstruktur in Richtung höherer Altersjahre deutlich. Die Zahl der älteren Menschen hat im Verlauf des letzten Jahres um 0,7% zugenommen, im Verlauf der letzten zehn Jahre ist sie um 22,8% gestiegen. Die Gruppe der unter 20-Jährigen ist dagegen 2007 um 1,8% und innerhalb von zehn Jahren um 7,3% geschrumpft.

Weniger Kinder, mehr ältere Menschen

Der demografische Wandel kommt bei einer differenzierteren Altersuntergliederung noch deutlicher zum Ausdruck. Die Zahl unter 3-Jährigen hat im letzten Jahr um 1,2% und im Verlauf der letzten zehn Jahre um 21%

Erhebliche
Zunahme der
über 80-
Jährigen

abgenommen. Bei den 3- bis 6-Jährigen liegen die Veränderungen bei -2,6% bzw. -20,4%. Die Zahl älterer Menschen hat dagegen deutlich zugenommen. So ist die Zahl der Personen im Alter von 80 Jahren und älter im Jahr 2007 um 3,5% und im Verlauf der letzten zehn Jahre um 35,8% gestiegen.

Ende des vergangenen Jahres lebten in Rheinland-Pfalz rund 206 000 Menschen, die 80 Jahre oder älter waren; damit hat sich deren Zahl seit 1970 mehr als verdreifacht. Im gleichen Zeitraum ist die Gesamtbevölkerung um 11% gewachsen. Hintergrund dieser Entwicklung ist in erster Linie die stetig steigende Lebenserwartung. Während 1970 noch weniger als 65 000 über 80-Jährige im Land lebten, ist deren Zahl bis Mitte der 1990er-Jahre auf das Zweieinhalbfache gestiegen. In den Folgejahren waren dann die

aufgrund der Geburtenausfälle durch den Ersten Weltkrieg nur schwach besetzten Jahrgänge für eine vorübergehend rückläufige Zahl der Menschen in diesem Alter verantwortlich. Seit Ende der 1990er-Jahre steigt deren Zahl aber wieder kontinuierlich an.

Der weitere Trend ist eindeutig vorgezeichnet: So wird die Bevölkerung auch in den kommenden Jahren weiter schrumpfen und die Zahl älterer Menschen erheblich wachsen. Nach Modellrechnungen des Statistischen Landesamtes ist davon auszugehen, dass es in etwa 30 Jahren doppelt so viele über 80-Jährige wie heute geben wird; die Gesamtbevölkerung wird danach im gleichen Zeitraum um rund 10% abnehmen.²⁾

Eindeutiger zu-
künftiger Trend

Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Soziale Leistungen, Gesundheit, Rechtspflege“.

2) Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg): Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006). Bad Ems 2007.

Verdienste 2007

Methodische Änderungen und Ergebnisse



Von Hans-Peter Fein

Am 1. Januar 2007 trat das neue Verdienststatistikgesetz in Kraft. Damit wurden die Statistiken der Verdienste grundlegend verändert. Während bis Ende 2006 lediglich das produzierende Gewerbe und bestimmte ausgewählte Bereiche des Dienstleistungssektors in die Erhebung der Verdienste einbezogen wurden, werden nun Daten aus nahezu allen Wirtschaftsbereichen erhoben.

Nach der neuen Vierteljährlichen Verdiensterhebung verdienten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Rheinland-Pfalz 2007 brutto durchschnittlich 39 633 Euro. Die Bruttojahresverdienste vollzeitbeschäftigter Frauen betrugen durchschnittlich 32 816 Euro und erreichten somit rund 78% des Verdienstniveaus ihrer männlichen Kollegen, das bei 42 163 Euro lag.

Methodische Neuerungen

Neues Verdienststatistikgesetz seit dem 1. Januar 2007

Mit dem Inkrafttreten des neuen Verdienststatistikgesetzes zum 1. Januar 2007 wurde der Erfassungsbereich der Verdienststatistiken bei gleichem Stichprobenumfang auf nahezu alle Wirtschaftsbereiche ausgedehnt. Rechtsgrundlage war bis Ende 2006 das Lohnstatistikgesetz, das in seiner Struktur seit 1951 nahezu unverändert in Kraft war. Die Beschränkung auf die Wirtschaftsbereiche „Produzierendes Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe“ ging auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten in den 1950er-Jahren zurück, entsprach jedoch nicht mehr den aktuellen Schwerpunkten wirtschaftlichen Handelns und konnte daher auch nicht mehr den heutigen Informationsbedarf decken.

Vierteljährliche bzw. jährliche Verdienstdaten werden nun durch die neue Vierteljährliche Verdiensterhebung und nicht mehr durch die Laufende Verdiensterhebung und die Bruttojahresverdiensterhebung bereitgestellt (zu den wesentlichen Änderungen siehe Info 1).

Um eine möglichst weitgehende Entlastung bzw. Unterstützung der auskunftspflichtigen Betriebe zu erreichen, wurde bei der Datenerhebung für die Vierteljährliche Verdiensterhebung verstärkt für eine elektronische Übermittlung der Verdienstdaten geworben. Neben dem Verfahren IDEV ist hier vor allem eSTATISTIK.CORE zu nennen, das eine automatisierte Datengewinnung aus dem betrieblichen Rechnungswesen ermöglicht.

Werbung für elektronische Datenübermittlung

Info 1

Wesentliche Änderungen durch die neue Vierteljährliche Verdiensterhebung

1. Es werden (Brutto-)Verdienste für nahezu alle Wirtschaftsbereiche abgebildet (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht, Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und private Haushalte).
2. Die bisherige Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten entfällt.
3. Erfasst werden auch Teilzeitbeschäftigte sowie geringfügig Beschäftigte.
4. Abgebildet werden die durchschnittlichen Verdienste für die Quartale eines Jahres.
5. Sonderzahlungen werden getrennt erfasst.
6. (Brutto-)Jahresverdienste werden aus den Quartalen errechnet.

Info 2

Elektronische Datenübermittlung bei der Vierteljährlichen Verdiensterhebung

1. IDEV

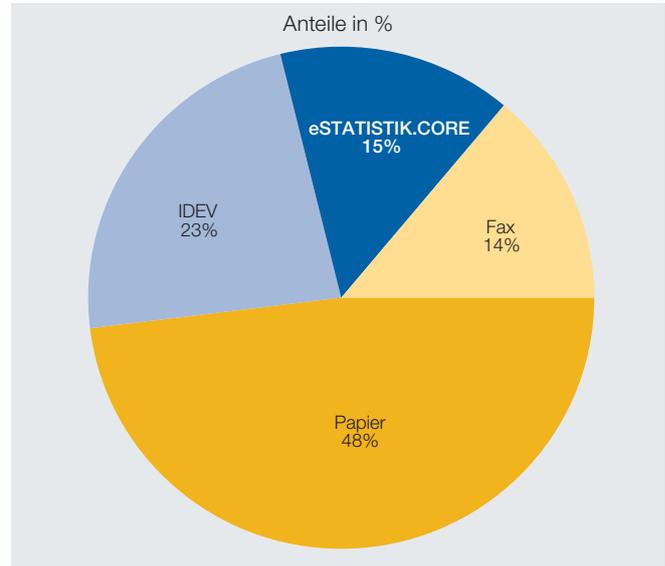
IDEV (Internet-Datenerhebung im Verbund) ist eine Anwendung, mit deren Hilfe die Meldungen zu verschiedenen statistischen Erhebungen per Internet an die statistischen Ämter übermittelt werden können. Die von der Statistik benötigten Daten werden dabei von der Auskunft gebenden Stelle direkt in ein Online-Formular eingegeben und verschlüsselt an das Statistische Landesamt weitergeleitet. Zudem bietet IDEV noch eine Reihe weiterer Funktionen zur Unterstützung der Berichtspflichtigen.

2. eSTATISTIK.CORE

Noch einen Schritt weiter geht eSTATISTIK.CORE (eSTATISTIK Common Online Rawdata Entry). Dieses innovative Verfahren, das bereits mehrere Preise gewonnen hat, bietet die Möglichkeit, die Daten automatisiert aus dem Rechnungswesen des Unternehmens zu gewinnen und „per Knopfdruck“ online an die statistischen Ämter zu übermitteln. Damit entfällt das mitunter zeitaufwändige manuelle Zusammenstellen und Übertragen der Daten in ein Formular. Voraussetzung ist, dass ein entsprechendes Statistikmodul in die betriebliche Software des Berichtspflichtigen integriert ist.

G 1

Form der Datenlieferung 2007



Der Erfolg rechtfertigt die Bemühungen. Nutzen im Jahr 2006 bei der Laufenden Verdiensterhebung lediglich 15% aller auskunftspflichtigen Betriebe die Möglichkeit der elektronischen Datenübermittlung (IDEV und eSTATISTIK.CORE), so lag der Anteil im Jahr 2007 bereits bei 38%. Für eSTATISTIK.CORE entschieden sich allein 15% der befragten Betriebe.

Elektronische Datenübermittlung wird immer häufiger beansprucht

Frauen verdienen im Schnitt 78% des Einkommens der Männer

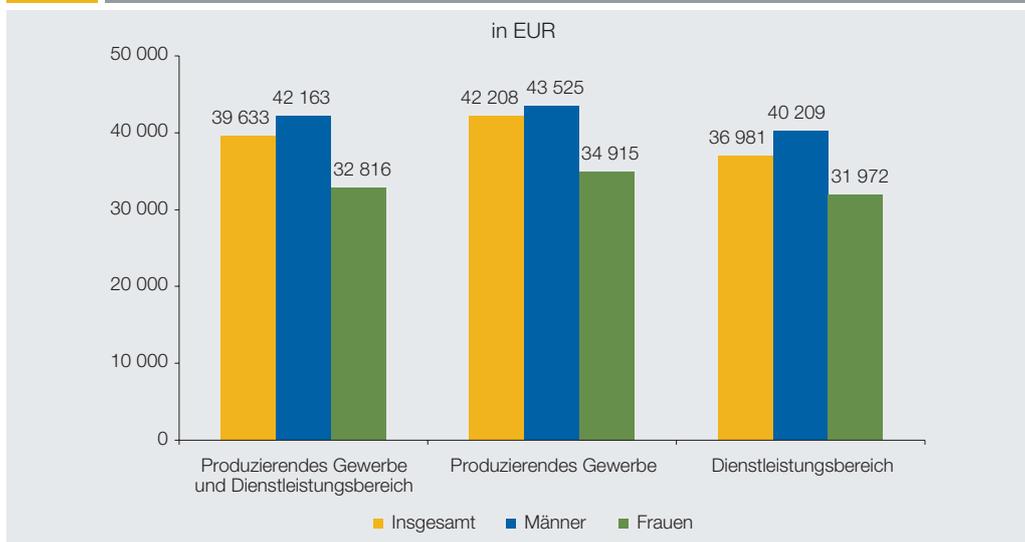
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich bezogen in Rheinland-Pfalz 2007 durchschnittlich ein Einkommen in Höhe von 39 633 Euro brutto. Ohne Sonderzahlungen, wie tarifliche Einmalzahlungen oder Leistungsprämien, betragen die Verdienste der rheinland-pfälzischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 35 775 Euro.

Durchschnittlicher Verdienst liegt bei fast 40 000 Euro

Die Bruttojahresverdienste vollzeitbeschäftigter Frauen einschließlich Sonderzahlungen beliefen sich 2007 auf durchschnittlich 32 816 Euro und erreichten somit rund 78% des Verdienstniveaus der männlichen Kol-

Vollzeitbeschäftigte Frauen verdienen rund 78% ihrer männlichen Kollegen

G 2

Durchschnittliche Bruttojahresverdienste (mit Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer 2007 nach Geschlecht


Frauen mit
geringerem
Durchschnitts-
verdienst

legen, das bei 42 163 Euro lag. Auch bei den Stundenverdiensten zeigen sich Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Im Durchschnitt des Jahres 2007 verdienten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 15,02 Euro je Stunde, während sich die Bruttostundenverdienste ihrer männlichen Kollegen auf 18,68 Euro beliefen (jeweils ohne Sonderzahlungen). Dieser geschlechterspezifische Verdienstabstand bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass Frauen für die gleiche Arbeit im gleichen Unternehmen schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen. Vielmehr spielen hierfür auch die Verteilung der Geschlechter auf besser und schlechter bezahlte Wirtschaftszweige, die Zahl der Berufsjahre, die Größe der Unternehmen oder Unterschiede im Ausbildungs- und Anforderungsniveau eine Rolle.

Verdienste in der Industrie im Schnitt höher als in den Dienstleistungsbereichen

Bei der Betrachtung der Bruttomonatsverdienste (ohne Sonderzahlungen) zeigen

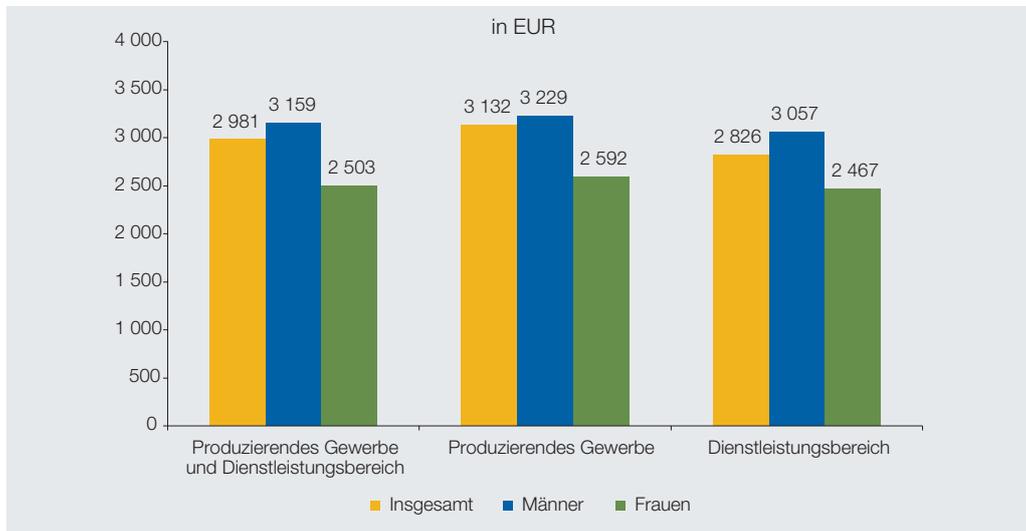
sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen. So verdienten die vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Industrie mit durchschnittlich 3 132 Euro im Monat gut 300 Euro mehr als die Beschäftigten im Dienstleistungsbereich (2 826 Euro). Innerhalb des produzierenden Gewerbes reichte die Spanne von unterdurchschnittlichen Verdiensten, wie beispielsweise im Ernährungsgewerbe mit 2 552 Euro oder im Baugewerbe mit 2 657 Euro, bis hin zu Bruttomonatsverdiensten von 4 009 Euro in der chemischen Industrie und 4 083 Euro bei den Energieversorgern.

Diese Unterschiede liegen zum einen in der Beschäftigtenstruktur begründet: So haben beispielsweise die chemische Industrie und die Energieversorger einen relativ hohen Anteil an gut ausgebildeten Beschäftigten. Zum anderen spiegelt sich hier auch die Produktivität von Wirtschaftszweigen wider: Die Arbeitsproduktivität, gemessen als Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, ist in der kapitalintensiven chemischen Industrie etwa dreimal so hoch wie im Ernährungsgewerbe und im Baugewerbe.

Verdienste in
Industrie
300 Euro höher

G 3

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste (ohne Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer 2007 nach Geschlecht



Im Durchschnitt lag die bezahlte Wochenarbeitszeit der vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei 35,1 Stunden. Daraus errechnet sich ein Bruttostundenverdienst (ohne Sonderzahlungen) in Höhe von 17,19 Euro. Die Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung offenbaren zudem erhebliche Unterschiede zwischen den Bruttostundenverdiensten der vollzeitbeschäftigten

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und denen ihrer teilzeitbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Betragen die Stundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) der Vollzeitbeschäftigten im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 17,70 Euro, so lagen sie für die Gruppe der Teilzeitbeschäftigten lediglich bei 14,29 Euro. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass Teilzeitbeschäftigte in geringerem Um-

Teilzeitbeschäftigte mit geringerem Stundenlohn

T 1

Bezahlte Wochenstunden, Bruttostundenverdienst, Bruttomonatsverdienst und Bruttojahresverdienst im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 2007 nach Beschäftigungsumfang

Wirtschaftsbereich	Bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		Bruttojahresverdienst	
		insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen
	Stunden	EUR					
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	38,8	19,61	17,70	3 303	2 981	39 633	35 775
produzierendes Gewerbe	38,6	20,97	18,68	3 517	3 132	42 208	37 584
darunter verarbeitendes Gewerbe	38,5	21,43	18,98	3 585	3 176	43 026	38 107
Dienstleistungsbereich	38,9	18,22	16,71	3 082	2 826	36 981	33 911
Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	22,8	15,52	14,29	1 534	1 412	18 409	16 946
produzierendes Gewerbe	23,2	18,12	16,11	1 825	1 623	21 905	19 477
darunter verarbeitendes Gewerbe	23,5	18,33	16,22	1 868	1 653	22 413	19 839
Dienstleistungsbereich	22,7	15,11	14,00	1 489	1 380	17 874	16 559

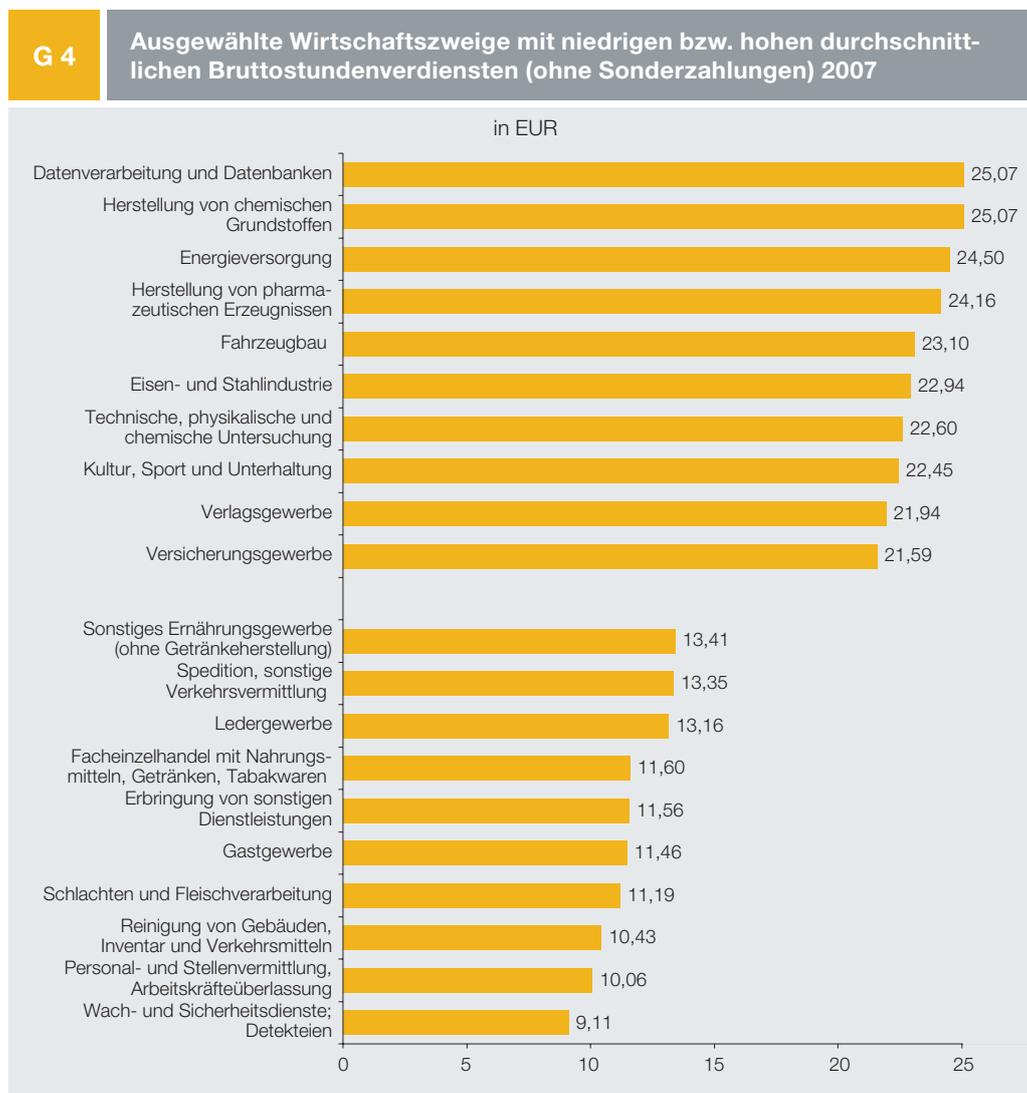
fang für höher qualifizierte und damit höher bezahlte Arbeiten eingesetzt werden. Auch sind Teilzeitbeschäftigte in stärkerem Umfang im Dienstleistungsbereich tätig, der ein geringeres Verdienstniveau als die Industrie aufweist.

Große Differenzen bei den Stundenverdiensten in den unterschiedlichen Branchen und Leistungsgruppen

Durchschnittliche Stundenverdienste zwischen 9 und 25 Euro

Bei den vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern reicht die Spannweite der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) von gut 9 Euro bis zu 25 Euro.

Die geringsten Verdienste gab es 2007 im Wirtschaftszweig „Wach- und Sicherheitsdienste; Detekteien“ (9,11 Euro), die höchsten durchschnittlichen Stundenverdienste bekamen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Bereichen „Herstellung von chemischen Grundstoffen“ sowie „Datenverarbeitung und Datenbanken“ (jeweils 25,07 Euro). Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Industrie erhielten im Jahr 2007 mit durchschnittlich 18,68 Euro in der Stunde eine höhere Vergütung als vergleichbare Beschäftigte im Dienstleistungsbereich (16,71 Euro).



Wirtschaftszweig	Insgesamt	Leistungsgruppe				
		1	2	3	4	5
		EUR				
		Insgesamt				
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	17,70	30,18	20,44	15,90	13,27	10,28
produzierendes Gewerbe	18,68	29,83	21,20	16,99	14,69	11,69
darunter verarbeitendes Gewerbe	18,98	31,92	21,59	17,20	14,92	11,84
Dienstleistungsbereich	16,71	30,55	19,76	14,66	11,64	9,33
		Männer				
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	18,68	30,96	21,10	16,51	13,94	10,62
produzierendes Gewerbe	19,20	30,12	21,50	17,26	15,07	12,13
darunter verarbeitendes Gewerbe	19,62	32,36	21,91	17,54	15,43	12,28
Dienstleistungsbereich	17,96	32,00	20,61	15,18	12,17	9,62
		Frauen				
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	15,02	26,43	18,54	14,26	11,34	9,80
produzierendes Gewerbe	15,74	27,42	19,31	15,06	12,57	11,09
darunter verarbeitendes Gewerbe	15,76	28,63	19,73	15,04	12,44	11,27
Dienstleistungsbereich	14,74	25,97	18,29	14,01	10,77	8,94

Info 3

Leistungsgruppen (Kurzbeschreibung)

- **Leistungsgruppe 1:** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis.
- **Leistungsgruppe 2:** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sehr schwierigen bis komplexen oder vielgestaltigen Tätigkeiten, für die i. d. R. nicht nur eine abgeschlossene Berufsausbildung, sondern darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse erforderlich sind.
- **Leistungsgruppe 3:** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit schwierigen Fachtätigkeiten, für deren Ausübung i.d.R. eine abgeschlossene Berufsausbildung, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung, erforderlich ist.
- **Leistungsgruppe 4:** Angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit überwiegend einfachen Tätigkeiten, für deren Ausführung keine berufliche Ausbildung, aber insbesondere Kenntnisse und Fertigkeiten für spezielle, branchengebundene Aufgaben erforderlich sind.
- **Leistungsgruppe 5:** Ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung erforderlich ist.

Innerhalb des produzierenden Gewerbes lagen die Stundenverdienste im Wirtschaftszweig „Schlachten und Fleischverarbeitung“ besonders niedrig (11,19 Euro). Ebenfalls gering waren sie im Ledergewerbe (13,16 Euro). Besonders hohe Vergütungen erreichten neben den Beschäftigten der chemischen Industrie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Energieversorgung (24,50 Euro).

Höhere durchschnittliche Stundenverdienste in der Industrie

Im Dienstleistungssektor lagen die Verdienste in den Wirtschaftszweigen „Wach- und Sicherheitsdienste; Detekteien“ (9,11 Euro), „Personal- und Stellenvermittlung, Arbeitskräfteüberlassung“ (10,06 Euro) sowie „Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln“ (10,43 Euro) deutlich unter dem Durchschnitt. Die höchsten Verdienste wurden in den Bereichen „Datenverarbeitung und Datenbanken“, „Technische, physikalische und chemische Untersuchung“ (22,60 Euro) sowie „Kultur, Sport und Unterhaltung“ (22,45 Euro) erzielt.

Das individuelle Verdienstniveau wird in allen Branchen maßgeblich von der Art der ausgeübten Tätigkeit bestimmt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitenden Positionen und mit komplexen, schwierigen Aufgaben verdienen folgerichtig mehr als Beschäftigte, die vergleichsweise einfache Tätigkeiten ausüben. Am unteren Ende der Verdienstskala standen 2007 in allen erhobenen Wirtschaftsbereichen Beschäftigte der Leistungsgruppe 5 mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von 10,28 Euro.

Beschäftigte der Leistungsgruppe 1 erzielten dagegen mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von 30,18 Euro eine fast dreimal so hohe Vergütung.

Fazit

Der rheinland-pfälzische Durchschnittsverdienst lag 2007 bei fast 40 000 Euro. Dabei gibt es jedoch starke Unterschiede. So verdienen Männer im Schnitt mehr als Frauen, Beschäftigte in der Industrie mehr als in den Dienstleistungsbereichen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den oberen Leistungsgruppen mehr als in den unteren.

Hans-Peter Fein, Diplom-Volkswirt, leitet die Abteilung Bevölkerung, Gesellschaft.

Aktuelle Strukturen in der Landwirtschaft Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2007

Von Jörg Breitenfeld

Mit der Agrarstrukturerhebung erfolgte im Jahr 2007 wieder eine umfassende Bestandsaufnahme der Strukturen in der Landwirtschaft. Danach bewirtschaftet ein Betrieb nunmehr durchschnittlich 28 ha, so viel wie noch nie. Dem Weinbau kommt weiterhin eine große Bedeutung zu; für rund 40% der Betriebe ist er der wichtigste Produktionszweig. Die seit Ende der 1990er-Jahre verstärkte Förderung des ökologischen Landbaus führte zu einer deutlichen Ausweitung dieser Anbaumethode: Innerhalb von nur vier Jahren stieg die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe um fast ein Viertel auf 580. In der Viehhaltung werden die einzelbetrieblichen Bestände immer größer, während die Gesamtzahlen der Tiere abnehmen.

Zahl der Betriebe weiter rückläufig

Durchschnittliche Betriebsgröße auf 28 ha gestiegen

Seit Jahrzehnten ist in der Landwirtschaft eine Abnahme der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe bei gleichzeitiger Vergrößerung der verbliebenen Betriebe zu beobachten. Im Mai 2007 wurden noch 25 529 landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz gezählt, die über durchschnittlich 28 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) verfügten. Gegenüber 2003 nahm die Zahl der Betriebe damit um 13% ab, während die durchschnittliche Betriebsgröße um 16% stieg. Zwischen 1999 und 2003 war die Zahl der Betriebe noch um über 17% gesunken.

Die Entwicklung in den einzelnen Größenklassen verlief recht unterschiedlich. Die höchsten Rückgänge gab es bei kleineren

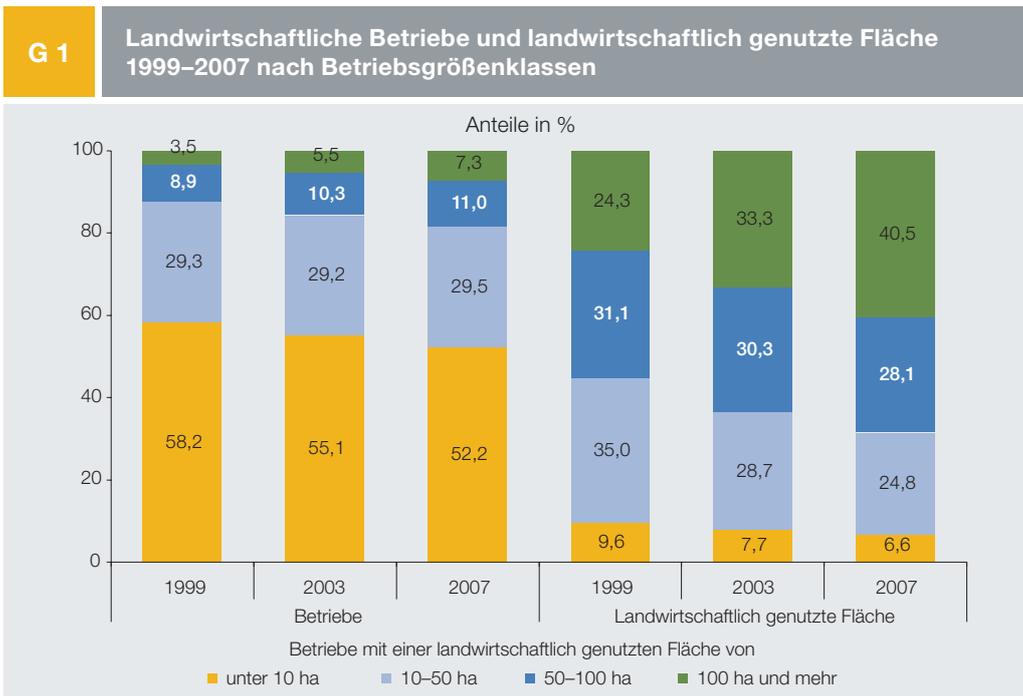
Betrieben. Gegenüber 2003 verringerte sich die Zahl der Betriebe mit weniger als 2 ha LF um 24%. In der Größenklasse von 2 bis 5 ha lag die Abnahme bei 16%. Eine posi-

Wachstumsschwelle bei 100 ha

Methode

Erhebungs- und Darstellungsbereich

Agrarstrukturerhebungen finden alle zwei Jahre als umfassende Strukturerhebung in der Landwirtschaft statt. Zur Entlastung der Berichtspflichtigen wird ein Teil der Merkmale nur alle vier Jahre allgemein erhoben. Die Agrarstrukturerhebung richtet sich an Betriebe mit 2 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) bzw. mit 10 ha und mehr Waldfläche. Betriebe unter 2 ha LF sind nur dann auskunftspflichtig, wenn sie auf Flächen von mindestens 30 Ar im Freiland oder 3 Ar unter Glas Sonderkulturen (Wein, Gemüse, Obst, Zierpflanzen) anbauen oder, wenn sie über mindestens 8 Rinder, 8 Schweine, 20 Schafe oder 200 Stück Geflügel verfügen.



ve Entwicklung wiesen nur die Betriebe mit mindestens 100 ha LF auf. Ihre Zahl stieg seit 2003 um 17% auf 1 874. Diese Betriebe bewirtschafteten mittlerweile 41% der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes (2003: 33%).

Durchschnittliche Betriebsgröße bundesweit bei 45 ha

In Deutschland wurden im Jahr 2007 noch 374 500 landwirtschaftliche Betriebe gezählt, die im Durchschnitt 45 ha LF bewirtschafteten. Die in Rheinland-Pfalz geringere Flächenausstattung ist u. a. auf die Anbaustruktur im Land zurückzuführen. In Rheinland-Pfalz werden vielfach Sonderkulturen wie Wein und Obst angebaut, die im Vergleich zum Getreidebau eine hohe Wertschöpfung pro Flächeneinheit ermöglichen. Einen Einblick in die Produktionsstrukturen der Betriebe ermöglicht die Darstellung nach der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung.

Weinbau bestimmt die Betriebsstruktur

Zwei von fünf Betrieben mit Schwerpunkt Weinbau

Im Jahr 2007 lag der Produktionsschwerpunkt bei 40% der Betriebe im Weinbau. Diese gehören zusammen mit dem Obstbau zu den Dauerkulturbetrieben, die in

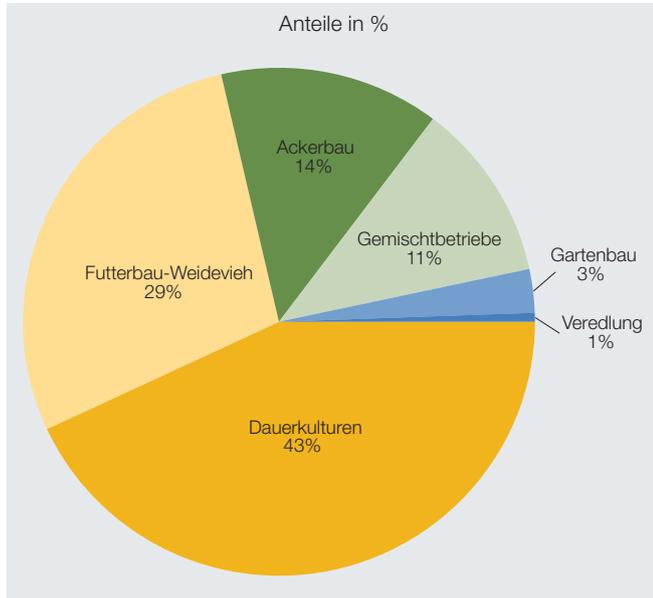
Rheinland-Pfalz auf einen Anteil von 43% kamen. Gleichzeitig beanspruchten sie lediglich knapp 13% der landwirtschaftlich genutzten Fläche. In Deutschland lag der Anteil der Dauerkulturbetriebe im Jahr 2005 mit 7,9% aller Betriebe deutlich niedriger als in Rheinland-Pfalz.

Ein weiterer wichtiger Produktionsschwerpunkt im Land ist der Futterbau¹⁾, der sowohl die Milchproduktion als auch die Rind- und Schaffleischproduktion umschließt. Insgesamt 7 280 Betriebe (29%) befassten sich überwiegend mit dem Futterbau. Sie bewirtschafteten mit 37% den größten Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Auf die Milchproduktion waren rund 1 990 Betriebe spezialisiert. Des Weiteren stellte der Ackerbau für viele Betriebe einen Schwerpunkt dar. Immerhin 14% der Betriebe, die über 24% der landwirtschaftlich genutzten Fläche verfügten, gehörten zu dieser Betriebsgruppe.

1) In der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung als „Futterbau-Weidevieh“ bezeichnet.

G 2

Landwirtschaftliche Betriebe 2007 nach der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung



Neben den spezialisierten Betrieben gibt es nach wie vor eine große Gruppe, die aus zwei oder mehr Produktionsrichtungen ihr Einkommen erzielt. Mehr als jeder zehnte Betrieb wurde 2007 den Gemischtbetrieben zugeordnet, die mit 58 ha die größte Flächenausstattung je Betrieb aufwiesen. Die Ackerbaubetriebe kamen im Mittel auf 49 ha vor den Futterbaubetrieben mit 36 ha. Die Weinbaubetriebe verfügten nur über durchschnittlich 8 ha. Hier zeigt sich, dass die Betrachtung der durchschnittlichen Betriebsgröße nur bedingt als Vergleichsmaßstab geeignet ist.

49 000 Euro
Standard-
deckungsbeitrag
je Betrieb

Ein weiteres Kriterium für Vergleiche stellt der Standarddeckungsbeitrag dar. In Rheinland-Pfalz erreichten die Betriebe im Jahr 2007 im Durchschnitt einen Standarddeckungsbeitrag von gut 49 000 Euro. Gegenüber 2003 bedeutet das einen Anstieg um 3,7%. Je nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung bestehen deutliche Unterschiede in den Standarddeckungsbeiträgen der Betriebe.

Den höchsten Wert erreichten die Gartenbaubetriebe mit durchschnittlich 277 000 Euro. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass aus dem Standarddeckungsbeitrag u. a. noch die Entlohnung der Arbeitskräfte erfolgen muss; diese Aufwendungen haben gerade im Gartenbau ein hohes Gewicht. Die Gemischtbetriebe wiesen einen Standarddeckungsbeitrag von 59 000 Euro je Betrieb auf und lagen damit deutlich vor den Weinbaubetrieben mit 45 000 Euro. Der Ackerbau erreichte einen Standarddeckungsbeitrag je Betrieb von 42 000 Euro. Auf den niedrigsten Wert kamen die Futterbaubetriebe (29 000 Euro je Betrieb). Hier macht sich der geringe Standarddeckungsbeitrag der Rindermastbetriebe (13 000 Euro je Betrieb) bemerkbar; die Milchproduzenten erreichten im Durchschnitt 85 000 Euro je Betrieb.

Personengesellschaften gewinnen an Bedeutung

Die traditionelle Rechtsform, in der ein landwirtschaftlicher Betrieb geführt wird, ist die eines Einzelunternehmens, d. h. die rechtliche Verantwortung liegt bei einer Einzelperson oder einem Ehepaar. Aus verschiedenen Gründen haben in den letzten Jahren auch andere Rechtsformen Bedeutung erlangt. Die wichtigste ist die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), deren Anteil 2007 auf 6,2% gestiegen ist (2003: 5,6%). Häufig wird eine GbR gegründet, wenn sich zwei oder mehr Betriebe zusammenschließen, um ihre Flächen und Viehbestände gemeinsam zu bewirtschaften. Die steigende Betriebsgröße ermöglicht eine Kostendegression; zugleich ist dann auch eine Vertretung etwa im Krankheitsfall sichergestellt. Ein anderer wichtiger Anlass für die Gründung einer GbR ist die Einbindung des Hofnachfolgers in den Betrieb durch eine sogenannte Vater-Sohn-GbR.

Zunehmend werden Betriebe als GbR geführt

Haupterwerbsbetriebe mit mehr Fläche ...

Für die Einzelunternehmen erfolgt zusätzlich eine sozialökonomische Betriebstypisierung. Der Anteil der Haupterwerbsbetriebe an den Einzelunternehmen betrug im Jahr 2007 knapp 43% (2003: 41%). Haupterwerbsbetriebe zeichnen sich dadurch aus, dass sie deutlich größer sind als Nebenerwerbsbetriebe: Ein Haupterwerbsbetrieb bewirtschaftete 2007 durchschnittlich 44 ha LF, ein Nebenerwerbsbetrieb kam nur auf gut 12 ha. Im Vergleich dazu wiesen die Personengesellschaften und sonstigen Rechtsformen eine durchschnittliche Betriebsgröße von 53 ha LF auf.

... und größeren Viehbeständen

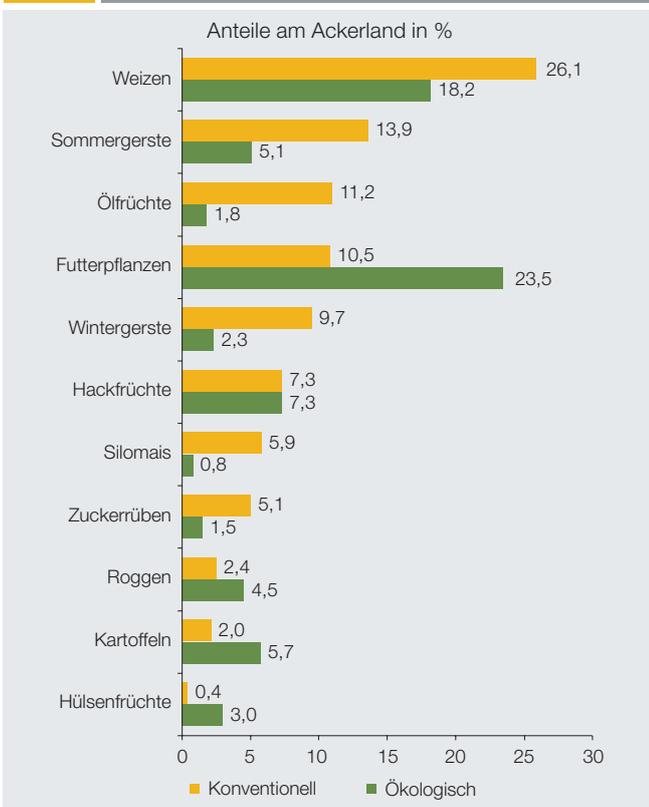
Auch in der Viehhaltung verfügten die Haupterwerbsbetriebe über die größeren Bestände. Insbesondere die Zweige der Viehhaltung, die eine intensive und dauernde Betreuung sowie ein hohes Maß an

Fachwissen erfordern, sind die Domäne der Haupterwerbsbetriebe. So standen in den Ställen der Haupterwerbsbetriebe durchschnittlich 44 Milchkühe oder 61 Zuchtsauen. Die Nebenerwerbsbetriebe kamen im Mittel nur auf 15 Milchkühe oder 13 Zuchtsauen. Betriebe, die als Personengesellschaften oder in sonstigen Rechtsformen geführt wurden, hielten durchschnittlich 74 Milchkühe oder 106 Zuchtsauen.

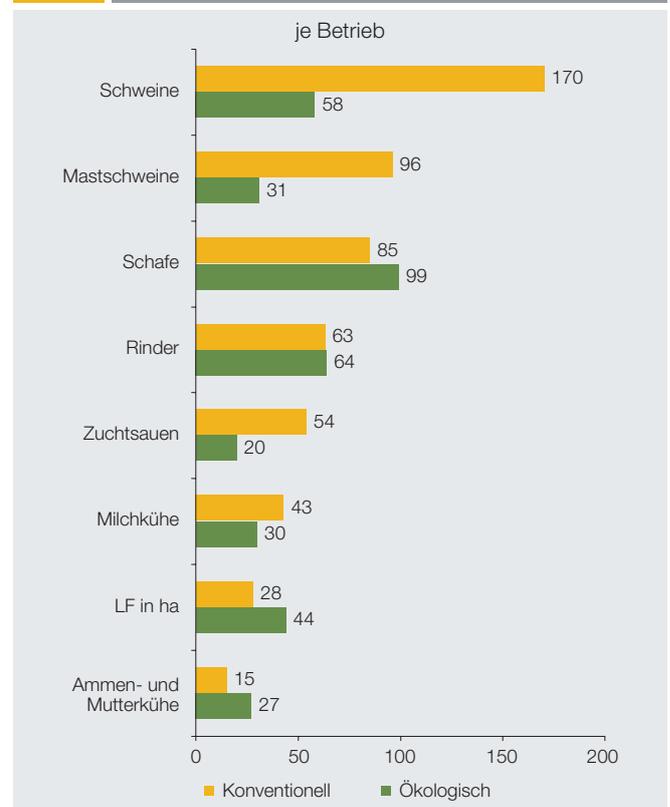
Ökolandbau gewinnt an Bedeutung

Die steigende Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln veranlasst immer mehr Landwirte, auf entsprechende Anbauverfahren umzustellen. Im Mai 2007 wirtschafteten 580 bzw. 2,3% der landwirtschaftlichen Betriebe vollständig oder teilweise nach den Vorgaben der EU-Verordnung zum ökologischen Landbau.

G 3 Ausgewählte Kultur- und Fruchtarten 2007 nach der Bewirtschaftungsart



G 4 Ausgewählte Merkmale 2007 nach der Bewirtschaftungsart



Ökobetriebe bewirtschaften 3,6% der Fläche

Gegenüber 2003 stellt dies eine Zunahme um 24% dar. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche dieser Betriebe erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 53% auf 25 800 ha. In Deutschland wurden 861 200 ha von 14 500 Betrieben ökologisch bewirtschaftet. Dies entsprach einem Anteil von 5,1% der landwirtschaftlich genutzten Fläche und 3,9% der Betriebe.

Im Vergleich zu den konventionell wirtschaftenden Betrieben verfügte ein Ökobetrieb durchschnittlich über 44 ha LF. Ein konventioneller Betrieb kam nur auf 27,6 ha. Ein Grund für die größere Flächenausstattung ist der höhere Anteil von Haupterwerbsbetrieben im Ökolandbau. Rund 59% der Ökobetriebe wurden als Haupterwerbsbetrieb klassifiziert.

Die relativ meisten der ökologisch wirtschaftenden Betriebe (197) hatten den betrieblichen Schwerpunkt im Weinbau. Diese Betriebe bewirtschafteten knapp 2 000 ha Rebfläche. Einen weiteren wichtigen Produktionszweig stellte der Futterbau dar, den 193 Betriebe auf 12 500 ha LF ausübten. Dem Ackerbau gingen 49 Betriebe auf 2 900 ha LF nach.

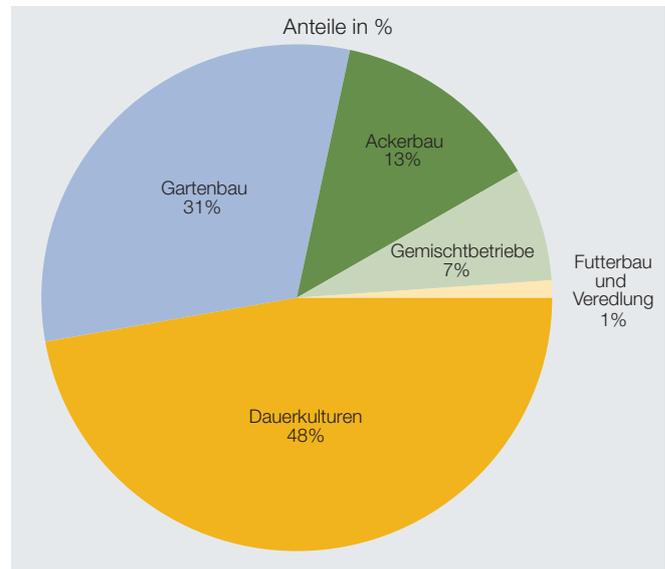
Info

Agrarpolitik beeinflusst Anbauentwicklung

In den 1980er-Jahren überstieg die Produktion von Getreide die Nachfrage deutlich. Da die Überschüsse nur schwer am Weltmarkt abgesetzt werden konnten, wurden in der Europäischen Union verschiedene Maßnahmen zur Verringerung der Produktion ergriffen. Eine davon war die Einführung von Flächenstilllegungen: Landwirte erhielten eine Prämie, wenn sie Flächen aus der Produktion nahmen. Ein Teil dieser stillgelegten Flächen wurde schließlich genutzt, um Rohstoffe zu produzieren, die für industrielle Zwecke eingesetzt werden konnten, beispielsweise Raps, der zu Biodiesel umgeestert wurde. In den letzten Jahren kam die Produktion von Rohstoffen für die Erzeugung von Strom und Wärme in Biogasanlagen hinzu.

G 5

Nicht ständige Arbeitskräfte 2007 nach der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung



Die stärkere Berücksichtigung von Fruchtfolgen und der weitgehende Verzicht auf naturfremde Hilfsmittel, wie z. B. synthetisch hergestellte Pflanzenschutzwirkstoffe oder leicht löslicher Mineraldünger, sowie die Flächenbindung in der Viehhaltung zeigt sich bei den Ökobetrieben sowohl in der Bodennutzung als auch in der Viehhaltung. Im Vergleich zu den konventionell wirtschaftenden Betrieben hat der Getreideanbau eine geringere Bedeutung. So bauten die konventionellen Landwirte auf 60% des Ackerlandes Getreide an. Die Ökobetriebe kamen nur auf 42%. Dagegen spielt der Anbau von Klee, Klee gras und anderen Stickstoff sammelnden Futterpflanzen in den Anbauplänen der Ökolandwirte eine größere Rolle. Die Futterpflanzen (einschließlich Silomais) beanspruchten im Jahr 2007 im Ökolandbau einen Anteil von 23% des Ackerlandes. Im Gegensatz zur konventionellen Landwirtschaft hat der Silomais als Futterpflanze dabei keine Bedeutung. Während die Ökobetriebe nur auf 0,8% des Ackerlandes Silomais anbauten, betrug der Anteil bei den konventionell wirtschaftenden Betrieben 5,8%.

Öko-Betriebe weisen andere Anbaustruktur auf

Viele Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft

Viele Saisonarbeitskräfte im Weinbau und im Gemüsebau

In Rheinland-Pfalz hat nicht nur der Weinbau, sondern auch der Gemüsebau eine besondere Bedeutung. Beide Produktionsverfahren sind deutlich arbeitsintensiver als beispielsweise die Getreideproduktion, wobei viele Arbeitskräfte nur temporär benötigt werden. Im Jahr 2007 wurden rund 48 200 Personen nur gelegentlich, etwa als Erntehelfer im Weinbau oder im Gemüsebau, eingesetzt; das waren 44% der insgesamt rund 110 400 Beschäftigten. Rund 43% dieser Saisonarbeitskräfte arbeiteten 2007 in Weinbaubetrieben, auf den Gartenbau entfielen weitere 31%.

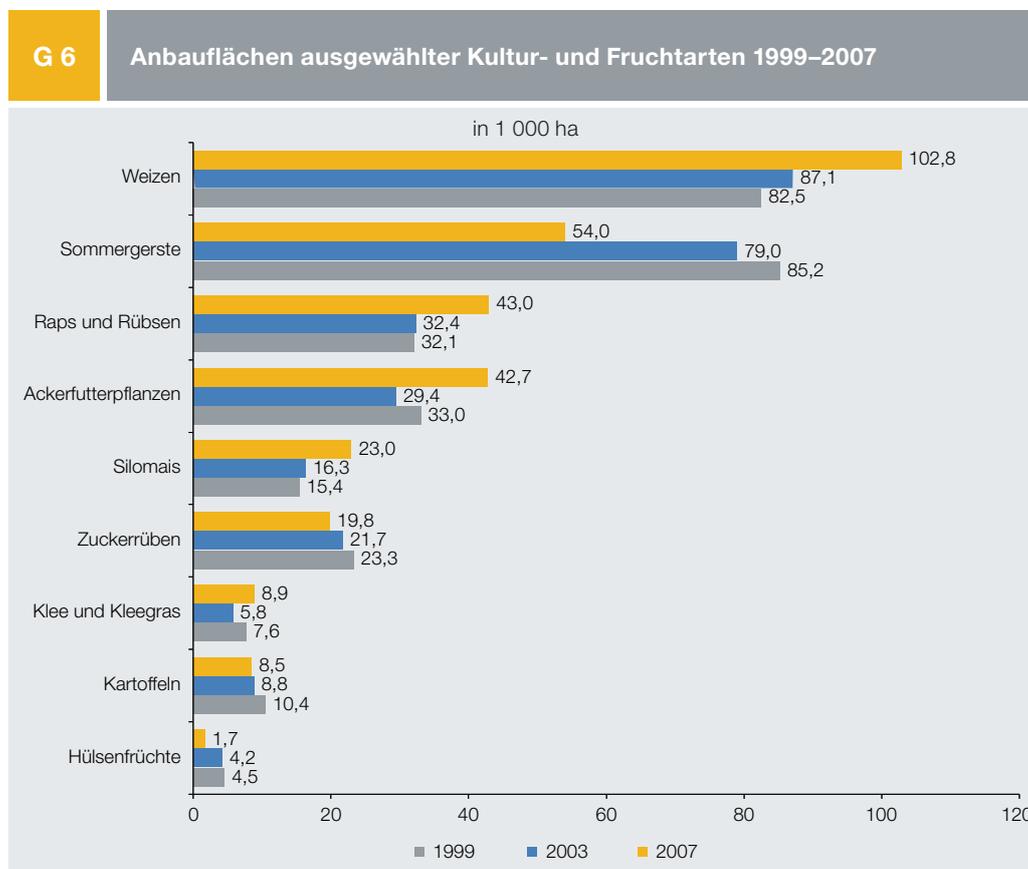
Die große Bedeutung der nicht ständig Beschäftigten im Land zeigt sich auch daran, dass rund 14% der Saisonarbeitskräfte in

Deutschland von rheinland-pfälzischen Betrieben eingesetzt wurden. Im Vergleich dazu wirtschafteten in Rheinland-Pfalz aber nur 6,8% aller deutschen landwirtschaftlichen Betriebe.

Gegenüber 2003 nahm die Gesamtzahl der Arbeitskräfte um 3% ab. Der Rückgang ist u. a. darauf zurückzuführen, dass größere Betriebe in der Regel über eine bessere technische Ausstattung verfügen, die eine stärkere Rationalisierung der Betriebsabläufe ermöglicht. Rückläufig war insbesondere auch die Zahl der vollbeschäftigten Arbeitskräfte, die um 3,9% auf 18 700 Personen gesunken ist.

Arbeitskräfte durch Technik ersetzt

Weiterhin wird nach Familienarbeitskräften und familienfremden Arbeitskräften unterschieden. Rund 44% der Arbeitskräfte waren Familienarbeitskräfte, von denen gut



ein Viertel vollbeschäftigt war. Die Zahl der Familienarbeitskräfte verringerte sich gegenüber 2003 um 13,4%, wobei sich der Rückgang der vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte nur auf 7,2% belief.

Umrechnung auf Vollbeschäftigten-Einheiten

Um die unterschiedliche Arbeitsleistung der Teilbeschäftigten und der nicht ständig Beschäftigten vergleichbar zu machen, erfolgt eine Umrechnung auf Vollbeschäftigten-Einheiten (AK-Einheiten).

Danach entsprach der Arbeitskräfteeinsatz 2007 insgesamt 38 800 AK-Einheiten bzw. 5,4 AK-Einheiten je 100 ha LF. Im Jahr 2003 lag die Arbeitsleistung bei 41 700 AK-Einheiten bzw. 5,9 AK-Einheiten je 100 ha LF.

11 000 ha für die Energieerzeugung in Biogasanlagen genutzt

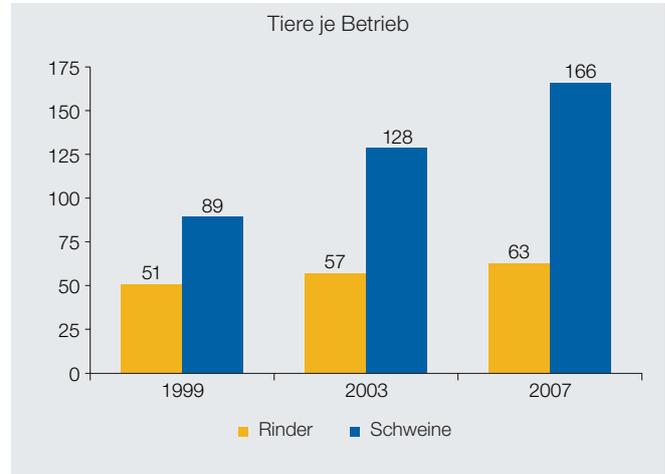
Sommergerstenanbau reduziert

Bei der Bodennutzung haben sich in den letzten Jahren deutliche Veränderungen ergeben. Während Weizen, Raps und Silomais zulegen konnten, wurde vor allem der Sommergerstenanbau eingeschränkt. Der Anteil von Weizen an der Getreidefläche stieg gegenüber 2003 von 35 auf 44%. Die große Verliererin war die Sommergerste, die 2007 nur noch auf 54 000 ha bzw. 23% der Getreidefläche kam (2003: 32%). Ursache für diese Verschiebung ist die größere Wirtschaftlichkeit des Weizenanbaus im Vergleich zur Sommergerste.

Ebenfalls zulegen konnte der Winterraps. Seine Anbaufläche betrug 2007 rund 42 400 ha und lag damit um 36% über der von 2003. Die Ursache für diese Ausweitung ist die Nachfrage nach Raps zum Einsatz in Biodieselanlagen u. Ä. Auch Silomais gehört zu den Pflanzen mit steigender Bedeutung. Im Jahr 2007 wurden rund 23 000 ha Silomais angebaut (+41%). Für diese Entwicklung ist der zunehmende Bedarf an Rohstoffen für die Biogasanlagen verantwortlich.

G 7

Rinder- und Schweinebestände 1999–2007



Im Jahr 2007 wurden in Rheinland-Pfalz auf einer Fläche von rund 11 000 ha Rohstoffe für den Einsatz in Biogasanlagen erzeugt.²⁾

Erstmals Flächen für Biogaserzeugung erfasst

Der Anbau konzentrierte sich auf Silomais (5 100 ha) und Getreide zur Ganzpflanzenernte (2 300 ha). Des Weiteren fand – zumindest teilweise – der Aufwuchs von 2 500 ha Dauergrünland Verwendung in der Energieerzeugung.

Weniger Vieh, aber größere einzelbetriebliche Bestände

Die Zahl der Viehhalter ist, ebenso wie die Gesamtbestände, seit Jahren rückläufig. Zugleich steigt die Zahl der Tiere je Betrieb. Im Jahr 2007 hielten noch rund 10 500 Betriebe Vieh; der Durchschnittsbestand umfasste 34 Großvieheinheiten (GV). Die Großvieheinheit ist ein Umrechnungsmaßstab auf der Basis des Lebendgewichts und wurde entwickelt, um die verschiedenen Tierarten miteinander vergleichen zu können. Im Jahr 2003 lag die durchschnittliche Bestandsgröße noch bei 31 GV je Betrieb.

Der Rinderbestand schrumpfte zwischen 2003 und 2007 um 6,7% auf 382 800 Tiere,

2) Der Anbau wurde 2007 erstmals statistisch erfasst.

Weniger Rinder
und ...

die in 6 100 Betrieben gehalten wurden. Im Durchschnitt standen damit 63 Rinder in einem Betrieb. Mittlerweile verfügen die Betriebe mit mehr als 100 Tieren über 58% des Bestandes (2003: 54%). Milchkühe stellten mit 31% nach wie vor den größten Teilbestand. Die 2 700 Milchviehbetriebe hielten durchschnittlich je 43 Milchkühe. Auch in der Milchkuhhaltung setzte sich der Trend zu größeren Beständen fort. Im Jahr 2007 wiesen 148 Betriebe (2003: 119) mehr als 100 Milchkühe auf.

... weniger
Schweine

Der Schweinebestand wurde – gegen den Bundestrend – im gleichen Zeitraum um fast 13% auf nur noch 297 600 Tiere reduziert (Deutschland: +3%). Im Durchschnitt hielt ein rheinland-pfälzischer Betrieb 166 Schweine; das entspricht gegenüber 2003 einem Anstieg um 37 Tiere. Ebenso wie bei den Rindern werden auch bei den Schweinen zunehmend größere Bestände gehalten. Fast die Hälfte (49%) der Mastschweine standen in Betrieben mit mehr als 400 Tieren; im Jahr 2003 waren es erst 43%. Während für die Schweinemast nur ein relativ geringer Arbeitseinsatz je Tier notwendig ist, verlangt die Ferkelproduktion einen deutlich höheren Arbeitsaufwand. Dementsprechend sind die Zuchtsauenbestände kleiner als die Mastbestände. Im Jahr 2007 kam der durchschnittliche Zuchtsauenbetrieb auf 53 Tiere. Der Anteil der Betriebe mit mehr als 100 Zuchtsauen lag bei 18% (2003: 13%).

Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen auf Höchststand

Ein wichtiger Produktionsfaktor in der Landwirtschaft ist die Fläche. Die steigende Flächenausstattung der Betriebe wird zumeist durch die Zupacht von Flächen und weniger durch den Zukauf realisiert.

Im Jahr 2007 waren 66% der landwirtschaftlich genutzten Fläche gepachtet, dies entspricht in etwa dem Wert von 2003. Eine Ursache für diese Stagnation könnte in der Regelung der Hofnachfolge zu finden sein: Bei der Betriebsübergabe werden die Eigentumsflächen des übergebenden Betriebsinhabers zunächst an den Hofnachfolger verpachtet und gehen erst später in dessen Eigentum über. Während die Fläche, die von familienfremden Personen gepachtet wurde, zwischen 2003 und 2007 um 7% auf 428 600 ha stieg, gingen die Pachtungen innerhalb der Familie zurück (–40%).

Zwei Drittel
der LF sind
gepachtet

Im Pachtjahr 2006/07 wurden im Durchschnitt 192 Euro je Hektar für die von familienfremden Personen gepachteten Flächen bezahlt. Das stellt gegenüber 2002/03 einen Anstieg um 7 Euro bzw. 3,8% dar. Die Pachtentgelte weisen dabei eine deutliche Abhängigkeit von den Nutzungsmöglichkeiten auf. Für Rebflächen wurden 834 Euro je Hektar bezahlt. Damit war gegenüber 2003 ein leichter Anstieg um 3 Euro bzw. 0,4% festzustellen. Zuvor waren die Pachtpreise stetig gefallen. Da die Weinbaubetriebe in den letzten Jahren Einkommenszuwächse realisieren konnten, sind sie wieder stärker an der Zupacht von Flächen interessiert. Für gepachtetes Ackerland musste ein Landwirt im Durchschnitt 187 Euro je Hektar aufwenden. Im Vergleich zu 2003 ist das eine Zunahme um 7 Euro bzw. 3,8%. Ein Grund für diesen Preisanstieg könnte die Nachfrage seitens der Betreiber von Biogasanlagen sein. Dauergrünlandflächen kosteten im Durchschnitt nur 89 Euro je Hektar; sie weisen seit Jahren einen fast konstanten Pachtpreis auf.

Rebflächen
mit höchstem
Pachtpreis

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft, Umwelt.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Geschäftsklima kühlt sich im Juli weiter ab

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

ifo Geschäfts-
klimaindex im
Juli weiter
gesunken

Im Juli ist der ifo Geschäftsklimaindex um fast vier Punkte eingebrochen; er fiel von 101,2 auf 97,5 Punkte. Das ist der niedrigste Stand seit September 2005. Nach Ansicht des ifo Instituts legt dieses Ergebnis nahe, dass der konjunkturelle Aufschwung zu Ende geht. Die Gefahr einer Rezession sehen die Experten aber noch nicht. Ursache für die schlechte Stimmung ist vor allem die deutliche Verlangsamung des Wachstums in den meisten anderen Ländern der Euro-Zone, die wichtige Absatzmärkte für die exportorientierten deutschen Unternehmen sind.

Lagebeurteilung
und Geschäfts-
erwartungen
wesentlich
ungünstiger als
im Vormonat

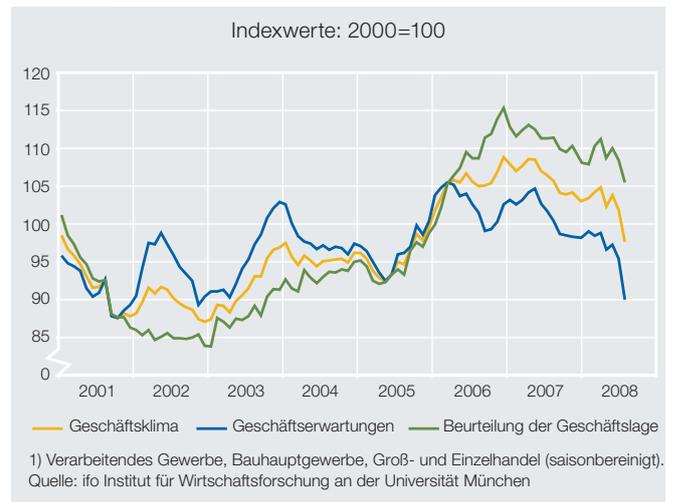
Die Stimmungseintrübung ist sowohl auf eine erheblich schlechtere Beurteilung der gegenwärtigen Geschäftslage als auch auf wesentlich ungünstigere Geschäftserwartungen der Unternehmen zurückzuführen. Der Lageindex gab im Juli von 108,3 auf 105,7 Punkte nach. Die Bewertung der Geschäftsaussichten fiel von 94,6 auf 90 Punkte.

Kräftige Klima-
eintrübung in
allen Branchen

Von der Klimaeintrübung sind alle Bereiche der gewerblichen Wirtschaft betroffen. Im verarbeitenden Gewerbe, im Bauhauptgewerbe und im Großhandel haben sich vor allem die Geschäftserwartungen für die kommenden Monate eingetrübt. Im Einzelhandel fiel außerdem auch die Lagebeurteilung deutlich ungünstiger aus als noch im Vormonat.

Stand:
Juli
2008

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe nach mehr als vier Jahren wieder rückläufig

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung. Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe wurden von November 2003 bis März 2008 steigende Auftragseingänge im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat festgestellt. Der Anstieg im April 2006 markierte mit +16,1% den höchsten Zuwachs, der in den letzten Jahren beobachtet wurde. Im April 2008 kam es nun zum ersten Mal

Auftragseingänge
des verarbeitenden
Gewerbes im April
2008 gegenüber
dem Vorjahr um
1,7% gesunken

seit mehr als vier Jahren mit einem Minus von 1,7% wieder zu einem Rückgang der Auftragseingänge. Davor war bereits im Februar und im März die Verbesserung gegenüber dem Vorjahresmonat mit +3 bzw. +2,2% nur gering ausgefallen. Die aktuelle Entwicklung des Drei-Monats-Durchschnitts wird vom Auftragseingang im Berichtsmonat März bestimmt. Der März 2007 war ein außergewöhnlich „guter“ Monat, dagegen war die Auftragsituation im März 2008 – in den wegen des frühen Ostertermins die komplette Urlaubszeit fiel – eher „schwach“. Allerdings war nun auch im Berichtsmonat Mai ein Rückgang der Auftragseingänge zu verzeichnen. Im Januar 2008 war es noch zu einem Auftragsplus von 9,3% gekommen. Davor bewegte sich die Zuwachsrate von Juli bis Dezember 2007 im zweistelligen Bereich zwischen 10,9 und 14,2%.

Inlandsaufträge
auch im April
wieder rückläufig

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde in den vergangenen drei Jahren von Zuwächsen sowohl auf den Inlands- als auch auf den Auslandsmärkten getragen. Nun wurde zum dritten Mal nacheinander ein Rückgang der heimischen Nachfrage registriert. Die Auftragszahlen lagen im April 2008 um 4% niedriger als im Vorjahresmonat; im Februar und März hatte es bereits ein Minus von 1,7 bzw. 1,6% gegeben. In den vorangegangenen Monaten war es teilweise noch zu deutlichen Auftragszuwächse aus dem In- und Ausland gekommen. Von Mai 2007 bis Januar 2008 ist die heimische Nachfrage dabei schwächer gestiegen als die Auslandsnachfrage. Die Steigerungsrate der Bestellungen aus dem Ausland war im April 2008 mit lediglich +0,6% noch einmal deutlich niedriger als im Februar (+7,3%) und März (+5,8%). Von Juni 2007 bis Januar 2008 gab es im Jahresvergleich noch zweistellige Zuwachsraten zwischen 12,2 und 19,8%.

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) erhöhten sich im April 2008 die Auftragseingänge um 5,5% gegenüber dem April des Vorjahres und damit wieder etwas stärker als zuletzt im Februar (+3,9%) und im März (+5,2%). Zum Jahreswechsel war es noch zu höheren Zuwachssteigerungen gekommen. Im Januar 2008 gab es ein Plus von 6,4%, nach 8% im Dezember 2007.

Auftragseingänge
in der chemischen
Industrie um 5,5%
über Vorjahres-
niveau

Die aktuelle Zuwachsrate wird allerdings nur noch von Nachfrigesteigerungen aus dem Ausland bestimmt. Bei den Bestellungen aus dem Inland kam es im April (-1,4%) – wie bereits im Februar (-0,1%) und im März (-1,1%) – zu einem leichten Rückgang der Auftragseingänge. Im Dezember 2007 sowie im Januar 2008 hatte es noch einen Anstieg von 5,5 bzw. 5,4% gegeben. Von September 2007 bis Januar 2008 war die Nachfrage aus dem Ausland fünf Mal in Folge stärker gewachsen als die inländische. Seither erhöhte sich nur noch das Ordervolumen aus dem Ausland: Die Zuwachsrate lag im April bei 9,3%, nach 8,7% im Vormonat.

Im Fahrzeugbau, der etwa 17% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, kam es im April 2008 mit einem Minus von 19,7% zu einem deutlichen Rückgang der Auftragseingänge. Bereits im Februar (-5,7%) und im März (-13,8%) war es nach anderthalb Jahren zu sinkenden Auftragszahlen gekommen. Davor hatte es im Januar noch ein Plus von 8,7% gegeben. Von Oktober 2006 bis Dezember 2007 waren sogar zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen. Im Oktober 2007 gab es mit +47,9% den höchsten Auftragszuwachs der letzten Jahre überhaupt.

Fahrzeugbau:
Deutlicher Rück-
gang der Auftrags-
eingänge

Im April 2008 war bei der inländischen Nachfrage nach Fahrzeugen und Kompo-

zenten aus der heimischen Produktion mit –23,9% wieder ein kräftiger Rückgang zu beobachten. Bereits im März waren die Auftragseingänge aus dem Inland um 21,7% gesunken. Außerdem war nach 18 Monaten mit teilweise deutlichen Steigerungsraten auch die Auslandsnachfrage zum zweiten Mal in Folge mit einem Minus von 15,9% niedriger als im Vorjahr. Davor hatte es im März einen Rückgang der Auftragseingänge aus dem Ausland um 6,7% gegeben.

Nachfrageplus
in der Metall-
erzeugung und
-verarbeitung

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 11%) stiegen die Auftragseingänge im April 2008 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 3,4%. In den ersten drei Monaten des Jahres war die Entwicklung noch deutlich günstiger ausgefallen: Im März wurde ein Anstieg um 8,9% registriert, während die Zuwachsrate im Januar (+10,9%) und Februar (+10,3%) sogar im zweistelligen Bereich gelegen hatte. In den vorangegangenen sechs Monaten hatte es ebenfalls höhere Verbesserungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat gegeben. Von Juli bis Dezember 2007 lag das Auftragsplus in einem Bereich von 3,8 bis 6,2%.

Bei den Inlandsbestellungen kam es im April 2008 noch zu einem Zuwachs um 7,6%. Damit war die Nachfragesteigerung zwar niedriger als im Februar (+10,9%) und im März (+13,2%), übertraf aber die Steigerungsraten vom Januar 2008 und des gesamten Jahres 2007. Das Volumen der Auslandsaufträge sank im April erstmals seit zehn Monaten und blieb um 2,2% hinter dem Vorjahreswert zurück. Vor allem zum Jahreswechsel hatte es noch deutliche Verbesserungen gegeben. Von Dezember 2007 bis Februar 2008 lag die Auftragssteigerungen zwischen 8,5 und 15,9%.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 10%) stieg die Nachfrage im April im Vorjahresvergleich nur um 3% und damit so schwach wie zuletzt im Sommer 2005. In den vorangegangenen Monaten hatten die Zuwachsraten von Juni 2007 bis März 2008 – mit Ausnahme des Septembers 2007 (+5,9%) und des Februars 2008 (+8,8%) – noch im zweistelligen Bereich gelegen und zwischen 10,9 und 16% betragen.

Niedrige
Nachfrage-
steigerung im
Maschinenbau

Von Oktober 2007 bis Januar 2008 zogen die ausländischen Bestellungen kräftiger an als die Inlandsaufträge. Anschließend war es im Februar (–3,3%) zu einem Rückgang der heimischen Nachfrage gekommen. Im März und nun auch im April stiegen die Aufträge aus dem Inland um 4,2 bzw. 2,8% wieder leicht an. Die ausländischen Bestellungen konnten im 1. Quartal 2008 mit Zuwachsraten zwischen 15,3 und 21,7% stark zulegen. Im April war das Plus bei den Auftragszahlen aus dem Ausland mit +3,2% allerdings nur noch leicht höher als der Anstieg der Inlandsaufträge.

Deutlich sinkende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe – Zahl der Baugenehmigungen weiterhin rückläufig

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im April 2008 gegenüber dem Vorjahresmonat mit –8,2% fast so stark gesunken wie im Februar (–9,1%). Zwischenzeitlich hatte es im März mit –1,5% einen deutlich schwächeren Rückgang gegeben. Schon in den vorangegangenen Monaten hatte sich in der Baubranche keine eindeutige Tendenz gezeigt. Im Januar war ein leichtes Plus von 1,3% registriert worden, nachdem es im Dezember 2007 zu einem Minus von 1,9% gekommen war. Im Juli 2007 gab es bei den Auftragseingängen einen Rückgang um 1,4%, gefolgt von einem Anstieg im August um

Auftragseingän-
ge im Bauhaupt-
gewerbe sinken
um 8,2%

+3,7%. Danach hatte es von September bis November hohe Zuwachsraten zwischen 9,3 und 13,6% gegeben.

Zahl der Baugenehmigungen um 17,9% gesunken

Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen im Wohnungsbau ist seit Oktober 2006 stark rückläufig. Von Dezember 2006 bis Februar 2007 brach der Drei-Monats-Durchschnitt – vor allem als Basiseffekt in der Folge eines zwischenzeitlichen Genehmigungsschubs aufgrund der Abschaffung der Eigenheimzulage Anfang 2006 – jeweils um mehr als 50% ein. Diese Entwicklung schwächte sich anschließend ab. Es kam zu einer Stabilisierung der gleichwohl immer noch hohen Abnahmeraten. Von März bis Dezember 2007 gab es Rückgänge zwischen 14,7 und 34%. Nachdem die Zahl der Baugenehmigungen im Drei-Monats-Durchschnitt im Januar 2008 erstmals seit September 2006 mit +0,6% im Vorjahresvergleich wieder leicht angestiegen war, setzte sich im Frühjahr 2008 die Entwicklung des Vorjahres fort. Im Februar (-17,1%) und nun auch im April (-17,9%) waren deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Zwischenzeitlich hatte es im März mit -10,8% ein etwas schwächeres Minus gegeben.

Sinkende Umsätze im Handel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

„Neuzugangsstichprobe“ erhöht die Repräsentativität...

Mit dem Ziel, die Repräsentativität der Handelsstatistiken am aktuellen Rand zu verbessern, wurden die Stichproben der berichtspflichtigen Betriebe durch eine „Neuzugangsstichprobe“ ergänzt. Durch

die rückwirkende Einbeziehung neu gegründeter Unternehmen können zwar Umsatzmesszahlen ab Januar 2007 ermittelt werden, diese sind aber mit den zuvor berechneten Werten nicht kompatibel. Daher können die gleitenden Drei-Monats-Durchschnitte im Vorjahresvergleich erst wieder seit dem Vorliegen der Ergebnisse für den Berichtsmonat März 2008 gebildet werden.

... schränkt aber den Vergleich mit den Vorjahren ein

Die Einzelhandelsumsätze wiesen nach Einbeziehung der „Neuzugangsstichprobe“ im April 2008 im Drei-Monats-Durchschnitt einen realen Rückgang um 1,8% gegenüber April 2007 auf. Nach den Umsatzsteigerungen zum Jahresbeginn waren vor allem im Berichtsmonat März (-5,6%) und im April (-1,3%) Umsatzeinbußen zu registrieren. Im Berichtsmonat Mai kam es nun wieder zu einem leichten Umsatzanstieg um 1,7%. Für das Jahr 2007 wurde – auf der Grundlage der „alten Stichprobe“ – ein jahresdurchschnittlicher Rückgang der realen Umsätze von 0,5% errechnet.

Umsatzrückgang im Einzelhandel

Die Umsätze im Großhandel sanken nach Einbeziehung der „Neuzugangsstichprobe“ im April 2008 im Vorjahresvergleich real deutlich um 5,3%. Vor allem im Berichtsmonat März waren die Umsätze um 12,4% eingebrochen. Dieser Rückgang bestimmte bereits die Drei-Monats-Durchschnitte vom Februar (-2,5%) und vom März (-1%). Im Jahr 2007 war es – auf der Grundlage der „alten Stichprobe“ – zu jahresdurchschnittlichen Umsatzeinbußen von 3,4% gekommen.

Kräftig sinkende Umsätze im Großhandel

Im Gastgewerbe gingen die Umsätze im Jahr 2007 real um 2,3% zurück. Im April 2008 lagen die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. preisbereinigt um 4% unter dem Vorjahreswert. Zuvor waren im Februar (-0,6%) und im März (-3,3%) ebenfalls sinkende Umsatzzahlen zu ver-

Deutlicher Umsatzrückgang im Gastgewerbe

zeichnen. Nach dem – aufgrund des frühen Ostertermins – überraschenden Umsatzminus im Berichtsmonat März (–2,5%) bestimmte der deutliche Rückgang des realen Umsatzes um 8% im Berichtsmonat April die aktuelle Entwicklung maßgeblich.

Jahresteuerungsrate im Juli 2008 bei 3,4%

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Höchster Anstieg seit Berechnung eines rheinland-pfälzischen Verbraucherpreisindex 1995

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex erhöhte sich im Juli 2008 im Vergleich zum Vormonat um 0,7%. Gegenüber dem Juni des Vorjahres ist er um 3,4% gestiegen. Damit hat die Jahresteuerungsrate einen Wert erreicht, wie er seit dem Jahr 1995 – seither wird der rheinland-pfälzische Preisindex nachgewiesen – noch nie zu verzeichnen war. Zuletzt hatte es im Juni mit einem Anstieg um +3,3% ebenfalls schon einen Höchststand gegeben. Im Mai hatte die Preissteigerung etwa auf dem Niveau vom Jahresende 2007 gelegen (+3%). Davor hatte sie im April lediglich 2,3% betragen, nach einem zwischenzeitlichen Anstieg um 2,8% im März. Im Januar und Februar 2008 war es zu einer Preissteigerung von jeweils 2,5% gekommen.

Preisentwicklungen in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Überproportionale Preisanstiege im Jahresvergleich gab es im Juli 2008 in den Indexhauptgruppen „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+7,5%), „Verkehr“ (+6,6%) sowie „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (+4,6%). Dagegen waren die Preise in den Bereichen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (–0,2%), „Bekleidung und Schuhe“ (–0,8%) sowie „Nachrichtenübermittlung“ (–3,3%) sogar niedriger als im Juli 2007.

Saisonbedingter Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Die Arbeitslosigkeit ist im Juli 2008 leicht gestiegen. Dies ist für einen Juli aber keine untypische Entwicklung, weil in dieser Zeit viele junge Menschen den Übergang von der schulischen oder beruflichen Ausbildung in den Arbeitsmarkt finden müssen.

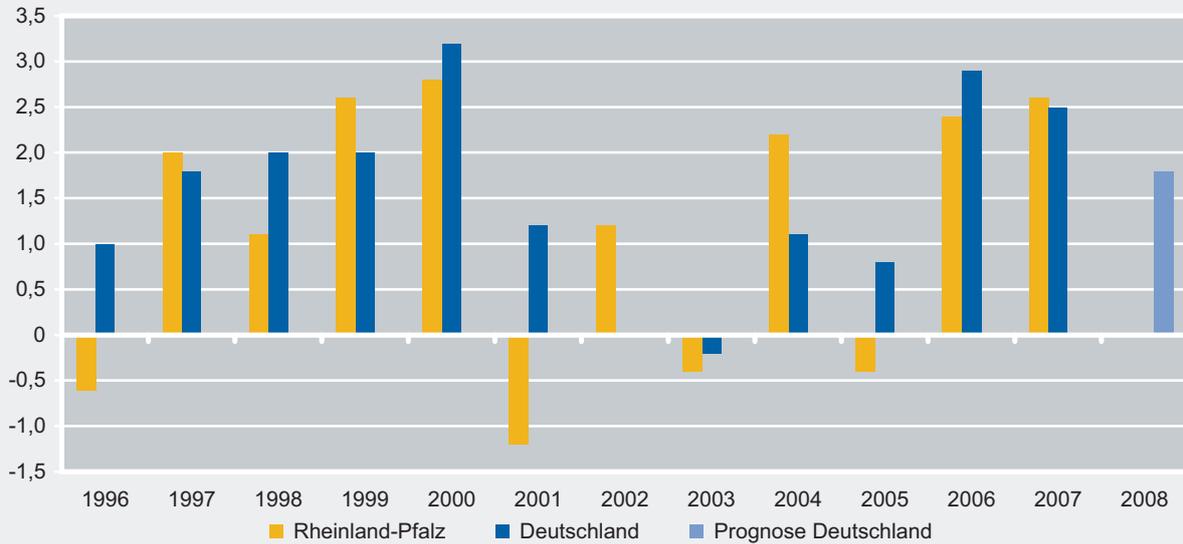
Arbeitslosigkeit im Juli gestiegen

Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Vergleich zum Vormonat um 4 400 auf 116 300 (+4%). Gegenüber Juli 2007 ist die Arbeitslosenzahl dagegen deutlich zurückgegangen; sie verringerte sich um 17 100 (–12,8%). Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen belief sich im Juli 2008 auf 5,6%. Im Vormonat lag die Quote bei 5,4%; vor einem Jahr hatte sie noch 6,5% betragen.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat weiter zugenommen. Sie erhöhte sich im Mai 2008 um 26 100 bzw. 2,2% auf 1,205 Mill. Menschen. Besonders kräftig stieg die Beschäftigung bei den unternehmensnahen Dienstleistern (+7 500), im Gesundheits- und Sozialwesen (+3 900) und im Handel (+2 500). Im verarbeitenden Gewerbe wurden 6 800 zusätzliche Stelle geschaffen.

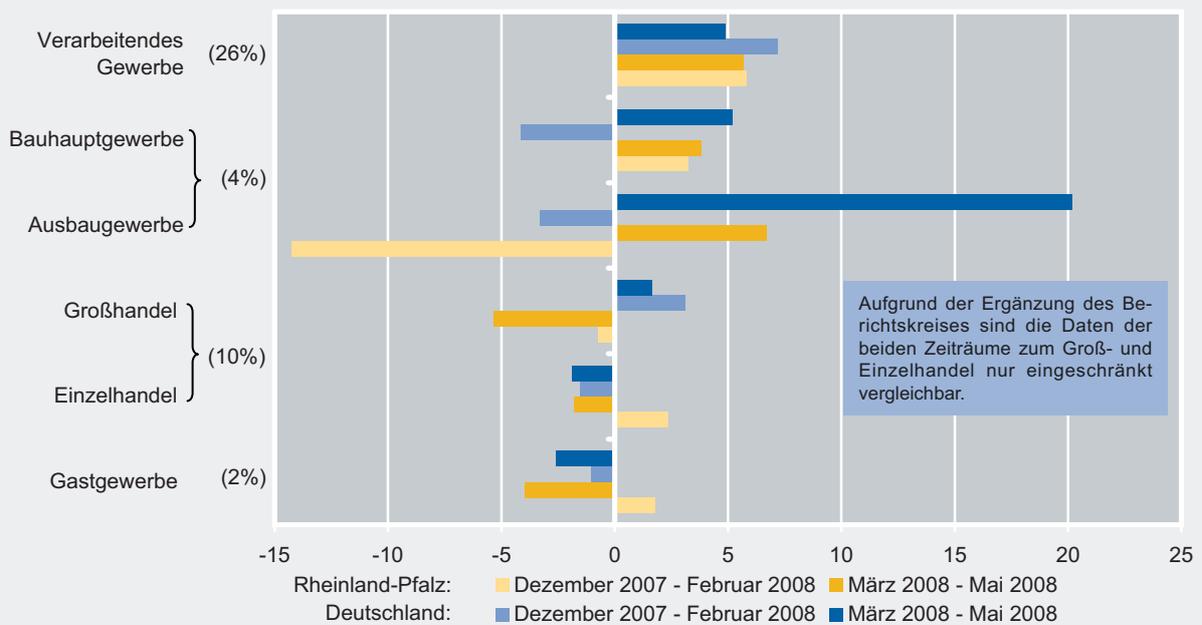
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in dem Bereich Analysen und Prognosen als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾
 – Preisbereinigt –
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin für das 1. Halbjahr 2008: September 2008. – Quelle Prognosewert 2008: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2008.

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾
 in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



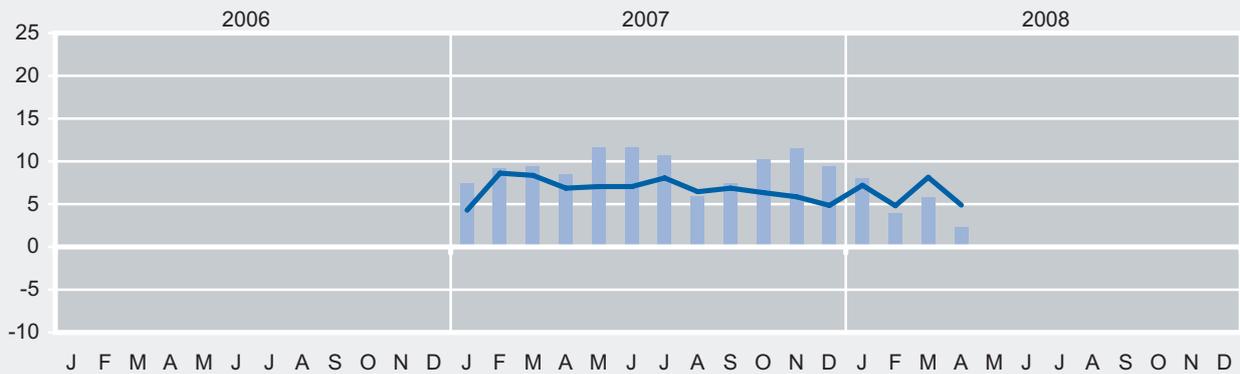
1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2005. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

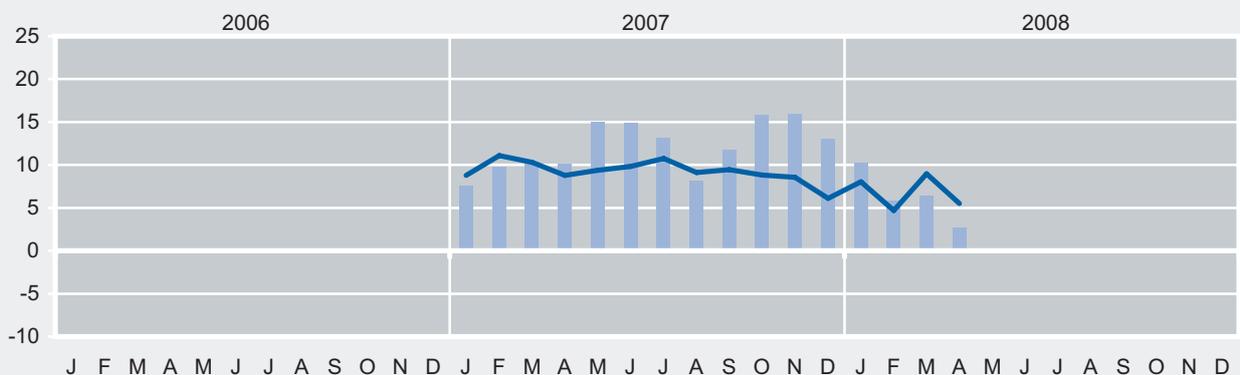
Insgesamt



Inland



Ausland

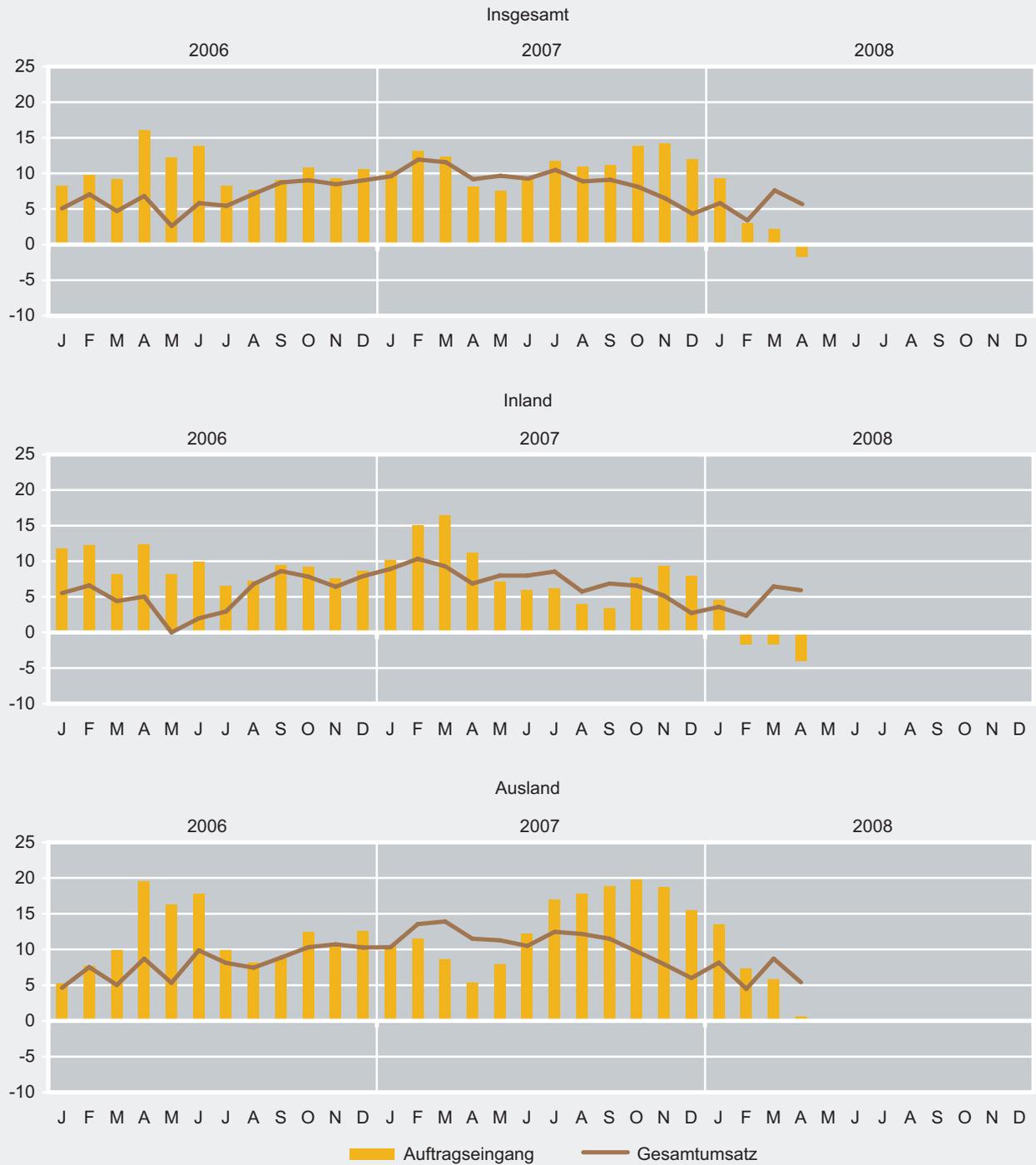


■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ab Januar 2007 werden in den Statistiken des verarbeitenden Gewerbes nur noch Betriebe von Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten befragt. Die Bundesergebnisse wurden nur bis Januar 2006 zurückgerechnet.

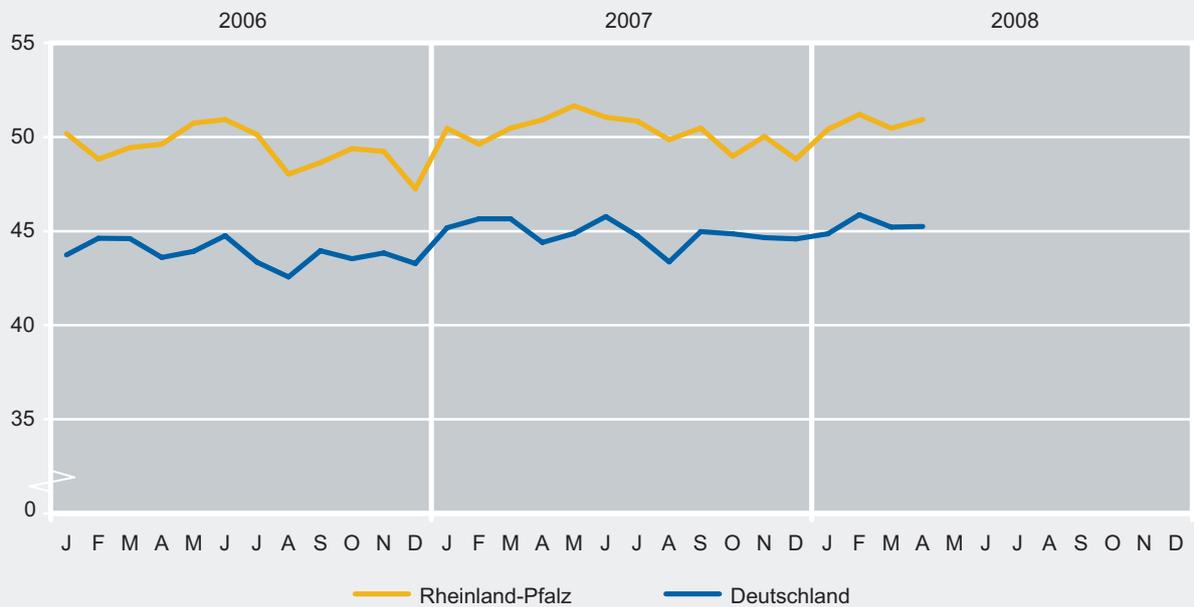
**Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen**

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland ¹⁾

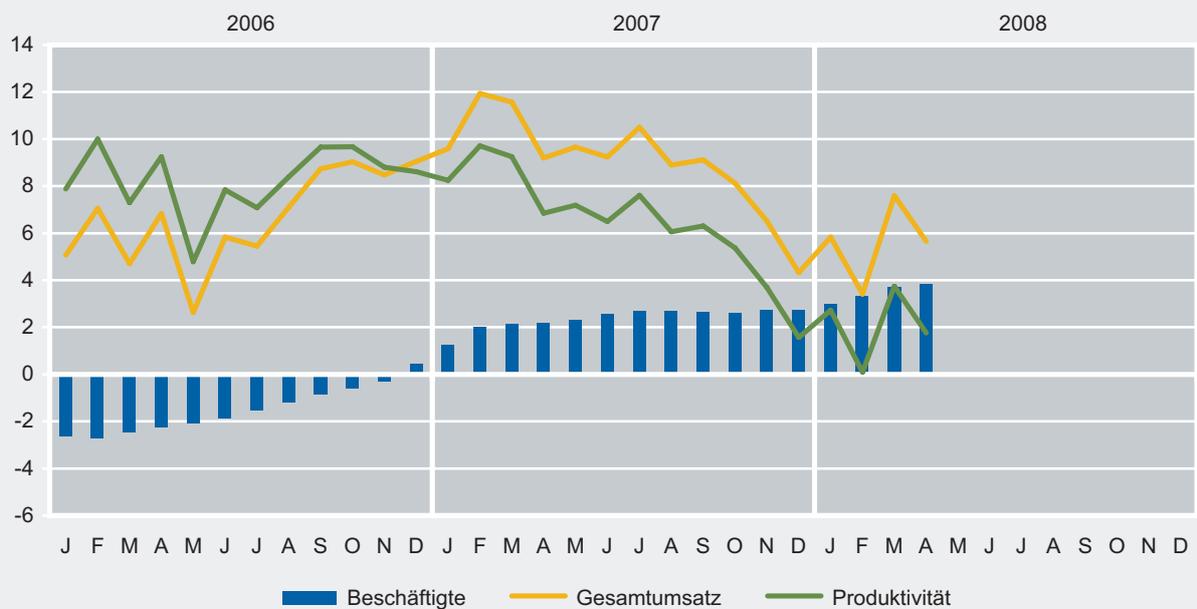
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



1) Deutschland: Daten vor 2006 nicht verfügbar.

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität ¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

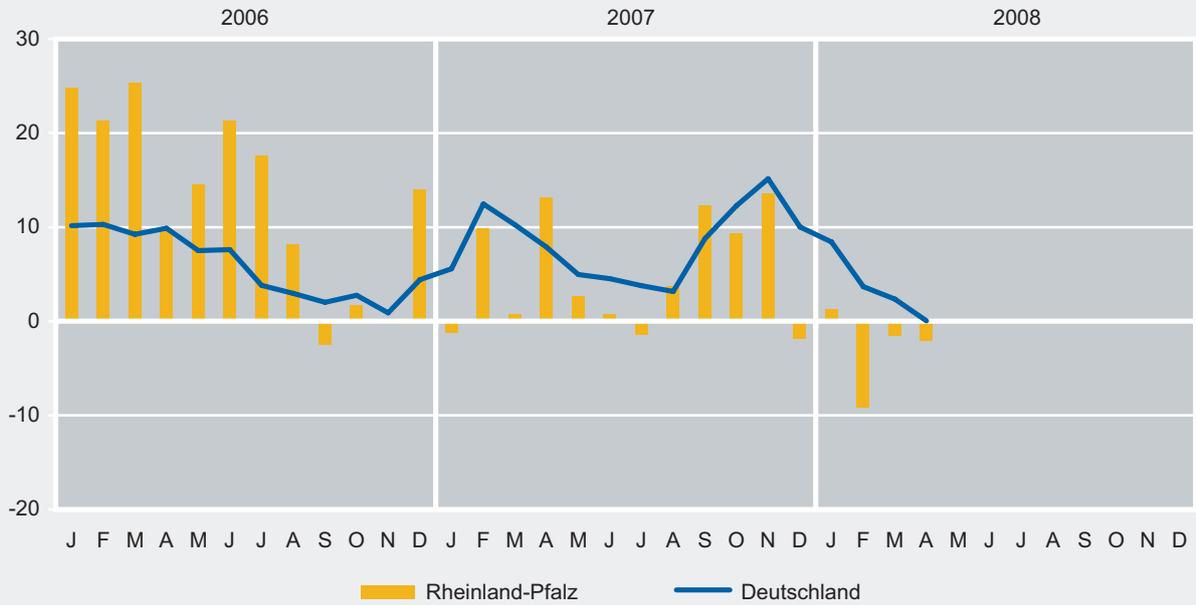
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten.

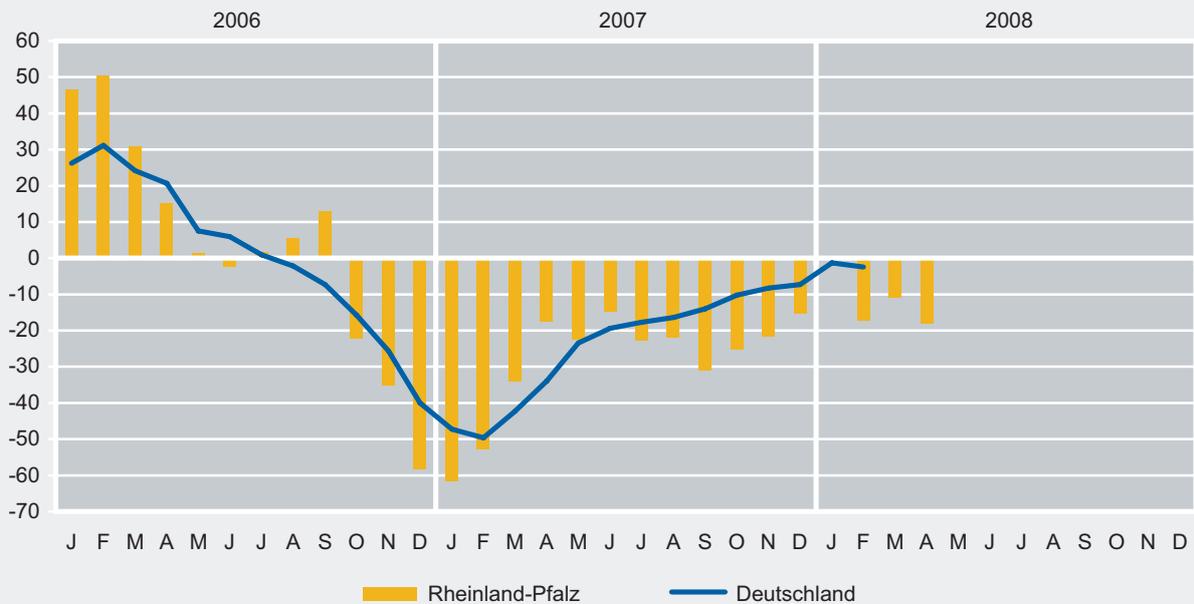
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

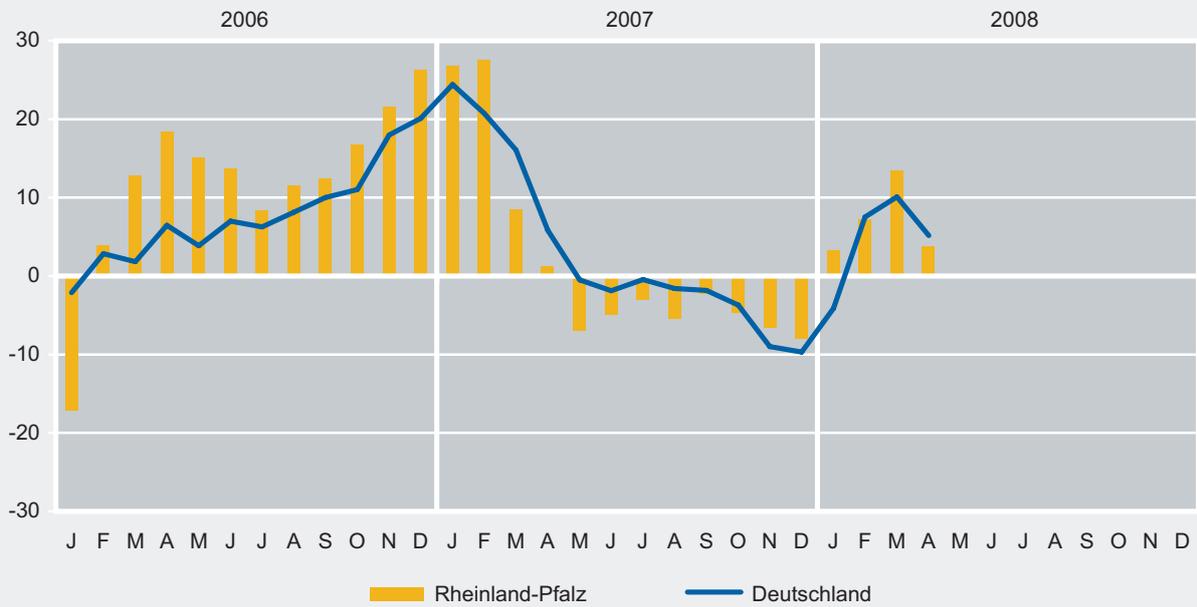
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

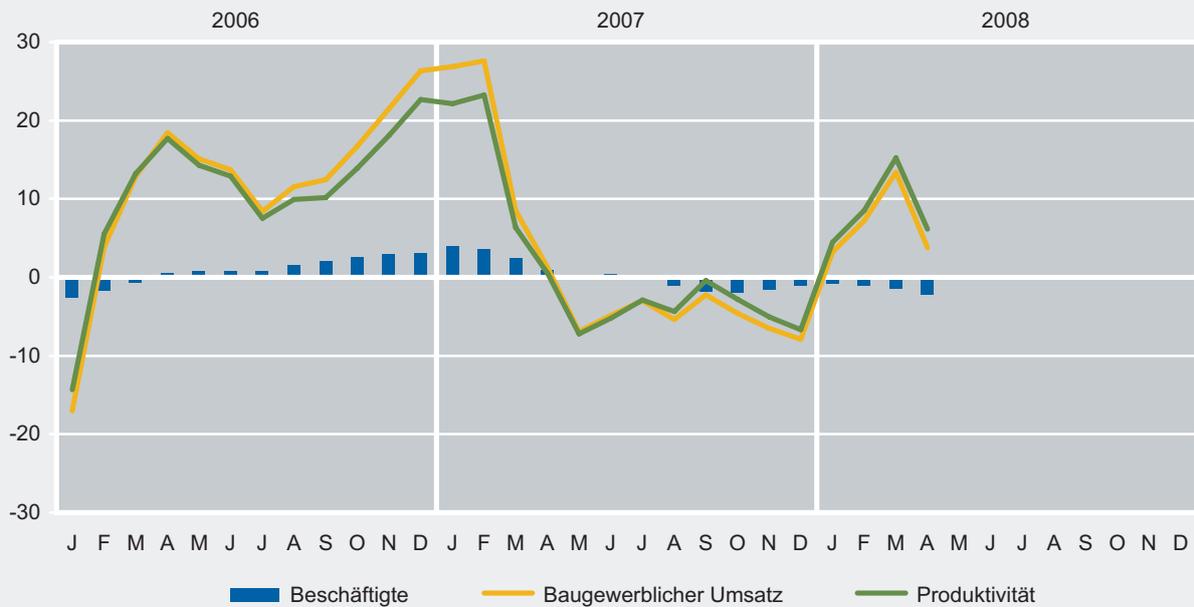
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

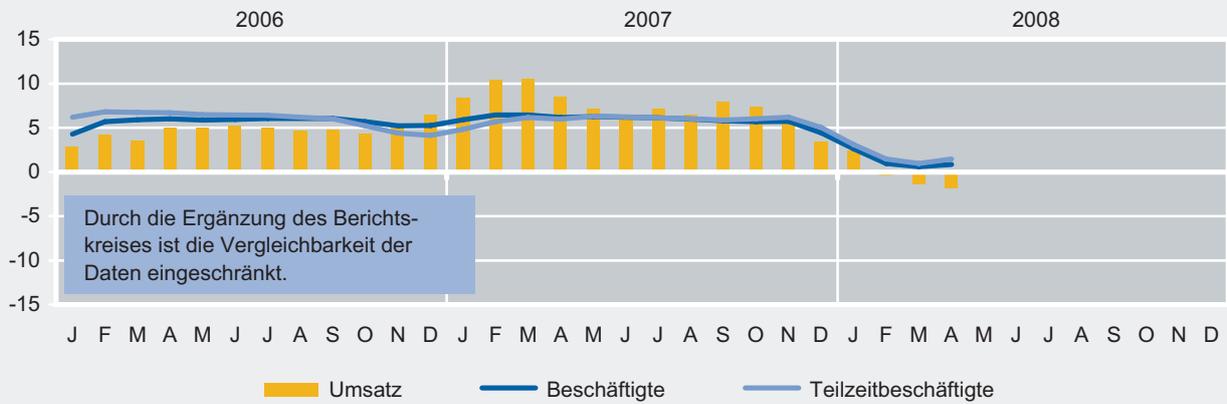
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

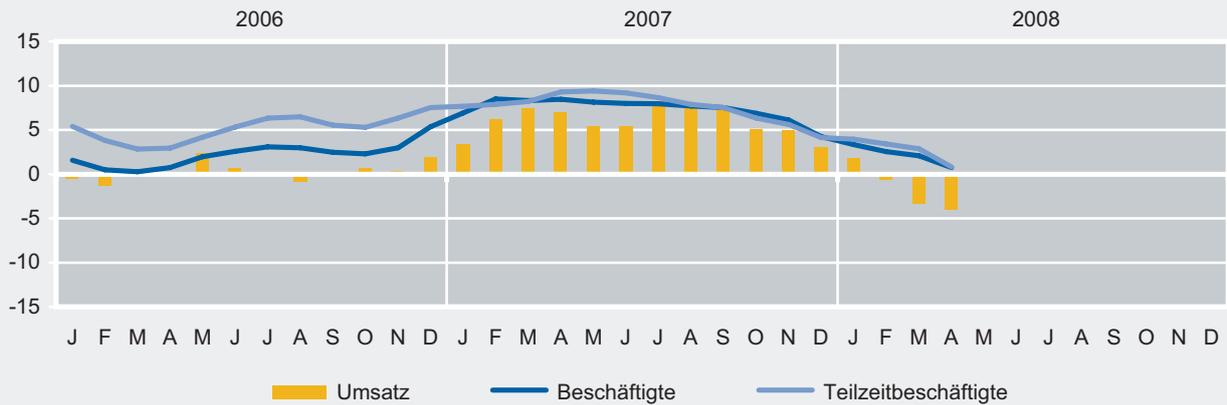
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



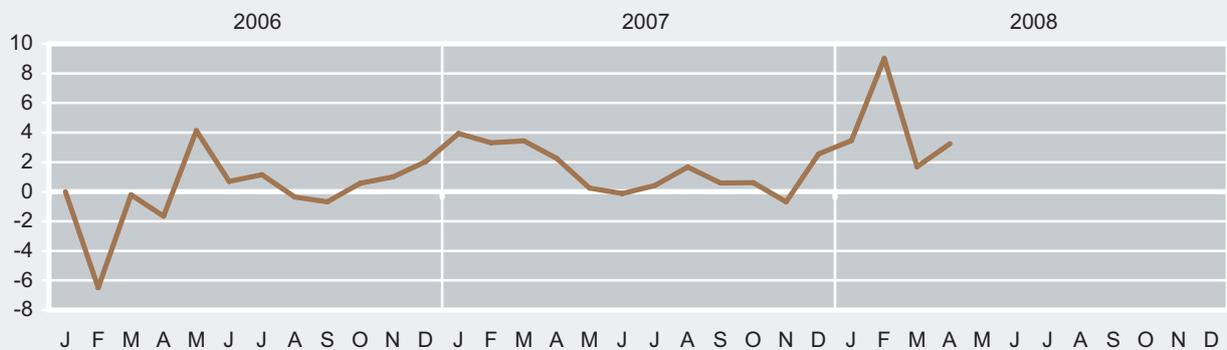
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



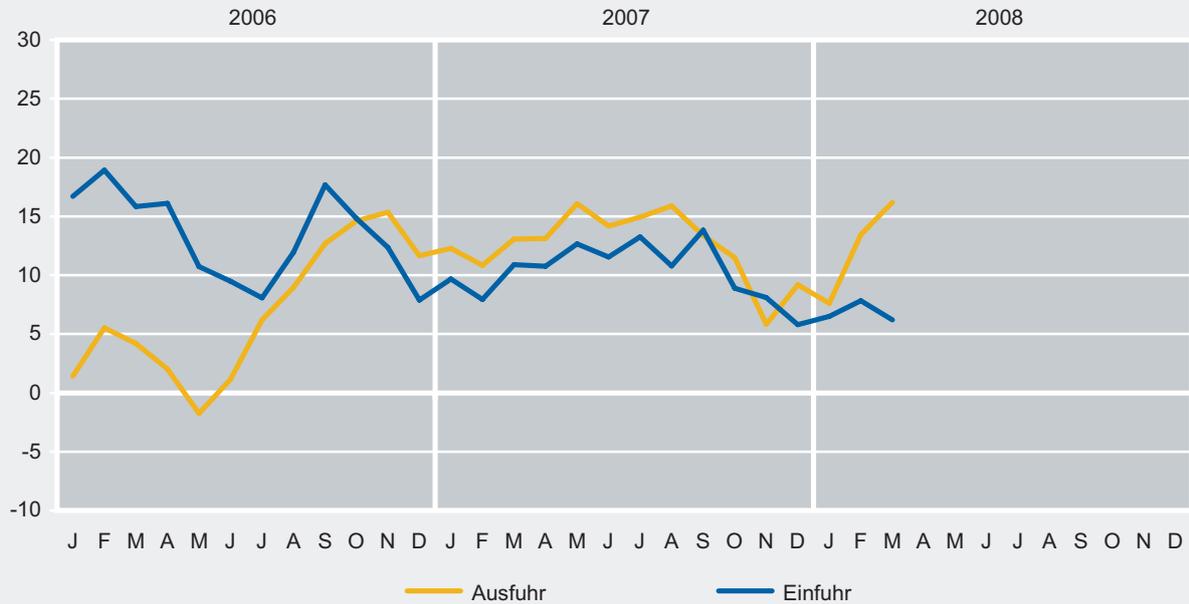
Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

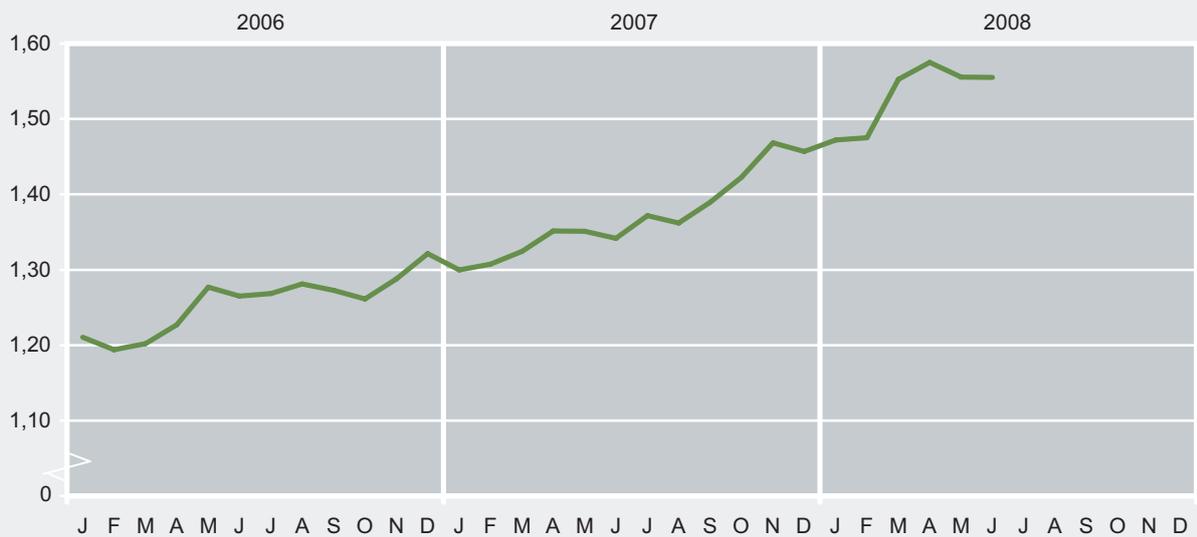
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

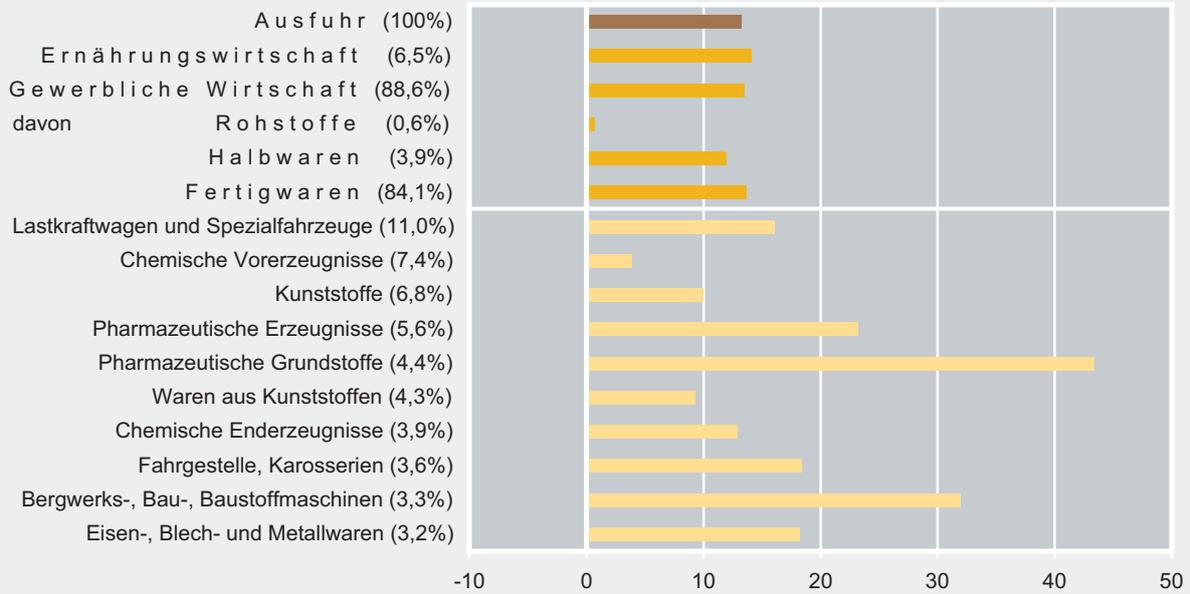
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

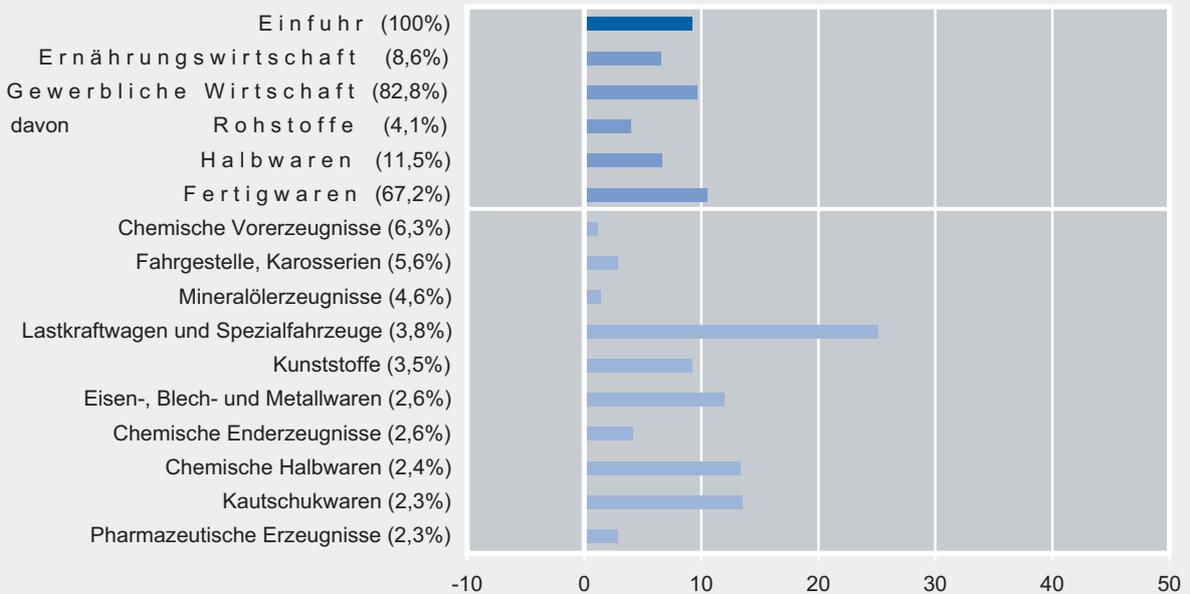
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Mai 2007 – April 2008 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Mai 2007 – April 2008 nach Warengruppen¹⁾

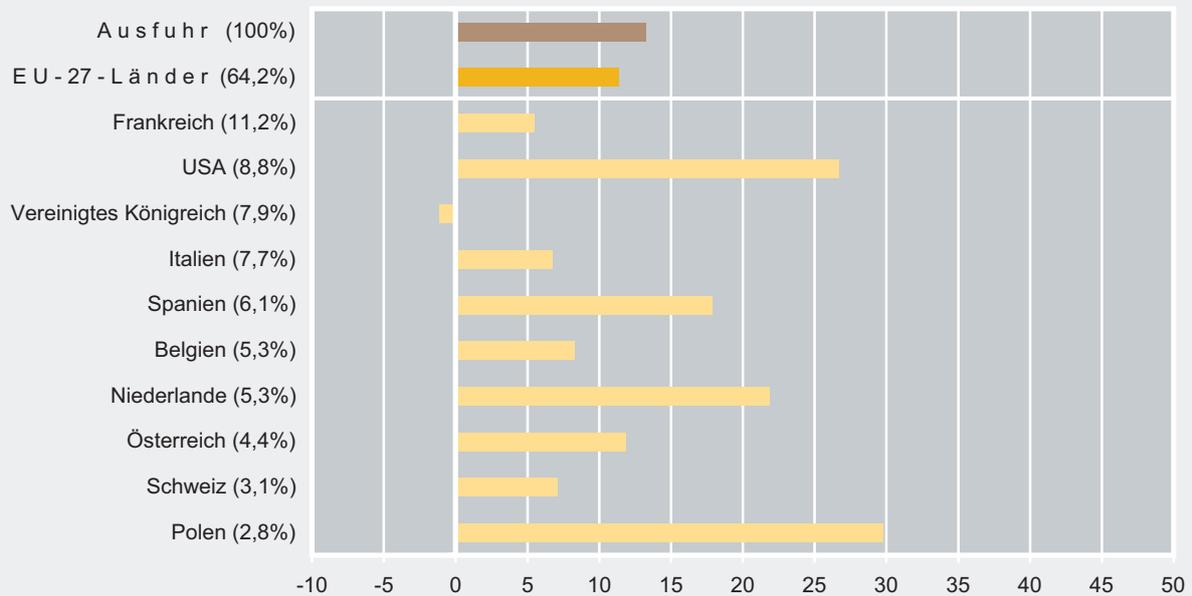
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

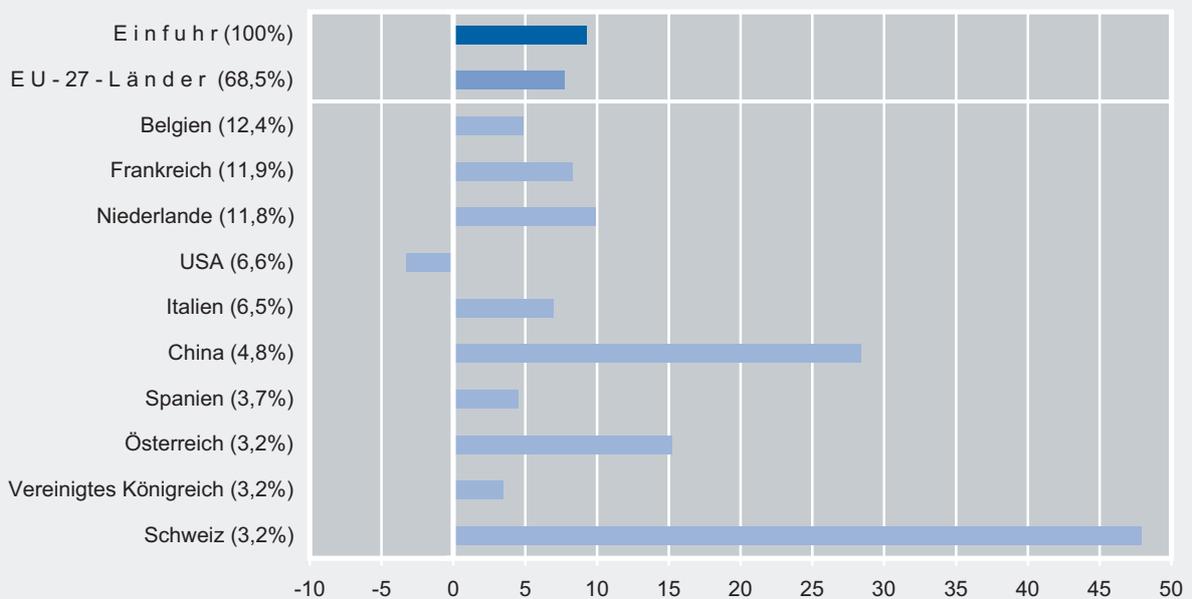
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Mai 2007 – April 2008 nach Bestimmungsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



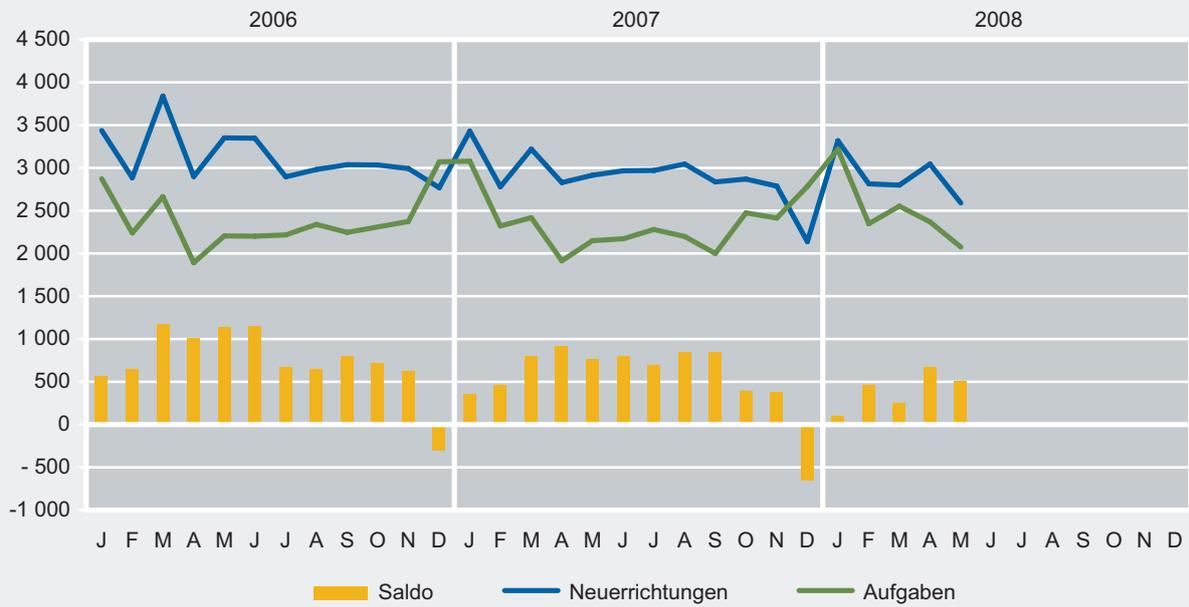
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Mai 2007 – April 2008 nach Herkunftsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

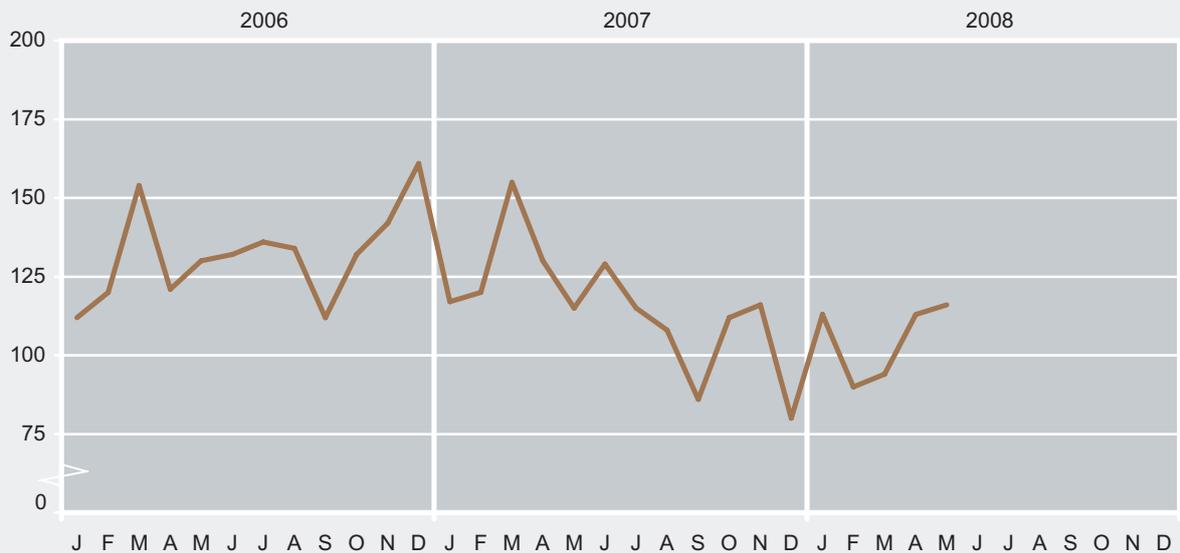


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz

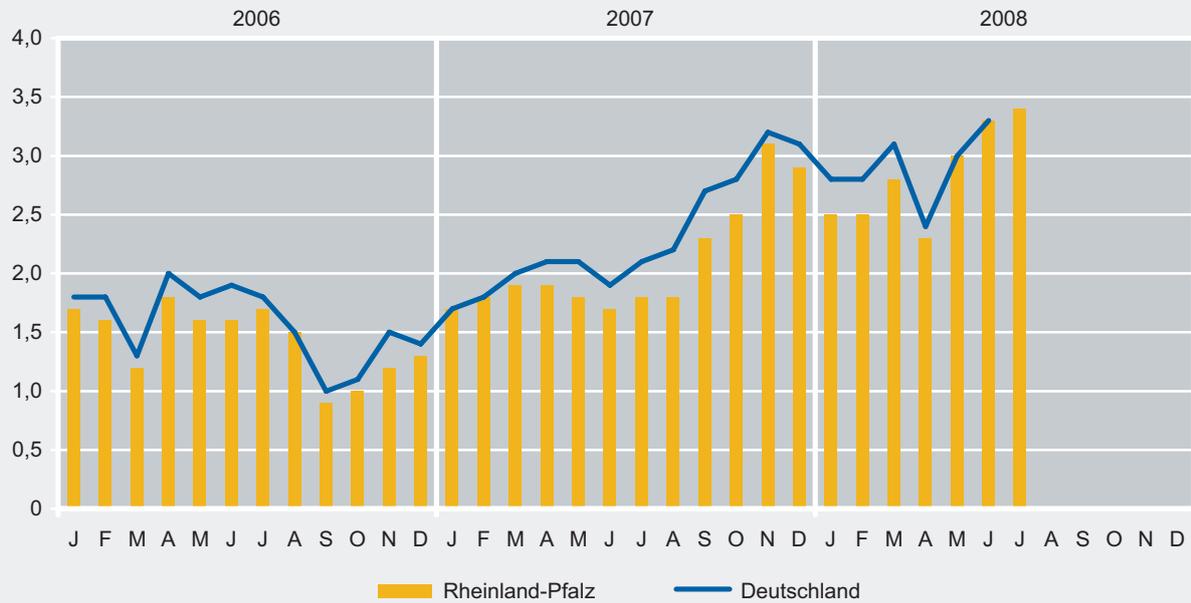


Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



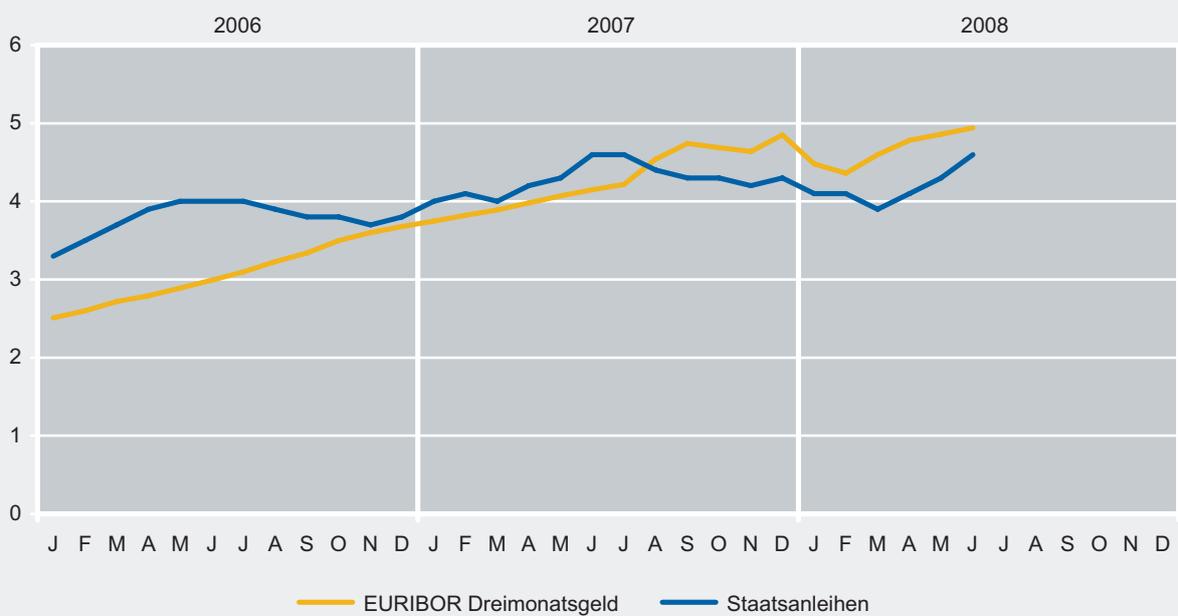
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit

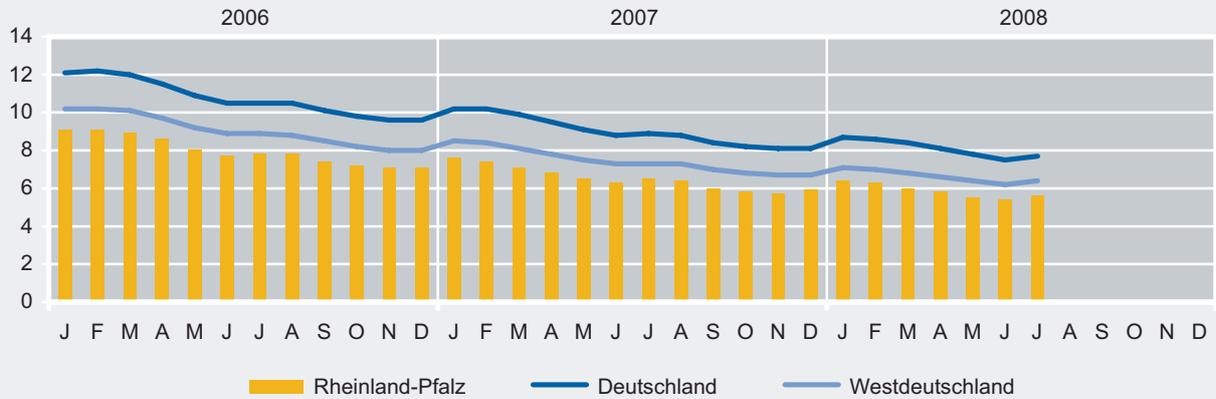
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

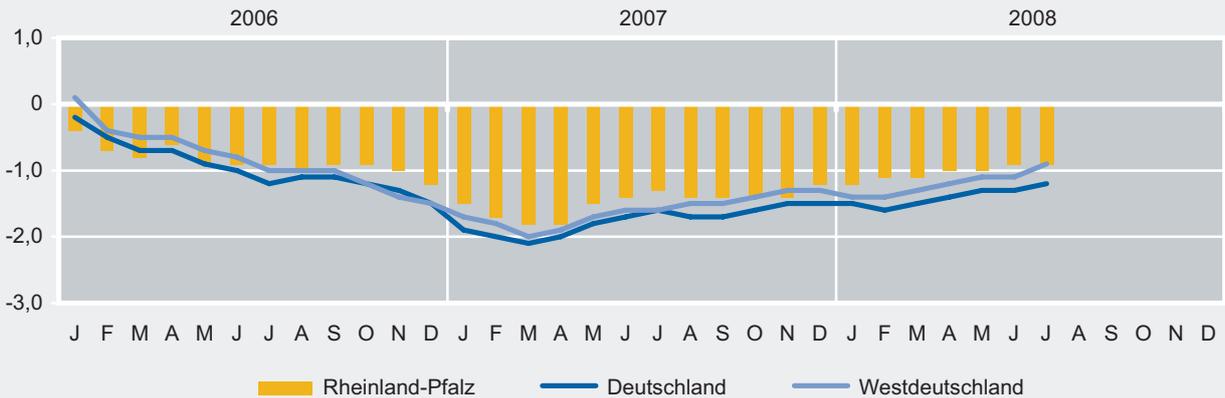
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

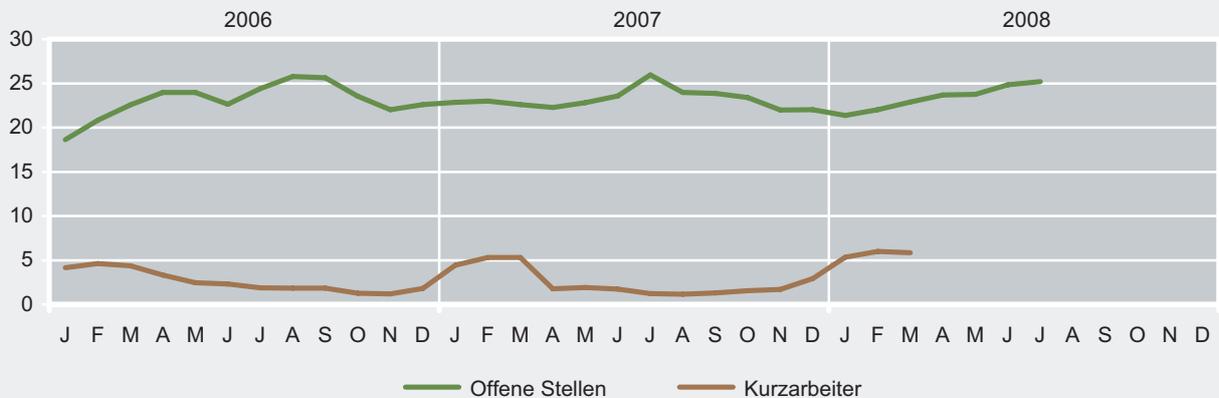
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



1) Ab 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

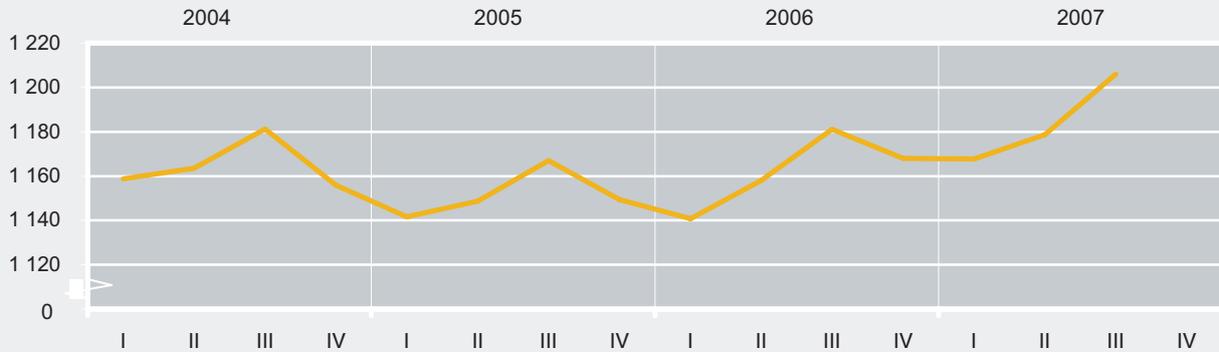
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



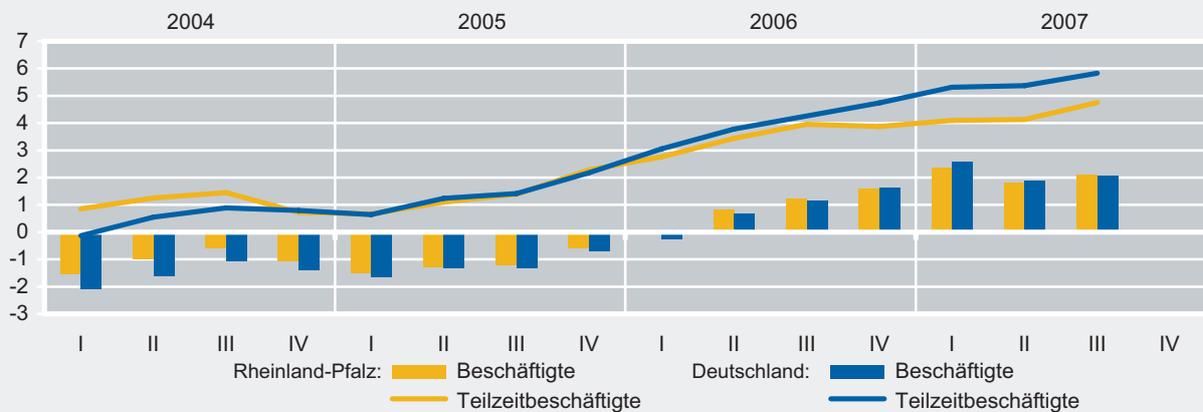
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

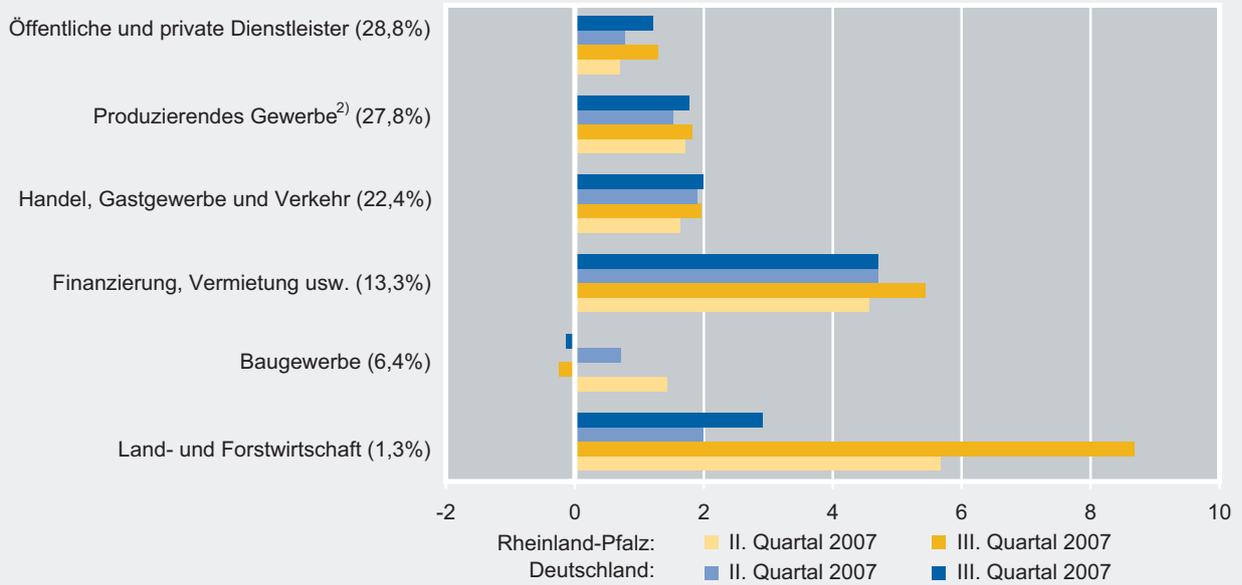
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

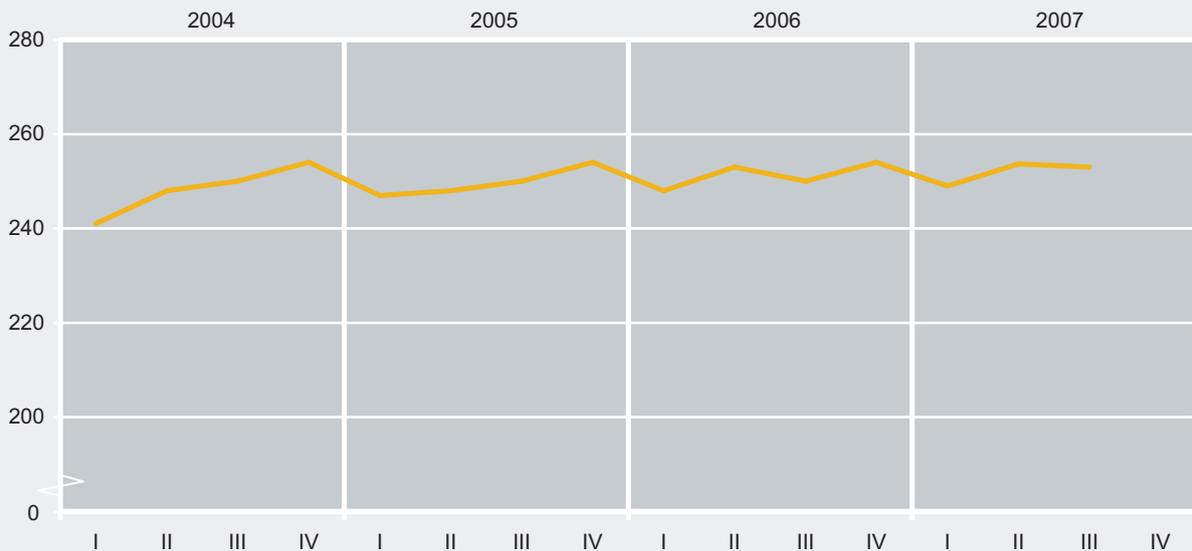
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2007. – 2) Ohne Baugewerbe.

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz in 1 000

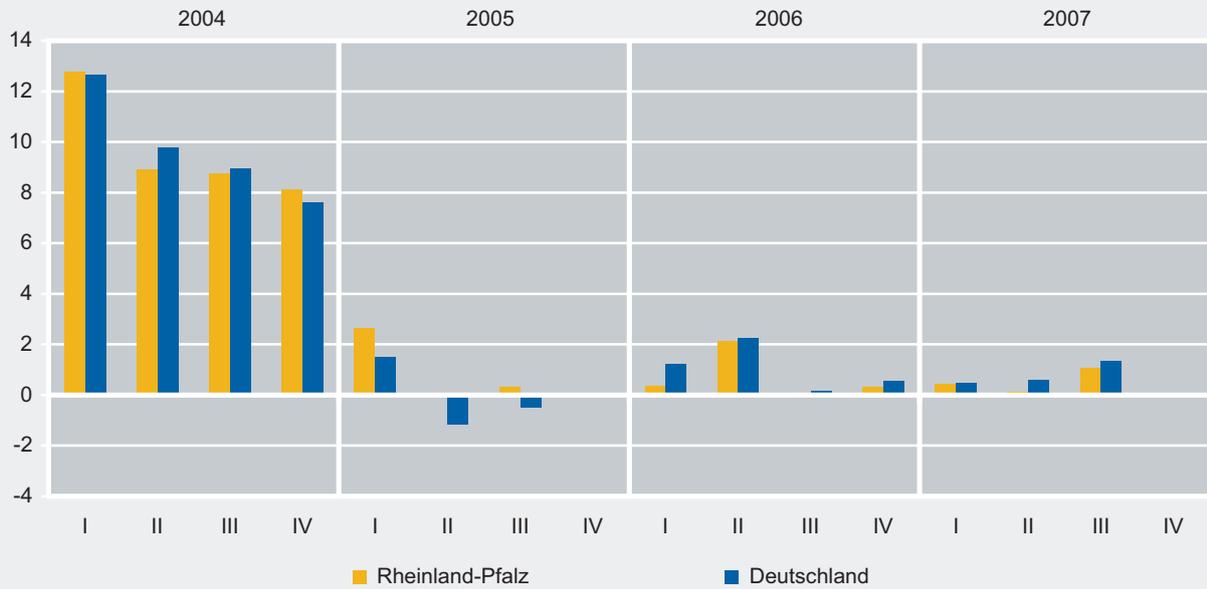


1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

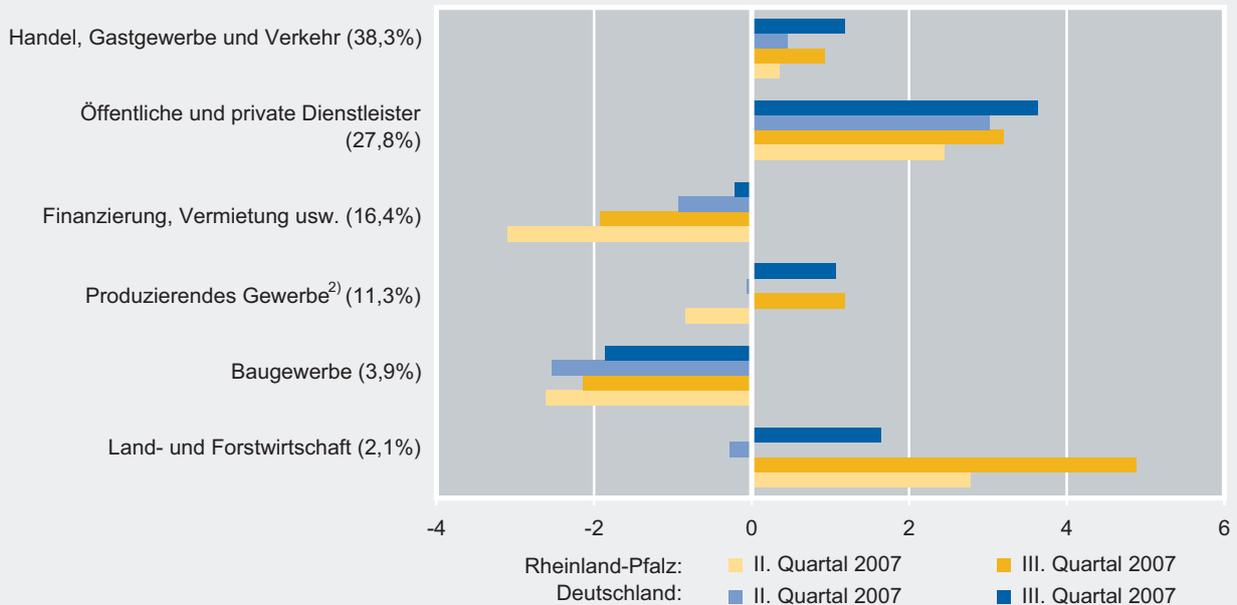
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2007. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 31. Juli 2008.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbsspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbsspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. $2000=100$) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren

(steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmer-tätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt oder die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage beschränkt ist.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturerwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerech-

neten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzu beziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein

Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



The image shows a blurred view of a statistical table. A solid yellow square is positioned to the left of the table. The table contains numerical data in a grid format. The visible numbers are:

1.210.307	19.517.888	3.697.000
1.210.261	20.053.663	3.771.194
37 1.279.036	20.053.663	3.991.804
47 1.355.127	21.034.439	4.397.829
81 1.474.661	22.438.521	4.397.829
1.210.099	21.687.249	4.092.465
1.210.099	21.687.249	4.092.465

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2006		2007				2008		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 053 ¹⁾	4 046 ¹⁾	4 052	4 051	4 051	4 046	4 044	4 043	4 041
darunter Ausländer ²⁾	1 000	313 ¹⁾	312 ¹⁾	313	314	315	312	313	313	313
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 667	1 629	453	661	1 097	2 128	431	741	868
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 646	2 711	2 174	2 457	2 649	3 292	2 228	2 542	2 405
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	7,8	8,0	6,3	7,9	7,7	9,6	6,5	7,9	7,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 498	3 514	3 525	3 367	3 854	4 212	3 765	3 567	3 723
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,4	10,4	10,2	10,8	11,2	12,3	11,0	11,1	10,8
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	12	13	9	10	8	14	6	12	8
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,3	4,6	4,1	4,1	3,0	4,3	2,7	4,7	3,3
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 852	- 802	- 1 351	- 910	- 1 205	- 920	- 1 537	- 1 025	- 1 318
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,5	- 2,4	- 3,9	- 2,9	- 3,5	- 2,7	- 4,5	- 3,2	- 3,8
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 220	7 931	7 993	6 463	7 654	5 556	8 294	6 655	7 143
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 462	2 595	2 549	2 168	2 778	1 615	2 901	2 337	2 312
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 871	7 734	7 360	6 404	7 206	6 433	8 163	7 042	7 919
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 169	2 338	2 300	2 132	2 179	2 388	2 381	2 378	2 738
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	349	197	633	59	448	- 877	131	- 387	- 776
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷⁾	Anzahl	12 477	12 402	13 256	10 998	12 622	10 095	13 729	11 180	11 954
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte ⁸⁾⁹⁾	Einheit	2004		2005		2006			2007	
		30.6.		31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 164	1 149	1 141	1 158	1 181	1 168	1 168	1 179	1 206
* Frauen	1 000	522	519	518	521	530	526	525	527	540
* Ausländer/-innen	1 000	70	68	67	70	71	68	70	73	76
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	207	210	212	217	218	219	221	226	228
* darunter Frauen	1 000	181	183	184	187	188	189	191	195	197
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	12	14	15	12	14	15	16
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	333	325	320	322	327	326	326	328	333
* Baugewerbe	1 000	77	74	69	74	77	75	74	75	77
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	262	258	256	260	267	263	261	264	272
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	142	143	145	150	154	152	153	157	162
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	336	335	337	337	341	341	340	339	345

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsforschung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8) Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9) Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.6. – 10) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Arbeitslose	Anzahl	162 951	133 676	133 374	129 666	133 360	119 506	114 502	111 871	116 302
* Frauen	Anzahl	78 698	67 361	67 111	65 933	68 783	58 803	57 010	56 781	59 537
* Männer	Anzahl	84 253	66 315	66 263	63 733	64 577	60 703	57 492	55 090	56 765
darunter										
Bauberufe	Anzahl	6 562	4 865	4 750	4 419	4 300	4 639	4 168	3 677	3 566
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	41 059	33 587	33 928	32 218	32 441	30 814	28 980	27 652	28 285
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	9,0	7,3	7,3	7,1	7,3	6,5	6,2	6,0	6,3
* Frauen	%	9,1	7,7	7,7	7,6	7,9	6,7	6,5	6,4	6,7
* Männer	%	8,8	6,9	6,9	6,6	6,7	6,3	5,9	5,7	5,9
* Ausländer/-innen	%	20,0	16,6	16,8	16,3	16,4	15,2	14,7	14,3	14,4
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,9	6,7	6,1	6,0	7,8	5,5	5,0	5,3	6,6
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 589	2 527	1 901	1 731	1 217
* Gemeldete Stellen	Anzahl	23 047	23 191	22 819	23 572	25 950	23 687	23 746	24 854	25 216
darunter										
Bauberufe	Anzahl	1 316	1 372	1 275	1 211	1 280	1 678	1 582	1 527	1 703
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 912	8 078	7 903	8 219	10 459	7 317	7 964	8 728	9 233
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	738	469	550	448	537	499	414	531	507
insgesamt										
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	707	448	521	428	518	476	389	511	487
* 3 und mehr Wohnungen ³⁾	Anzahl	31	21	29	20	19	23	25	20	20
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	1	-	-	1	2	1	1	1	-
tionen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	87	68	102	48	59	102	36	64	87
private Haushalte	Anzahl	650	400	448	399	476	396	377	466	420
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 011	673	1 019	637	684	693	566	716	640
* Umbauter Raum	1 000 m ³	717	468	602	457	524	452	415	504	450
* Wohnfläche	1 000 m ²	132	87	109	84	95	86	76	94	84
Wohnräume	Anzahl	5 701	3 688	4 849	3 582	4 114	3 740	3 233	4 058	3 607
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	167	114	142	111	128	108	100	123	112
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	126	133	127	118	125	139	114	155	120
insgesamt										
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-	Anzahl	11	12	11	7	9	19	16	14	14
tionen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	107	115	106	103	114	114	94	137	102
private Haushalte	Anzahl	7	6	10	8	2	6	4	4	4
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	38	14	9	9	15	7	14	11	15
* Umbauter Raum	1 000 m ³	767	980	563	1 333	940	1 317	1 487	892	782
* Nutzfläche	1 000 m ²	109	124	76	137	119	168	142	135	121
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	68	76	54	82	69	103	141	89	86
Genehmigte Wohnungen										
(Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-	Anzahl	1 183	783	1 194	695	764	658	640	913	743
nahmen an bestehenden										
Gebäuden)										
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	6 603	4 336	5 723	4 248	4 759	4 085	3 822	5 042	4 250

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Umstellungsbedingt sind die Ergebnisse nur vorläufig. Die aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 757	10 823	12 054	10 257	10 534	10 054	10 602	11 041	10 458
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 630	2 513	3 066	2 283	2 326	2 465	2 490	2 604	2 299
* Kälber	t	17	17	23	19	15	15	24	17	17
* Schweine	t	8 012	8 211	8 892	7 875	8 108	7 525	8 009	8 354	8 060
* Eierzeugung ²⁾	1 000	9 968	10 036	11 016	10 378	10 068	10 502	10 851	10 239	10 059
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	61 736	62 486	65 960	65 118	68 174	60 780	64 731	63 099	62 269
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	1 000	1 027	1 028	1 026	1 026	1 063	1 060	1 061	1 059
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	240 629	246 471	244 096	243 963	244 521	252 437	253 148	253 602	253 836
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	30 896	31 517	32 798	30 497	31 530	32 414	31 263	34 902	31 670
* Entgelte ⁵⁾	Mill. EUR	814	850	793	830	1 067	800	831	893	1 097
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	5 774	6 305	6 801	6 088	6 497	6 633	6 452	7 214	6 817
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶⁾	Mill. EUR	3 063	3 322	3 640	3 321	3 498	3 633	3 381	3 772	3 546
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 614	1 840	1 994	1 692	1 857	1 872	1 968	2 195	2 088
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	111	106	101	87	91	121	110	125	110
Verbrauchsgüterproduzenten darunter	Mill. EUR	986	1 037	1 067	988	1 051	1 007	993	1 122	1 073
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 912	2 005	2 205	2 022	2 149	2 241	2 004	2 285	2 174
Fahrzeugbau darunter	Mill. EUR	937	1 042	1 090	931	1 046	1 061	1 090	1 278	1 255
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 851	3 170	3 432	3 099	3 356	3 396	3 257	3 673	3 490
Exportquote ⁷⁾	%	49,4	50,3	50,5	50,9	51,7	51,2	50,5	50,9	51,2
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	123,9	138,1	151,2	132,7	133,7	148,0	137,1	144,4	129,2
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	118,2	125,2	138,4	123,9	128,4	134,4	127,9	139,6	129,8
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	130,2	161,6	175,8	147,5	145,1	174,1	149,2	146,6	129,2
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	133,2	141,5	152,5	142,6	143,3	151,6	147,8	164,9	149,9
Fahrzeugbau	2000=100	133,8	173,6	192,1	153,7	152,8	167,9	144,2	132,9	123,5
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ⁸⁾	Anzahl	86	103	103	103	103	111	111	111	111
* Beschäftigte ^{4),8)}	Anzahl	10 058	9 860	9 848	9 817	9 824	9 901	9 882	9 870	9 886
* Geleistete Arbeitsstunden ⁸⁾	1 000 h	1 264	1 241	1 344	1 193	1 243	1 247	1 183	1 380	1 176
* Bruttolohn- und gehaltssumme ⁸⁾	Mill. EUR	34	34	31	38	33	31	31	41	36
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	757	776	864	669	633	816	801	833	713
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	741	760	848	656	619	802	786	818	695

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –
2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickiern. – 3) Ab Januar 2007 werden nur die Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten einbezogen. Die Ergebnisse für 2006 wurden rückwirkend auf den neuen Berichtskreis angepasst, um die methodische Vergleichbarkeit zu gewährleisten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	36 480	36 559	36 465	36 354	36 773	35 532	35 619	35 697	35 863
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 639	3 702	4 019	3 776	4 030	3 238	3 106	4 036	3 662
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 547	1 523	1 899	1 581	1 687	1 416	1 310	1 588	1 502
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	856	862	850	828	905	738	780	976	867
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 194	1 317	1 270	1 367	1 438	1 084	1 016	1 472	1 293
darunter Straßenbau	1 000 h	613	652	604	718	723	503	488	766	707
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	81	82	74	81	85	71	71	83	82
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	349	344	331	280	338	311	290	339	356
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	116	112	131	92	114	135	108	111	127
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	94	91	84	78	91	72	86	99	98
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	139	142	117	110	133	105	96	128	131
darunter Straßenbau	Mill. EUR	67	65	57	51	64	44	40	56	59
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe ^{5) 6)}										
	Einheit	2006	2007	2006		2007				2008
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
Betriebe ⁷⁾	Anzahl	304	297	302	302	302	297	293	294	313
* Beschäftigte ^{2) 7)}	Anzahl	11 059	11 384	11 170	11 215	11 264	11 245	11 560	11 468	11 876
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 524	3 674	3 600	3 721	3 583	3 593	3 774	3 745	3 686
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	75	78	74	81	74	76	78	85	79
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	274	276	256	410	216	255	284	351	230
HANDEL ⁸⁾										
Großhandel ⁹⁾										
	Einheit	2006	2007			2008				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Beschäftigte	2003=100	113,4	115,5	116,4	116,0	116,6	113,8	112,4	112,6	112,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	126,1	122,5	128,1	126,5	126,3	119,0	115,0	114,5	114,0
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	119,7	119,2	125,8	117,5	125,0	114,5	116,6	132,0	121,0
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	111,3	107,9	115,7	106,6	113,2	101,0	101,3	113,8	102,6
Einzelhandel ¹¹⁾										
* Beschäftigte	2003=100	109,8	116,4	115,3	115,5	115,6	115,3	116,5	116,3	116,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	112,1	118,9	117,1	117,7	117,7	117,0	119,2	119,0	119,5
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	109,7	119,1	124,5	121,3	118,4	110,4	120,9	123,0	123,8
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	108,1	116,1	121,8	118,2	115,2	105,5	115,0	116,7	117,2
Kfz-Handel u. Tankstellen ¹²⁾										
* Beschäftigte	2003=100	98,6	106,6	105,9	106,4	106,7	104,7	104,3	105,0	104,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	97,4	109,1	108,6	109,9	110,5	110,4	107,7	108,1	105,6
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	118,4	115,0	122,3	118,2	120,1	104,7	116,3	133,2	121,2
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	113,9	107,4	114,7	110,7	112,3	96,5	107,1	122,6	111,2
GASTGEWERBE ^P										
* Beschäftigte	2003=100	112,8	119,3	113,7	119,8	123,2	114,5	116,7	120,5	122,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	121,1	130,6	123,6	132,0	136,6	125,8	127,5	133,7	134,2
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	99,5	108,4	95,6	110,3	117,5	87,9	96,0	103,9	118,8
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	96,4	102,3	91,1	105,2	111,6	81,6	88,8	96,8	110,1

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 6) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 7) Am Ende des Berichtsjahres. – 8) Eingeschränkte Vergleichbarkeit durch Änderung des Berichtskreises. – 9) Einschließlich Handelsvermittlung. – 10) Ohne Umsatzsteuer. – 11) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 12) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

Zahlenspiegel

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2006		2007			2008				
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Gästeankünfte	1 000	600	617	452	600	748	395	468	584	836	
* darunter von Auslandsgästen	1 000	141	143	86	141	169	88	98	135	190	
* Gästeübernachtungen	1 000	1 660	1 674	1 143	1 646	1 999	1 000	1 297	1 453	2 237	
* darunter von Auslandsgästen	1 000	405	403	204	355	470	219	232	340	533	
VERKEHR											
Straßenverkehrsunfälle											
Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2006		2007			2008				
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 056	2 082	1 720	1 997	2 174	1 701	1 725	1 785	1 925	
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 347	1 384	1 050	1 265	1 637	1 050	1 079	1 044	1 256	
* Getötete Personen	Anzahl	22	18	12	16	17	24	13	19	25	
darunter											
Pkw-Insassen	Anzahl	12	10	11	8	6	15	8	14	15	
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	4	-	3	8	-	-	1	6	
Radfahrer	Anzahl	2	1	-	1	1	1	2	2	2	
Fußgänger	Anzahl	2	2	1	3	2	7	2	1	1	
* Verletzte Personen	Anzahl	1 745	1 795	1 376	1 625	2 106	1 396	1 431	1 384	1 645	
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	329	338	234	287	425	256	241	260	269	
darunter											
Pkw-Insassen	Anzahl	153	159	132	158	150	156	120	140	139	
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	79	83	22	52	163	24	42	42	58	
Radfahrer	Anzahl	45	47	25	30	68	23	23	26	28	
Fußgänger	Anzahl	37	34	47	34	30	42	38	36	34	
Kraftfahrzeuge ³⁾											
Kraftfahrzeuge ³⁾	Einheit	2006		2007			2008				
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 333	12 830	17 301	13 237	14 717	11 007	14 060	13 649	14 787	
darunter											
Krafträder	Anzahl	797	825	1 730	1 401	1 292	688	1 149	1 209	1 335	
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	12 247	10 673	13 952	10 498	11 994	9 060	11 484	11 052	12 010	
* Lastkraftwagen	Anzahl	910	954	1 122	915	1 005	906	921	945	956	
* Zugmaschinen	Anzahl	302	302	416	347	344	307	395	376	385	
Personenbeförderung											
Personenbeförderung	Einheit	2006		2006			2007				2008
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 993	62 850	54 906	64 030	66 305	63 828	56 783	64 485	65 513	
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	588	583	499	658	589	584	506	654	585	
Binnenschifffahrt											
Binnenschifffahrt	Einheit	2006		2007			2008				
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Gütereingang	1 000 t	1 191	1 142	1 084	1 104	1 179	1 219	1 092	1 082	1 095	
* Güterversand	1 000 t	901	959	874	1 051	975	986	977	1 018	1 045	
AUSSENHANDEL ⁶⁾											
Ausfuhr (Spezialhandel) ⁷⁾											
* Insgesamt	Mill. EUR	3 026	3 391	3 216	3 328	3 293	3 693	3 539	3 833	4 056	
darunter											
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	198	219	193	211	215	247	228	251	274	
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 681	3 012	2 867	2 952	2 920	3 289	3 145	3 406	3 587	
* Rohstoffe	Mill. EUR	18	20	20	21	21	19	16	22	19	
* Halbwaren	Mill. EUR	119	130	133	129	131	150	126	149	156	
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 544	2 862	2 714	2 803	2 767	3 120	3 003	3 234	3 411	
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	817	894	842	881	899	1 227	913	1 023	909	
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 727	1 968	1 873	1 922	1 869	1 894	2 090	2 212	2 503	

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel. – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Einheit	2006			2007			2008			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April		
davon nach											
* Europa	Mill. EUR	2 222	2 527	2 437	2 586	2 503	2 497	2 643	2 800	3 074	
* darunter in EU-Länder ³⁾	Mill. EUR	1 941	2 210	2 147	2 271	2 185	2 179	2 303	2 435	2 697	
Belgien	Mill. EUR	160	183	178	186	177	189	172	206	204	
Luxemburg	Mill. EUR	47	48	48	43	50	45	40	57	48	
Dänemark	Mill. EUR	42	49	44	45	45	49	49	44	57	
Finnland	Mill. EUR	23	28	28	32	27	30	31	29	32	
Frankreich	Mill. EUR	339	372	399	403	391	346	415	426	482	
Griechenland	Mill. EUR	39	41	45	31	43	33	37	51	55	
Großbritannien	Mill. EUR	240	245	245	244	245	229	228	231	259	
Irland	Mill. EUR	16	15	18	16	17	13	14	16	16	
Italien	Mill. EUR	232	268	266	289	276	265	265	269	281	
Niederlande	Mill. EUR	159	198	188	212	176	222	227	241	249	
Österreich	Mill. EUR	133	145	126	154	141	132	152	165	183	
Schweden	Mill. EUR	51	67	65	68	59	58	64	71	90	
Spanien	Mill. EUR	183	210	200	200	204	227	229	240	281	
Portugal	Mill. EUR	20	22	20	20	23	24	24	34	29	
* Afrika	Mill. EUR	72	74	62	76	67	64	72	70	86	
* Amerika	Mill. UR	377	396	351	324	372	671	386	524	428	
* darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	284	295	260	241	277	551	294	421	309	
* Asien	Mill. EUR	326	364	338	322	329	425	409	410	434	
* darunter nach Japan	Mill. EUR	49	56	52	39	44	78	57	44	44	
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	29	30	27	19	22	35	29	30	34	
Einfuhr (Generalhandel) ²⁾											
* Insgesamt	Mill. EUR	1 965	2 158	2 120	2 166	2 180	2 212	2 200	2 307	2 360	
darunter											
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	170	188	175	185	190	165	168	202	190	
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 626	1 786	1 775	1 796	1 804	1 865	1 859	1 914	1 978	
davon											
* Rohstoffe	Mill. EUR	80	93	94	107	89	41	114	111	121	
* Halbwaren	Mill. EUR	226	237	240	221	220	274	240	224	246	
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 320	1 456	1 441	1 468	1 495	1 551	1 505	1 579	1 611	
davon											
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	347	416	374	418	434	399	440	429	402	
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	973	1 040	1 067	1 051	1 062	1 152	1 064	1 150	1 209	
davon aus											
* Europa	Mill. EUR	1 508	1 652	1 576	1 664	1 676	1 648	1 673	1 783	1 796	
* darunter aus EU-Ländern ³⁾	Mill. EUR	1 346	1 428	1 352	1 434	1 447	1 468	1 411	1 532	1 533	
Belgien	Mill. EUR	243	256	237	235	264	266	226	251	243	
Luxemburg	Mill. EUR	36	44	52	46	45	31	33	38	42	
Dänemark	Mill. EUR	29	43	27	48	46	45	27	38	21	
Finnland	Mill. EUR	10	12	15	12	10	10	9	9	12	
Frankreich	Mill. EUR	234	246	255	265	259	245	274	273	300	
Griechenland	Mill. EUR	5	6	7	5	4	9	6	7	5	
Großbritannien	Mill. EUR	63	70	71	76	77	71	59	73	57	
Irland	Mill. EUR	13	11	12	6	14	8	5	9	7	
Italien	Mill. EUR	128	135	121	130	143	121	133	152	137	
Niederlande	Mill. EUR	232	238	201	237	205	292	206	283	252	
Österreich	Mill. EUR	63	66	61	66	61	68	82	61	101	
Schweden	Mill. EUR	50	43	36	54	44	51	49	63	56	
Spanien	Mill. EUR	72	81	89	87	102	77	105	80	80	
Portugal	Mill. EUR	11	11	11	13	12	13	12	16	16	
* Afrika	Mill. EUR	32	32	50	34	26	38	37	25	44	
* Amerika	Mill. EUR	204	209	233	220	199	181	199	243	234	
* darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	150	146	186	154	136	147	154	163	163	
* Asien	Mill. EUR	216	260	256	241	272	338	284	253	282	
* darunter aus Japan	Mill. EUR	27	26	28	25	28	38	23	32	27	
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	6	8	6	6	6	3	4	
GEWERBEANZEIGEN ⁴⁾											
	Einheit	2006			2007			2008			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 707	3 462	3 880	3 364	3 409	3 363	3 396	3 575	3 037	
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 958	2 920	3 089	2 421	2 670	2 939	3 073	2 921	2 547	

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Zahlenspiegel

INSOLVENZEN	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Insgesamt	Anzahl	611	615	750	594	612	541	585	638	578
davon										
* Unternehmen	Anzahl	132	115	155	130	115	90	94	113	116
* Verbraucher	Anzahl	336	371	445	349	363	316	351	366	331
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	129	114	136	103	116	124	124	139	116
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	14	15	14	12	18	11	16	20	15
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	131	99	166	104	97	86	102	128	133

HANDWERK ²⁾	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾	91,7	94,2	93,6	92,7	92,6	93,8	95,5	95,0	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾	101,8	102,3	102,6	122,4	84,6	102,3	105,1	117,1	...

PREISE	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Verbraucherpreisindex	2005=100	101,4	103,5	103,1	103,2	103,8	105,6	106,2	106,6	107,3

VERDIENSTE ⁶⁾	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
* Bruttonomatsverdienste ⁶⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁷⁾ im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich	EUR	...	3 303	2 942	2 987	2 979	3 017	3 036
* männlich	EUR	...	3 514	3 108	3 167	3 160	3 201	3 213
* weiblich	EUR	...	2 735	2 486	2 504	2 498	2 524	2 564
* produzierendes Gewerbe	EUR	...	3 517	3 074	3 138	3 137	3 179	3 172
* männlich	EUR	...	3 627	3 165	3 234	3 238	3 281	3 268
* weiblich	EUR	...	2 910	2 564	2 597	2 591	2 617	2 653
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	...	3 417	3 087	3 138	3 195	3 149	3 100
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	...	3 585	3 132	3 184	3 174	3 214	3 224
* Energie- u. Wasserversorgung	EUR	...	4 686	3 913	3 948	4 019	4 085	4 003
* Baugewerbe	EUR	...	2 823	2 520	2 667	2 690	2 744	2 636
* Dienstleistungsbereich ⁸⁾	EUR	...	3 082	2 805	2 833	2 817	2 849	2 895
* männlich	EUR	...	3 351	3 025	3 071	3 048	3 085	3 133
* weiblich	EUR	...	2 664	2 454	2 467	2 460	2 487	2 527
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	EUR	...	3 127	2 788	2 857	2 861	2 854	2 909
* Gastgewerbe	EUR	...	2 029	2 005	1 939	1 930	1 987	1 989
* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	EUR	...	2 695	2 491	2 501	2 478	2 548	2 551
* Kredit- u. Versicherungsgewerbe	EUR	...	4 256	3 614	3 573	3 607	3 644	3 672
* Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.	EUR	...	2 858	2 643	2 655	2 610	2 631	2 737
* Erziehung und Unterricht	EUR	...	3 166	2 939	2 939	2 939	2 939	2 994
* Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	EUR	...	3 248	2 961	3 015	3 031	3 071	3 042
* Erbringung von sonstigen, öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	EUR	...	3 072	2 924	2 932	2 895	2 923	2 980

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Quartalswerte ohne Sonderzahlungen; Jahresdurchschnittswerte mit Sonderzahlungen. – 7) Ohne Beamte. – 8) Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2005		2006			2007			2008
		Durchschnitt		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 220	117 762	118 096	118 057	117 898	118 796	120 405	119 738	120 076
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 276	12 617	12 859	12 396	12 510	12 528	13 577	12 969	13 710
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 331	9 451	9 390	9 468	9 608	10 105	10 841	11 113	11 348
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	94 614	95 694	95 847	96 193	95 780	96 163	95 987	95 656	95 018
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	110 708	111 464	111 770	111 637	111 323	111 587	112 103	110 629	110 247
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	96 206	97 528	97 921	97 784	97 677	98 388	99 491	98 235	98 193
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	14 503	13 936	13 849	13 853	13 646	13 199	12 612	12 394	12 054
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 512	6 298	6 326	6 420	6 575	7 209	8 302	9 109	9 829
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	93 933	97 350	97 633	99 307	97 596	99 893	100 378	102 981	103 616
Sichteinlagen	Mill. EUR	26 954	28 338	27 841	28 752	27 753	29 609	29 861	30 171	29 936
Termineinlagen	Mill. EUR	30 217	32 833	33 850	34 559	34 255	35 041	35 582	37 936	39 228
Sparbriefe	Mill. EUR	5 317	5 702	5 775	6 051	6 577	7 086	7 639	8 192	8 531
Spareinlagen	Mill. EUR	31 446	30 477	30 167	29 945	29 011	28 157	27 296	26 682	25 921
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	90 659	93 977	94 040	96 139	94 595	96 440	97 325	99 273	99 741
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	88 986	91 680	91 390	93 016	91 950	93 879	94 929	96 736	97 369
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	1 674	2 297	2 650	3 123	2 645	2 561	2 396	2 537	2 372
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 274	3 373	3 593	3 168	3 001	3 453	3 053	3 708	3 875
STEUERN	Einheit	2006		2007			2008			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 379	2 807	2 686	2 825	3 099	2 696	2 696	3 270	3 178
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	824	888	805	978	1 203	830	865	1 146	1 240
Lohnsteuer	Mill. EUR	591	637	457	875	573	459	470	947	596
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	112	128	-	349	-	-	-	414	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	87	91	- 11	- 13	390	107	- 1	25	400
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	39	50	327	26	28	22	370	47	42
Zinsabschlag	Mill. EUR	27	38	14	90	11	14	21	103	17
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	10	15	-	72	-	-	-	80	0
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	80	71	19	- 1	200	228	4	24	184
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	5	1	-	3	-	-	-	- 7	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 554	1 920	1 880	1 847	1 896	1 867	1 831	2 124	1 938
Umsatzsteuer	Mill. EUR	372	430	369	465	441	329	356	451	434
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 183	1 489	1 512	1 382	1 455	1 538	1 475	1 674	1 504
Zölle	Mill. EUR	150	156	165	145	158	167	141	151	147
Bundessteuern	Mill. EUR	78	78	82	64	98	90	78	69	104
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	32	28	31	26	26	20	23	25	29
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	38	39	41	28	62	60	45	34	65

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN		Einheit	2006		2007			2008			
			Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Landessteuern		Mill. EUR	87	97	110	87	87	92	95	126	90
Vermögensteuer		Mill. EUR	0	0	0	- 0	0	0	- 0	0	0
Erbschaftsteuer		Mill. EUR	14	19	27	11	11	11	16	47	13
Grunderwerbsteuer		Mill. EUR	19	19	15	18	17	19	19	20	17
Kraftfahrzeugsteuer		Mill. EUR	39	41	52	42	38	41	47	42	40
Rennwett- und Lotteriesteuer		Mill. EUR	10	14	14	12	13	14	12	14	12
Feuerschutzsteuer		Mill. EUR	1	1	0	0	4	4	0	- 1	4
Biersteuer		Mill. EUR	3	3	3	3	4	2	2	3	3
		Einheit	2006	2007	2006		2007		2008		
			Durchschnitt		3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal
Gemeindesteuern		Mill. EUR	509	516	527	463	501	579	483	503	530
Grundsteuer A		Mill. EUR	4	4	6	4	4	5	6	3	4
Grundsteuer B		Mill. EUR	103	104	115	94	94	112	116	96	95
Gewerbesteuer (brutto)		Mill. EUR	392	399	398	359	395	450	352	397	423
sonstige Gemeindesteuern ¹⁾		Mill. EUR	10	9	9	6	8	12	9	7	8
Steuerverteilung											
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.											
Gewerbesteuer (netto) ²⁾		Mill. EUR	716	753	744	785	635	768	722	886	669
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer		Mill. EUR	257	281	267	393	160	229	295	441	163
Anteil an der Umsatzsteuer		Mill. EUR	30	34	28	46	18	32	35	50	17
		Einheit	2006	2007			2008				
			Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Steuereinnahmen des Landes		Mill. EUR	655	733	704	741	983	724	731	854	902
Landessteuern		Mill. EUR	87	97	110	87	87	92	95	126	90
Anteil an den Steuern vom Einkommen		Mill. EUR	304	331	314	352	458	317	344	423	479
Lohnsteuer		Mill. EUR	199	219	143	307	193	145	150	335	204
veranlagte Einkommensteuer		Mill. EUR	37	39	- 5	- 5	166	46	- 0	11	170
Kapitalertragsteuer		Mill. EUR	16	21	160	11	- 6	6	183	20	6
Zinsabschlag		Mill. EUR	12	17	6	39	5	6	9	45	8
Körperschaftsteuer		Mill. EUR	40	35	10	- 1	100	114	2	12	92
Anteil an den Steuern vom Umsatz		Mill. EUR	242	286	229	291	438	315	238	297	334
Umsatzsteuer		Mill. EUR	176	211	165	208	370	215	171	216	247
Einfuhrumsatzsteuer		Mill. EUR	66	75	64	83	68	100	67	82	87
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage		Mill. EUR	6	6	14	3	-	0	12	2	-
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)		Mill. EUR	3	2	5	1	-	0	6	1	-
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)		Mill. EUR	11	10	26	6	-	0	29	4	-
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform		Mill. EUR	2	2	5	1	-	0	6	1	-
Steuereinnahmen des Bundes											
Bundessteuern		Mill. EUR	1 252	1 485	1 463	1 459	1 628	1 445	1 447	1 675	1 658
Anteil an den Steuern vom Einkommen		Mill. EUR	78	78	82	64	98	90	78	69	104
Anteil an den Steuern vom Umsatz		Mill. EUR	359	386	368	418	528	371	395	493	544
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage		Mill. EUR	809	1 016	999	973	1 002	984	961	1 111	1 011
		Mill. EUR	6	6	14	3	-	0	12	2	-

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

 Juli

STATISTISCHE BERICHTE
Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 4. Vierteljahr 2007 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A1013 200744

Bevölkerung der Gemeinden am 31.12.2007
Bestellnr.: A1033 200722

Gerichtliche Ehelösungen im Jahr 2006
Bestellnr.: A2023 200600

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2008 – Vorläufiges Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung
Bestellnr.: C1013 200800

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2007 – Endgültiges Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung
Bestellnr.: C1023 200700

Bestockte Rebflächen 2007
Bestellnr.: C1073 200700

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland Anfang Juli 2008
Bestellnr.: C2013 200801

Ernteberichterstattung über Gemüse und/oder Obst im Juni 2008
Bestellnr.: C2033 200801

Viehbestände landwirtschaftlicher Betriebe 2008 – Vorläufiges Ergebnis der Viehzählung am 3. Mai
Bestellnr.: C3013 200800

Viehbestände landwirtschaftlicher Betriebe 2007
Bestellnr.: C3033 200701

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen April 2008
Bestellnr.: D1023 200804

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Mai 2008
Bestellnr.: E1033 200805

Produktion des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 2007
Bestellnr.: E1053 200700

Bauhauptgewerbe im Mai 2008 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200805

Elektrizitäts- und Wärmeenergieerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im April 2008
Bestellnr.: E4023 200804

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Mai 2008
Bestellnr.: F2033 200805

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe im Mai 2008
Bestellnr.: G1023 200805

Aus- und Einfuhr im Mai 2008
Bestellnr.: G3023 200805

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im April 2008
Bestellnr.: G4023 200804

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Mai 2008
Bestellnr.: H1023 200805

Güterkraftverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge 2007
Bestellnr.: H1123 200700

Binnenschiffahrt im April 2008
Bestellnr.: H2023 200804

Luftverkehr 2007
Bestellnr.: H3013 200700

Dienstleistungen, Geld und Kredit

Dienstleistungen 2006 – Strukturhebung
Bestellnr.: J1023 200600

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen in Rheinland-Pfalz – Kassenergebnisse für das 1. Vierteljahr 2008
Bestellnr.: L2023 200841

Erbschaft- und Schenkungsteuer 2007
Bestellnr.: L4093 200701

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im Juni 2008
Bestellnr.: M1013 200806

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im Mai 2008
Bestellnr.: M1043 200842

Kaufwerte für Bauland 2007
Bestellnr.: M1063 200700

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 2007
Bestellnr.: M1073 200700

Gesamtrechnungen

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1996 bis 2006
Bestellnr.: P1043 200600

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im April 2008
Bestellnr.: Z1013 200804

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Juli 2008
Bestellnr.: Z2201 200807

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Kulturindikatoren auf einen Blick – Ein Ländervergleich
Bestellnr.: B5025 200800

E-Mail-Versand (kostenfrei): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1992 und 1994 bis 2006 – Reihe 2
Kreisergebnisse, Band 1
Bestellnr.: P1315E 200800

Kultur im Ländervergleich

In Hamburg geht man ins Theater – in Berlin ins Museum

Soeben ist die Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Kulturindikatoren auf einen Blick – Ein Ländervergleich“ erschienen. Die Publikation beschreibt 20 Indikatoren aus verschiedenen Kulturbereichen. Damit wurde erstmals ein umfassender statistischer Einblick in Kulturproduktion und Kulturnutzung in den Bundesländern und in Deutschland geschaffen.

So besuchten 2006 in Deutschland vier von zehn Einwohnern einmal im Jahr ein Theater. Auf die Einwohnerzahl bezogen, besuchten in den Stadtstaaten wesentlich mehr Menschen ein Theater als in den Flächenländern. Eindeutiger Spitzenreiter ist Hamburg, auch bekannt als „Musicalhauptstadt“, mit 238 Theaterbesuchen auf 100 Einwohner. Auf den nächsten Plätzen folgten Bremen und Berlin mit 92 bzw. 91 Theaterbesuchen auf 100 Einwohner. Ein Grund für die relativ hohen Besuchszahlen in den Stadtstaaten ist auch der Städtetourismus.

Bei den Museumsbesuchen hingegen lag Berlin im Ländervergleich an der Spitze: Im Jahr 2006 wurde in Berlin dreimal häufiger ein Museum besucht als im Bundesdurchschnitt. Insgesamt wurden in Deutschland knapp 103 Mill. Museumsbesucher registriert. Damit ging man dreimal häufiger ins Museum als ins Theater.

Die Veröffentlichung „Kulturindikatoren auf einen Blick – Ein Ländervergleich“ enthält neben Daten der amtlichen Statistik Angaben anderer Institutionen, die Zahlen im Kulturbereich sammeln und aufarbeiten. Sie umfasst knapp 70 Seiten und ist über das gemeinsame Statistik-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (www.statistik-portal.de) als PDF-Datei zum kostenfreien Download oder in gedruckter Fassung zum Preis von 10 EUR bei allen Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder zu beziehen.



Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Layout und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Thomas Max Müller, PIXELIO und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Bad Ems · 2008

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.